

„**DAMALS WIE HEUTE**“

Neonazismus im Regierungsbezirk Arnsberg



**MOBILE  
BERATUNG  
GEGEN RECHTS  
EXTREMISMUS**  
IM REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG

**„DAMALS WIE HEUTE“**

Neonazismus im Regierungsbezirk Arnsberg

# IMPRESSUM

## Herausgeberin:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg

Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen

Iserlohner Str. 25

58239 Schwerte

[www.mbr-arnsberg.de](http://www.mbr-arnsberg.de)

## Redaktion:

Leroy Böthel, Jonas Flick

Mitarbeit: Antirassistisches Bildungsforum Rheinland

Redaktionsschluss März 2019

## Autor\_innen:

David Beck, Isa Bodwig, Tobias Hoff, Hendrik Puls, Jan Raabe

## Bildnachweise:

Abbildungen: Igor Netz (Umschlag) Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (S. 10, 72, 73, 76),

Robert Rutkowski (20), Quartiersdemokraten (33), Pixelarchiv (42, 59), Recherche Nord (50, 64),

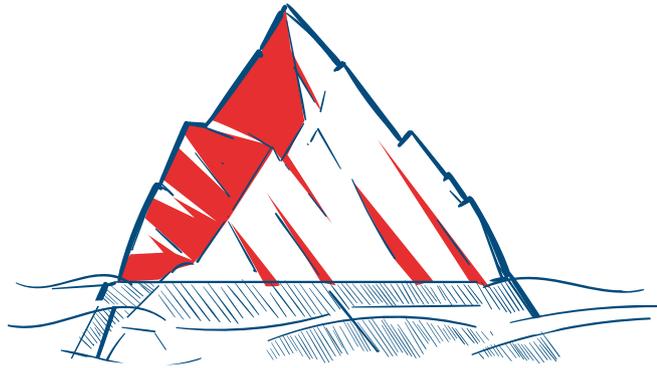
Thomas Bielefeld (58), Michael Schilling (77), Siegener Bündnis für Demokratie (78)

## Gestaltung:

Simone Hilgers, Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen

1. Auflage: August 2019

Wir benutzen den Gender\_Gap, um alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten darzustellen. Der Unterstrich stellt den Zwischenraum für alle Menschen dar, die sich in der Zwei-Geschlechterordnung nicht wiederfinden. Ausgenommen von dieser Schreibweise sind Beschreibungen der Neonazi-Szene („...die AktivistInnen der NPD“), da in diesem Spektrum durchweg binäre Geschlechtervorstellungen vorherrschen.



**MOBILE  
BERATUNG  
GEGEN RECHTS  
EXTREMISMUS**

IM REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG

Grußwort .....	5
Vorwort .....	7
KAPITEL 1	
<b>EINLEITUNG</b> .....	9
1.1 Rechtsextremismus: Neonazis, Neue Rechte und Rechtspopulismus .....	10
1.2 Rechtsextreme Akteure im Regierungsbezirk Arnsberg .....	16
KAPITEL 2	
<b>AKTEURE, ORGANISATIONEN UND AKTIVITÄTEN</b> .....	21
2.1 Die Rechte: Neonazistische Bewegungspartei und Auffangstruktur verbotener Kameradschaften .....	22
>> Ein Gespräch mit den Quartiersdemokraten über neonazistischen Raumkampf in Dortmund-Dorstfeld	32
2.2 Auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit?	
Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) unter Zugzwang .....	36
2.3 Der III. Weg: Völkische ‚Revolutionäre‘ in Südwestfalen .....	44
KAPITEL 3	
<b>NEONAZISTISCHE LEBENS- UND ERLEBNISWELTEN</b> .....	50
3.1 RechtsRock: Von Liederabenden und Großevents .....	51
3.2 Fußball und Neonazismus: Rechte Allianzen auf Tribüne und Straße .....	60
3.3 Kampfsport als Trendsport von Neonazis: Zwischen ‚Kampf um die Straße‘ und ‚Körperkult‘ .....	66
KAPITEL 4	
<b>WAS SOLLTEN WIR BEREUEN?</b>	
<b>RECHTE GEWALT IM REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG</b> .....	72
>> Ein Gespräch mit Torsten Thomas vom Siegerner Bündnis für Demokratie über das Gedenken an Bruno Kappi .....	82
ANHANG	
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus .....	84
Adressen und Kontakte der Regionalbüros in NRW .....	85
Weitere Ansprechpartner_innen und Beratungsstellen .....	86
Vernetzung und Kooperationspartner_innen .....	87

## **Zum Geleit**

Wenn man hier in Schwerte, am Rande des Sauerlandes, was ja auch heißt am Rande des Ruhrgebiets mit Menschen ins Gespräch kommt über Rechtsextremismus, Rassismus, Homo- und Islamfeindschaft oder Antisemitismus, dann wird man meist zügig auf ostdeutsche Problemlagen gelenkt – „Hier bei uns sind das doch nur ein paar Spinner.“ In Westdeutschland verschließt man gerne die Augen vor den Problemlagen zu Hause oder redet sie klein.

Und da ist die vorliegende Handreichung ein Vademecum, ein nützlicher Begleiter für viele Gelegenheiten. Die Fachlichkeit der Autorinnen und Autoren, ihr Eingebundensein in kritische Netzwerke und ihre Begleitung durch staatliche Behörden sichern die Qualität der Analysen. Und diese erschrecken: Im Regierungsbezirk Arnsberg ist fast alles vertreten, was der Rechtsextremismus an Organisations- und Handlungsoptionen zu bieten hat. Und da ist Dortmund-Dorstfeld zwar das ‚berühmteste‘, beileibe aber nicht das einzige Beispiel.

Die Thematisierung und die Auseinandersetzung von und mit Gewalt und Rassismus ist im Amt für Jugendarbeit seit Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts ein kontinuierlicher Schwerpunkt. Wahrnehmen, Analysieren und schließlich Wege suchen, wie man Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus begegnen kann, das ist eine kontinuierliche Aufgabe. Die vorliegenden Beiträge belegen dies eindrucksvoll.

Christinnen und Christen, so zeigen auch viele andere Analysen, sind nicht davor gefeit, nationalistisches, rechtsextremistisches, antisemitisches oder islamfeindliches Gedankengut anzunehmen und dann auch zu vertreten. Wir halten dies für einen Abfall vom christlichen Glauben. Es ist eine Zentralaussage der christlichen, vor allem der evangelischen Überlieferung, dass Gott jede und jeden Einzelnen zu seinem Bild erschaffen hat, alle also sowohl individuell einzigartig wie sozial gleichwertig vom Schöpfer gewollt sind.

In einer diversen wie auch multireligiösen Gesellschaft diese Grundannahme zu leben, scheint für manche eine

übergroße Herausforderung zu sein. Die fast täglichen Meldungen zu den Millionen Menschen, die aufgrund ökologischer oder politischer Gründe die Heimat verlassen müssen, erzeugen auch Angst, begründete oder auch unbegründete. Und die Politik in Deutschland wie in Europa hält sich zurück oder schürt in manchen Ländern sogar noch die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger.

Die Jugendkammer der EKvW hat immer wieder deutlich gemacht, dass rechtsextremistisches Gedankengut unter keiner Bedingung denkbar und akzeptabel ist: „Unser Kreuz hat keine Haken“. Christinnen und Christen sind aufgefordert, an ihrer zentralen Glaubensaussage festzuhalten. In der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit wollen wir jungen Menschen durch Erfahrungen und Erlebnisse so viel Selbstwertbewusstsein mitgeben, dass sie diversitäts- und pluralismusfähig werden. Selbstbewusstes Eintreten für eine offene und vielfältige Gesellschaft, das ist die Voraussetzung für das Gelingen des gemeinsamen Lebens in der Welt, die so ist wie sie ist.

# GRUSSWORT

Die historische Erfahrung gerade in Deutschland zeigt, dass die repräsentative Demokratie eines freien und sozialen Rechtsstaates Konflikte besser moderieren kann als jede andere Staatsform. Deshalb sollte der Kampf gegen Rechtsextreme, die von einer anderen Staatsform träumen, nicht nur aus Glaubens-, sondern auch aus Vernunftgründen für Kirchengemeinden wie für die Zivilgesellschaft selbstverständlich sein.



Udo Bußmann  
Landesjugendpfarrer der EKvW



# VORWORT

Der Regierungsbezirk Arnsberg umfasst so unterschiedliche Regionen wie den östlichen Teil der Metropolregion Rhein-Ruhr zwischen den Großstädten Bochum, Dortmund, Hagen, Hamm und Herne sowie überwiegend ländliche Regionen im Sauer- und Siegerland.

Der Verwaltungsbegriff ‚Regierungsbezirk Arnsberg‘ hat für die wenigsten Menschen, die wir im Zuge unserer Beratungsarbeit kennenlernen, eine übergeordnete, sinnstiftende Bedeutung. Gleiches gilt wohl für das Neonazi-Spektrum, wir können nicht von einer Neonazi-Szene des Regierungsbezirks Arnsberg reden. Viel zu unterschiedlich sind ihre lokalen Ausprägungen, viel zu umfassend ist jeweils ihre Vernetzung mit umliegenden Regionen.

Nichtsdestotrotz lässt sich im Regierungsbezirk Arnsberg nahezu die komplette Bandbreite des Rechtsextremismus nachzeichnen. Man findet dort alles, was im Allgemeinen mit einer neonazistischen Szene verbunden wird: Bedrohung und Raumkampf, Gewalt und Terrorismus, subkulturelle Angebote in den Bereichen Musik und Sport, Agitation

an Schulen und Vereinen, eigene Versandhandel und Zeitschriften sowie eine beständige Vernetzung ins In- und Ausland. In mehreren Städten des Regierungsbezirkes sind teils über Jahre und Jahrzehnte gefestigte Neonazi-Szenen aktiv.

Die offene Verherrlichung des Nationalsozialismus des Neonazi-Spektrums ist genauso verbrieft wie ihr Antisemitismus und ihre unverändert hohe Gewaltbereitschaft: Unter der Parole „Damals wie heute - Hitlerleute“ - auf die sich der Titel dieser Broschüre bezieht - griffen mehrere hundert Neonazis am 1. Mai 2009 in der Dortmunder Innenstadt hinterhältig und bewaffnet eine Demonstration des Deutschen Gewerkschaftsbundes an. Vielerorts gehen aktive Neonazi-Szenen so mit Bedrohungen und Gewalttaten einher, bis hin zu Totschlag und Mord. Betroffen sind dabei immer Menschen und Organisationen, die nicht in ein rechtsextremes Weltbild passen oder nicht passen wollen – sei es aufgrund ihrer ‚Herkunft‘, ihrer sexuellen Orientierung oder bloß, weil sie sich ‚gegen Rechts‘ und für eine demokratische Gesellschaft engagieren.

Mobile Beratung steht solidarisch auf Seiten derjenigen, die solche Verhältnisse nicht akzeptieren wollen. Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen und engagierter Einzelpersonen, das Entstehen gegen Antisemitismus, Rassismus und organisierten Rechtsextremismus in Vereinen, Schulen oder Verbänden sind die erklärten Ziele unserer Arbeit. Kenntnisse über die lokale Neonazi-Szene, über ihre Strategien, Netzwerke und Bedrohungspotentiale, bilden hierfür ein wichtiges Fundament. Zudem versammelt die vorliegende Übersicht über die Neonazi-Szene im Regierungsbezirk Arnsberg nicht nur Faktenwissen, sondern zeigt auch die allgemeinen Funktionsweisen und ideologischen Motive des Rechtsextremismus auf.

Unser Dank gilt den mitwirkenden Autor\_innen, dem Projekt Quartiersdemokraten aus Dortmund-Dorstfeld sowie dem Siegener Bündnis für Demokratie, die diese Übersicht um ihre wichtigen Perspektiven bereichert haben.

*Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus  
im Regierungsbezirk Arnsberg  
Villigst, März 2019*

# Kapitel 1

# EINLEITUNG



Demonstration von Die Rechte in Dortmund, 2018

# 1.1

## RECHTSEXTREMISMUS: NEONAZIS, NEUE RECHTE UND RECHTSPOPULISMUS

# RECHTS EXTREMISMUS

Der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ beschreibt ein sehr diverses Feld von Gruppen, Organisationen, Ideologien und Einstellungen, deren gemeinsamer Kern ein völkischer Nationalismus ist. Hiermit ist ein Konzept gemeint, das die Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat vorrangig über Abstammung und nachrangig über Kultur, Tradition und Sprache bestimmt. Erklärtes Ziel rechtsextremer Politik ist die Schaffung einer homogenen Volksgemeinschaft, die als Gegenentwurf zu einer modernen, globalisierten und damit vermeintlich ‚entfremdeten‘ Gesellschaft ins Feld geführt wird. Auf den Punkt bringt es hier der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke, der mit dem Begriff ‚Rechtsextremismus‘

*„die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen“ bezeichnet, „die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklarationen ablehnen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen“.*<sup>1</sup>

Die Konsequenzen aus einem derart geformten Weltbild sind offenkundig: Die Projektion ‚innerer‘ und ‚äußerer Feinde‘ der ‚Volksgemeinschaft‘, wie sie sich vor allem im latenten Antisemitismus aber auch in den rassistischen, trans- und homofeindlich Praktiken rechtsextremer Akteure ausdrückt, entlädt sich immer wieder in Beleidigung, Bedrohung und Gewalt.<sup>2</sup>

In den jeweiligen Spektren des Rechtsextremismus lassen sich ganz unterschiedliche Traditionen, Begriffe, politische Strategien und Aktionsformen identifizieren. Die einzelnen Strömungen stehen so mitunter in ideologischer, strategischer oder wahltaktischer Konkurrenz, gehen aber auch öfters Kooperationen und Bündnisse ein. Diese können loser oder gefestigter Natur sein, vom gemeinsamen Besuch einer Demonstration bis hin zur Bildung von Ratsgruppen oder personellen Überschneidungen.

Vor allem in der jüngeren Vergangenheit haben rassistische Mobilisierungen wie *Pegida*, *Pro Chemnitz* oder die sogenannten ‚Müttermärsche‘ eine gestiegene rechte Bündnisbereitschaft kenntlich gemacht. Die im Rechtsextremismus zu findenden Spektren, Organisationen und Ideologien lassen

sich grob in drei Kategorien einteilen: Neonazismus, Neue Rechte und Rechtspopulismus.

## Neonazismus

‚Neonazismus‘ bezeichnet einen Teilbereich des Rechtsextremismus. Das bedeutet, Neonazis sind immer auch Rechtsextremisten – umgekehrt gilt aber, dass nicht jeder Rechtsextremist automatisch als Neonazi bezeichnet werden kann. Mit dem Begriff ‚Neonazismus‘ werden innerhalb des Rechtsextremismus Personenzusammenschlüsse und Aktivitäten charakterisiert, die sich offen auf die Traditionen des historischen Nationalsozialismus beziehen. Personen und Gruppierungen in denen sich in der Nachkriegszeit Nazis aus der NS-Zeit zusammenfanden und das Ziel einer Neuorganisation des Nationalsozialismus verfolgten wurden als ‚Altnazis‘ bezeichnet. Über die Jahre hinweg blieben Antisemitismus, Holocaust-Leugnung und Ablehnung der Demokratie ein verbindendes Element der unterschiedlichen Gruppierungen. Bei der Gründung der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)*, der ältesten noch existierenden Partei des Neonazi-Spektrums, waren im Jahr 1964 noch ehemalige NSDAP Funktionäre und Mitglieder der

Waffen-SS beteiligt. Erst später und insbesondere mit dem Aufkommen von jugend- und subkulturell geprägten Strömungen in den 1980er Jahren setzte sich der Begriff ‚Neonazis‘ für Personen mit nationalsozialistischer Ideologie durch, welche die NS-Zeit selbst nicht mit erlebt hatten. Auch die Organisationsform änderte sich grundlegend. So agierten mit den ‚Freien Kameradschaften‘ seit den 1990er Jahren und der Strömung der ‚Autonomen Nationalisten‘ seit Beginn der 2000er Jahre zentrale neonazistische Strukturen ohne äußerliche Organisationsform, um Verboten und Repression zu entgehen. Anfang und Mitte der 1990er Jahre fielen zahlreiche neonazistische (Kleinst-)Parteien, wie die *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)*, die *Nationale Offensive (NO)* oder die *Nationale Front (NF)*, Verboten zum Opfer. Als Reaktion darauf organisierten sich Neonazis klandestiner, ehe 2012 letztlich doch führende Kameradschaften nach dem Vereinsgesetz verboten wurden (siehe Infobox ‚Kameradschaften‘ S. 25). Dass die vermeintlichen Widersprüche zwischen ‚Parteiarbeit‘ und ‚Straßenkampf‘ in den letzten Jahren weitestgehend aufgelöst wurden, zeigt sich vor allem anhand der Partei *Die Rechte (DR)*, die sich nach dem Verbot der größten Kameradschaften in NRW (Dortmund, Hamm, Aachen und Wuppertal) im Jahr 2012 zu weiten Teilen aus eben diesem Spektrum he-

rausgebildet hat. Im Regierungsbezirk Arnsberg zeigt sich zudem seit Jahren eine problemlose Zusammenarbeit von neonazistischen Parteien und der Kameradschaftsszene.

Die neonazistische Szene relativiert und verherrlicht den Nationalsozialismus, den Führerkult und sieht sich in einer Traditionslinie mit der NSDAP und der SA. Dementsprechend wird Gewalt gegen Menschen, die von den Neonazis als ‚Nicht-Deutsche‘ oder als ‚politische Gegner\_innen‘ angesehen werden, offen gebilligt und in unterschiedlichen Formen auch verherrlicht. Der positive Bezug auf den historischen Nationalsozialismus ist in Deutschland aufgrund der Gesetzeslage nicht ohne weiteres möglich, weshalb die neonazistische Strömung sich ein eigenes System von Symbolen sowie Sprach- und Zahlencodes aufgebaut hat.

Zu ihrem Aktionsrepertoire gehören vornehmlich Demonstrationen, symbolische Markierungen von öffentlichen und sozialen Räumen als Teil eines ‚Raumkampfes‘, aber auch Einschüchterungen, Bedrohungen und Übergriffe. Hinzu kommt eine eigene, oft im Verborgenen liegende Subkultur, die in Form von Rechtsrock-Konzerten, rechten Hooligan-Gruppen und Kampfsportevents die Attraktivität der Szene erhöht. Solche Veranstaltungen bieten neben finanziellen Aspekten auch einen niederschweligen Einstieg in neonazistische Gruppen, dienen der

internen Vernetzung und stärken den Gruppenzusammenhalt durch gemeinsame Erfahrungsmomente.

## Neue Rechte

Unter dem Begriff ‚Neue Rechte‘ wird im ideologischen Sinne meist eine geistige und politische Strömung bezeichnet, deren Ziel die intellektuelle Erneuerung des Rechtsextremismus ist. Ihr wichtigstes Merkmal ist die Abgrenzung vom historischen Nationalsozialismus. Stattdessen bezieht sie sich ideengeschichtlich auf Vordenker wie Ernst Jünger, Arthur Moeller van den Bruck und Carl Schmitt oder auf faschistische Theoretiker wie Julius Evola, die während der Weimarer Republik den antidemokratischen Kräften zuzuordnen waren. Weder die Inhalte sind somit ‚neu‘ noch die Strömung an sich, deren erste Zeitschriften und Lesezirkel bereits Ende der 1960er als Reaktion auf ausbleibende Wahlerfolge der NPD und als Gegenpol zum aufklärerisch-liberalen Geist der ‚68er‘ bildeten.

Die ‚Neue Rechte‘ möchte die gesellschaftliche Stigmatisierung von Rechtsextremismus aufbrechen und verfolgt als strategisches Ziel die Erringung der kulturellen Hegemonie. Dies besagt, dass die Erlangung politischer Macht nicht durch eine (höchst unwahrscheinliche) parteipolitische Regierungsverantwortung sondern durch die Durchsetzung von rechten Positionen in gesellschaftlichen Dis-

kursen erreicht werden soll. Die ‚Neue Rechte‘ betreibt so zunächst keine Parteipolitik sondern ‚Metapolitik‘, in dem sie völkisch-nationalistische Positionen im vorpolitischen Raum platziert. Kulturrassistische Konzepte wie der ‚Ethnopluralismus‘ und rechte Gegenwartsdiagnosen wie der ‚Vorbürgerkrieg‘ entspringen neurechten Theorieabhandlungen. Ihre Vertreter sehen sich selbst in einer Traditionslinie mit der ‚Konservativen Revolution‘ und wiederholen den schon von Oswald Spengler, Edgar Julius Jung oder Moeller van den Bruck gepflegten Dualismus von Fatalismus und Heroismus: So sieht man sich zum einen als ‚Außenseiter‘ der modernen Gesellschaft und ihren Errungenschaften, beobachtet zugleich aber auch ihre vermeintlichen Zerfallserscheinungen (‚Dekadenz‘) und sieht sich als Avantgarde eines völkisch-nationalistischen Umbaus der Gesellschaft.

Die Zeitschrift *Junge Freiheit* war seit den 1990ern das ‚Sprachrohr‘ der ‚Neuen Rechten‘. Diese selbst ernannte Rolle teilt sie sich aber schon länger mit dem im Jahr 2000 gegründeten *Institut für Staatspolitik* (IfS), der Zeitschrift *Sezession* sowie dem *Antaios Verlag*, die allesamt federführend von Götz Kubitschek verantwortet werden. Besonders an der Person Kubitschek lässt sich exemplarisch auch der Einfluss der Neuen Rechten auf aktuellere Entwicklungen am rechten Rand aufzeigen. So pflegen sowohl das IfS als

auch der *Antaios Verlag* beste Kontakte zur stark von neurechten Begriffen geprägten *Identitären Bewegung* (IB), aber auch zur gemeinhin dem ‚Rechtspopulismus‘ zugeschlagenen *Alternative für Deutschland* (AfD).

### Rechtspopulismus

Als ‚rechtspopulistisch‘ wird in der Regel ein Politikstil beschrieben, in dem autoritäre und anti-liberale Vorstellungen mit (kultur-)rassistischen Positionen kombiniert werden. Seine zentralen Kennzeichen sind die aggressive Abgrenzung mittels rassistischer Stereotype nach außen (z.B. gegen Muslime oder Migrant\_innen) sowie gegenüber dem „Etablishment“ (Politiker\_innen, Medien und kulturellen Eliten), bei gleichzeitiger Selbstzuschreibung als ‚anti-politische‘, wahre Vertreter des ‚Volkswillens‘. Weitere rechtspopulistische Merkmale sind ein positiver Bezug auf Führungspersonen, übersteigerter Nationalismus, ausgeprägte Feindbilder und Ungleichwertigkeitsvorstellungen gegenüber anderen sozialen Gruppen. Rechtspopulistische Akteure vertreten so durchweg Positionen, die seit Jahrzehnte in rechtsextremen und rechtskonservativen Milieus verankert sind. Neuartig ist hingegen die Art und Weise, wie diese Ideologiefragmente miteinander verbunden werden:

Rechtspopulistische Akteure grenzen sich weder von bürgerlich-konservativen noch völkisch-nationalistischen

Positionen ab. Die dadurch zwangsläufig entstehenden Widersprüche in der eigenen Programmatik werden auf der strategischen Ebene durch gezielte Provokationen, oft gefolgt von einem halbherzigen ‚Zurückrudern‘, die Fokussierung auf gemeinsame Feindbilder und Verschwörungstheorien überlagert. Der Begriff Populismus beschreibt so „gar nicht die Politik einer Partei, sondern nur die Art, wie sie gemacht und /oder ‚an den Mann gebracht‘ wird“.<sup>3</sup>

Spätestens seit dem Jahr 2014 sind rechtspopulistische Akteure bundesweit in Medien und Öffentlichkeit deutlich präsenter als zuvor und haben mit der *Alternative für Deutschland* (AfD) eine Partei, die mittlerweile in allen Landesparlamenten, im Bundestag und in zahlreichen Kommunalparlamenten vertreten ist. Mit der *Pro-Bewegung* (*proKöln*, *proNRW*, *proDeutschland*), der Partei *Die Freiheit* oder (auf lokaler Ebene) der Hamburger *Schill-Partei* gab es schon zuvor einige Versuche, das seit Jahren vorhandene Potential einer rechten Sammlungspartei auszuschöpfen – allerdings mit zumeist geringen Erfolgen. Vorbild waren dabei immer rechte Parteien im europäischen Ausland, vor allem die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) oder der französische *Front National*, die teilweise schon in den 1990er Jahren große Wahlerfolge verzeichnen konnten.

Der Wahlslogan von Jörg Haider (FPÖ) aus dem Jahr 1994 – „Sie sind gegen ihn, weil er für Euch ist“ – wirkt rückblickend wie eine Blaupause des rechtspopulistischen Stils. Die AfD übt sich in dieser Rolle der ‚einzig wahren Opposition‘ gegen die ‚Altparteien‘ und ihr gelingt es mittlerweile, weite Teile des rechten Wahlpotentials auf sich zu vereinen. Dabei kann sie auf ein breites Netzwerk rechter Akteure und Organisationen zurückgreifen,

die ihre familien-, bildungs-, oder wirtschaftspolitischen Vorstellungen wiederum in der AfD verwirklichen können. Im Gegensatz zum *Front National* (mittlerweile *Rassemblement National*), der unter Jean-Marie Le Pen eine neonazistische Partei war und sich erst unter dem Vorsitz seiner Tochter, Marine Le Pen, einen bürgerlichen Anstrich gegeben hat, wurde die AfD in ihren Anfängen als bürgerlich-konservative ‚Professorenpartei‘ eingeordnet.

Mittlerweile hat die Partei (und auch ein Teil ihres Personals) mehrere Transformationen hinter sich gebracht, die es mittlerweile unmöglich machen, in ihren Diskursen ohne Rückgriff auf völkische-nationalistische Positionen Gehör zu finden. So entsteht letztlich eine Grauzone zwischen bürgerlichem Konservatismus und Rechtsextremismus.

## Traditionelle extreme Rechte (‘Neonazis’)

Positiver Bezug auf den Faschismus

Proklamierter Systemsturz

Offene Ablehnung der Demokratie

Völkischer Rassismus, Antisemitismus

Feindbilder: Juden, Ausländer, Linke, Europäische Union

Bezugspunkte: Rasse, Nation, Europa der Völker

## Modernisierte extreme Rechte (‘Neue Rechte’ und ‘Rechtspopulismus’)

Proklamierte Abkehr von Rechtsextremismus und Nationalsozialismus

Transformation der Demokratie nach rechts

Strategische Befürwortung der „direkten Demokratie“

Ökonomisierung, Kulturalisierung und religiöse Verklausulierung des Rassismus, Abkehr vom offenen Antisemitismus

Feindbilder: Islam, Multikulturalismus, linke Hegemonie („political correctness“), EU-Bürokratie

Bezugspunkte: Tradition, Kultur, Identität, Heimat, Region

Zusammenfassung wichtigster Begriffsbestimmungen des Rechtsextremismus:

Samuel Salzborn // **Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze.** UTB, 2014.

Eine Übersicht zur Sprache im Rechtsextremismus: **Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe** (Wochenschau Verlag, 2019)





Asylfeindliche Demonstration der NPD in Mönchengladbach, 2015

# 1.2

## DIE EXTREME RECHTE IM REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG

**Die extreme Rechte im Regierungsbezirk Arnsberg** zeichnet sich durch eine große Bandbreite vieler unterschiedlicher Akteure und Gruppierungen aus, welche in den letzten gut dreißig Jahren immer wieder Veränderungen in ihren Strukturen, ihrem Auftreten und ihren Aktionsformen durchlaufen haben. Grundsätzlich finden sich alle oben umrissenen Facetten des Rechtsextremismus in diesem Regierungsbezirk.

## Neonazismus

Laut Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz zum Jahr 2017 leben in NRW ca. 1300 organisierte Neonazis, wovon 800 in den Parteien *NPD*, *Die Rechte* oder *Der III. Weg* Mitglied sind.<sup>5</sup> Der Schwerpunkt der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene liegt in Dortmund, aber auch in Städten wie Aachen, Köln, Wuppertal oder Hamm lassen sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zahlreiche Aktivitäten von Neonazis dokumentieren. In Dortmund existieren Strukturen, die sich teils über Jahrzehnte hinweg professionalisiert und in ihren Handlungsfeldern ausdifferenziert haben. Die im Jahr 2012 verbotenen Kameradschaften *Nationaler Widerstand Dortmund* (NWDO) und *Kameradschaft Hamm* (KSH) organisieren sich mittlerweile überwiegend in Kreisverbänden der neonazistischen Kleinstpartei Partei *Die Rechte* (DR),

deren Strukturen, Inhalte und Aktivitäten im ersten Artikel dieser Broschüre ausführlich erläutert werden (siehe Kap. 2.1).

Als älteste und größte neonazistische Partei Deutschlands versucht sich die NPD in NRW wie auch bundesweit gegen den anhaltenden Abwärtstrend zu stemmen. In NRW hat ihr DR größtenteils den Rang als dominante Partei des Neonazispektrums abgelaufen. Auch wenn sie aktuell im Regierungsbezirk Arnsberg kaum in der Lage ist, zu Kundgebungen oder gar Demonstrationen zu mobilisieren, haben vergangene Schwächephasen der NPD gezeigt, dass sie trotz sich mehrender Verfallserscheinungen nicht ignoriert werden darf. Zu wichtig sind ihre Ressourcen und Netzwerke immer noch für die Neonazi-Szene – auch im Regierungsbezirk Arnsberg (siehe Kap. 2.2).

Deutlich jünger und zahlenmäßig kleiner ist die 2013 gegründete Partei *Der III. Weg* in NRW mit einer geschätzten Mitgliederzahl von nur 30 Personen. Nichtsdestotrotz entfaltet sie vor allem im Raum Olpe und Siegen sichtbare Aktivitäten und hat sich dort auf niedrigem Niveau etabliert. Der entsprechende Artikel in dieser Broschüre (siehe 2.3) befasst sich mit Themen und Selbstdarstellung der völkisch-neonazistischen Kleinstpartei sowie ihrem regionalen Aktionsrepertoire.

Alle neonazistischen Parteien und Organisationen in der Region verfügen über beste Kontakte in die bundesweite und europäische Nazi-Szene und sind auf vielfältige Art und Weise in subkulturelle Netzwerke eingebunden. Solche ‚rechten Lebenswelten‘, bei denen extrem rechte Ideologie mit Freizeitaktivitäten und (kollektiver) Sinnstiftung verschmelzt, erfüllen existenziell wichtige Funktionen zum Erhalt, Selbstvergewisserung und Vernetzung der neonazistischen Szene.

Die hier mit regionalem Fokus beschriebenen, extrem rechten Lebenswelten im Bereich RechtsRock (Kap.3.1), Fußball (Kap. 3.2) und Kampfsport (Kap. 3.3.) zählen zu den aktuell bedeutendsten ihrer Art.

## Neue Rechte und Rechtspopulismus: Alternative für Deutschland und Identitäre Bewegung

Blickt man über den Tellerrand der neonazistischen Szene hinaus, finden sich auch im Regierungsbezirk Arnsberg Vertreter\_innen der Neuen Rechten und des Rechtspopulismus. Sie sind nicht Gegenstand dieser Broschüre, sollen aber trotzdem kurz vorgestellt werden.

Im Landesverband der AfD haben seit dem Einzug in den Landtag im Herbst 2017 die Vertreter\_innen des völkisch-nationalistischen Spektrums an Einfluss gewonnen, was durch das Ausscheiden des ehemaligen

NRW-Landesvorsitzenden Marcus Pretzell direkt nach der Wahl verstärkt wurde. Bei den zurückliegenden Wahlen konnte die AfD ihre hoch gesteckten Ziele nicht erreichen, bekam bei den Landtagswahlen aber immerhin 7,4% (im RB Arnsberg ca. 9 %) der Stimmen und bei den Bundestagswahlen jeweils 8,4 % in NRW und mehr als 10% im Regierungsbezirk Arnsberg. Im Regierungsbezirk Arnsberg war die AfD vor allem in Herne und in nördlichen Stadtteilen Dortmunds überdurchschnittlich erfolgreich, wohingegen sie im Sauer- und Siegerland vielerorts unterdurchschnittlich abschnitt.

Die Kreisverbände der AfD im Regierungsbezirk Arnsberg spiegeln die gesamte inhaltliche Spannbreite der Partei wieder. Neben einigen, rhetorisch/agitatorisch eher gemäßigten Parteigliederungen finden sich auch hier Kreisverbände, die einen engen Austausch mit dem völkisch-nationalistischen Flügel um den thüringischen Landesvorsitzenden Björn Höcke suchen. Während einzelne Kreisverbände, zum Beispiel im Märkischen Kreis oder dem Kreis Olpe, durchaus zum moderaten Teil der AfD gezählt werden können, stehen ParteivertreterInnen in Hamm, im Kreis Unna oder auch im Hochsauerlandkreis in Kontakt mit den völkisch-nationalistischen Beständen der Partei. Wie auch in anderen Regionen NRWs unterliegen die lokalpolitischen Ableger

der AfD auch im Regierungsbezirk Arnsberg starken personellen Schwankungen. Trotzdem konnten sie sich auf begrenztem Niveau etablieren und versuchen mittlerweile in einzelnen Städten auch, ihre Positionen aggressiv in den lokalpolitischen Diskurs hineinzutragen.

Mit der Umstrukturierung des Rechtsaußenspektrums und dem Aufkommen neuer rassistischer Protestbewegungen wie *Pegida*, *Pro Chemnitz* oder *Zukunft Heimat* haben auch Teile der ‚Neuen Rechten‘ ihre metapolitische Strategie angepasst. Mittlerweile sucht man offen den Schulterschluss mit VertreterInnen der AfD und der *Identitären Bewegung* (IB). Insbesondere die 2012 von Frankreich ‚importierte‘ IB bezieht sich ideologisch auf neurechte Vordenker, setzt dabei aber auf ein aktivistisches Vorgehen im öffentlichen Raum. Durch die Adaption ‚linker‘ Aktionsschablonen wie der Besetzung von Gebäuden, der Durchführung von Flashmobs oder der symbolischen Aneignung öffentlicher Räume durch Plakate, Banner, Aufkleber und weiteren gruppeneigenen Darstellungsformen, soll in erster Linie Aufmerksamkeit erzeugt werden, um die eigenen politischen Botschaften zu verbreiten. Dabei setzt die IB, die seit Anbeginn ihrer Aktivitäten in Deutschland vom Verfassungsschutz beobachtet wird, auf professionelle mediale Selbstinszenierung in den Sozialen Medien.

In NRW ist eine der aktivsten Ortsgruppe in Bochum zu finden, während ebenfalls im Raum Bonn/ Köln, Bergischem Land, Münster und Aachen sowie vereinzelt in Hagen und Witten Aktionen stattfanden. Staatliche Repression, die Sperrung ihrer Online-Kanäle aber wohl auch ein Ausbleibender Mitgliederzulauf sorgten zuletzt für strukturelle Probleme der IB in NRW, welche im Sommer 2018 letztlich in einer Neustrukturierung mündeten. Die einzig noch verbliebene ‚IB-Ortsgruppe‘ im RB Arnsberg firmiert seitdem unter dem Label „Ruhrpott“. Der ihr nahestehende Twitter-Account „Defend-Ruhrpott“ setzt verstärkt auf regionale Anbindung und Bezüge wie beispielsweise den Kohleabbau und ein ‚Malocher-Selbstbild‘. Die seitdem erfassten Aktionen fanden in Duisburg, Bochum, Essen, Dortmund und Witten statt, womit das Aktionsgebiet der Gruppe beschrieben ist. Im Regierungsbezirk Arnsberg sind in den vergangenen zwei Jahren größere IB-Aktionen unter anderem in Hattingen, Witten und Hagen dokumentiert. Hinzu kommen mehrere Plakat- und Flyer-Aktionen in den genannten Städten sowie in Herne und Bochum. Zeitweise gab es den Versuch, an der Bochumer Ruhr-Universität zu agitieren. Mit dem *Fallersleben Bund* gab es für kurze Zeit eine kleine Gruppe im Ennepe-Ruhr-Kreis, die ihrem Habitus und ihrem ideologischen Fundament nach zwischen IB und der Neuen

Rechten zu verorten sind. Nachdem sie im Mai 2018 in der Öffentlichkeit mit einem Brandanschlag auf ein Lebensmittelgeschäft in Wetter (Ruhr) in Verbindung gebracht wurden, gingen die Aktivitäten zurück. Das Geschäft hatte einen syrischen Betreiber und im Umfeld waren zuvor zahlreiche Sticker der Gruppe aufgetaucht.<sup>6</sup>

### Einigendes Band: Völkische Straßenproteste und Gewalt

Nicht erst seit den Demonstrationen in Chemnitz im August 2018 ist eine neue Bündnisbereitschaft der verschiedenen, hier kurz vorgestellten rechtsextremen Spektren zu beobachten. Schon Phänomene wie *Pegida* (Dresden), *HoGeSa* (Köln) und weitere rassistisch aufgeladene Demonstrationen

und Kampagnen zeugen spätestens ab dem Jahr 2014 von einer gestiegenen Mobilisierungsfähigkeit. Rassistisch-ethnisierende Narrative dienen allen diesen Erscheinungsformen als verbindende Deutungsmuster, um diffuse Mischszenen von unorganisierten „Wutbürger\_innen“, Hooligans, ReichsbürgerInnen und AkteurInnen aus der Neonaziszene zu einen. Organisiert werden diese von neuen, sich offiziell als bürgerlich und unparteilich verstehenden Gruppen die in NRW unter Bezeichnungen wie *Mütter gegen Gewalt* (bzw. NRW schaut nicht weg) oder *Patrioten NRW* firmieren. Behauptet wird eine permanente Bedrohung durch Geflüchtete und Migrant\_innen - vor allem Gewalt gegen Frauen wird in diesen Bündnis-

sen durchweg ethnisiert betrachtet. Die Organisator\_innen können dabei auf eine gewachsene Vernetzung bauen. Eine Abgrenzung zu neonazistischen Gruppen ist de facto nicht zu erkennen, weshalb auf den Demonstrationen teilweise das ganze Spektrum der extremen Rechten zu finden ist, welches von AfD-Funktionären und ‚wütenden Bürger\_innen‘ über die *Identitäre Bewegung* bis hin zu extrem rechten Hooligans und Neonazis der Partei *Die Rechte* reicht. Im Regierungsbezirk waren bisher noch keine derartigen Demonstrationen zu beobachten, wenngleich VertreterInnen aller rechtsextremen Spektren der Region bei ‚Aufmärschen‘ in Chemnitz und Dresden aber auch in Essen-Steele oder Solingen zugegen waren.

### Fußnote

1 // Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe. Positionen. Praxisfelder. Opladen, 2001: 30.

2 // Abzugrenzen ist dieses Verständnis von Rechtsextremismus von den Begriffsbestimmungen der ‚Vergleichenden Extremismusforschung‘, die Links- und Rechtsextremismus als strukturell ähnliche Phänomene beschreibt und beide außerhalb einer ‚demokratischen Mitte‘ verortet.

Viele Rechtsextremismusforscher\_innen und Sozialwissenschaftler\_innen kritisieren an dieser Gleichsetzung, dass die unterschiedlichen ideologischen Motive und Zielsetzungen ignoriert und sowohl die Ursachenanalyse als auch die gesellschaftlichen Folgen verfälscht werden. Einher geht der Extremismus-Begriff mit klaren Feindbildern, die eine entlastende Wirkung für die konstruierte ‚Mitte der Gesellschaft‘ mit sich bringen. Empirische Langzeitstudien zeigen seit Jahren, dass Herabsetzung, Benachteiligung und Bedrohung von Menschen aufgrund einer tatsächlichen oder zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit in der ganzen Gesellschaft - und nicht nur an ihren ‚Rändern‘ - weit verbreitet sind. Vgl. dazu unter anderem die Studie von Krause, Daniela/Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hg.): *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Bonn, 2016.

3 // Butterwegge, Christoph: *Was ist „Rechtspopulismus“?* Berlin, 2011: S. 8-10.

4 // vgl. Häusler, Alexander/Roeser, Rainer: *Rechtspopulismus in Europa und die rechtspopulistische Lücke in Deutschland*. Erfurt, 2014.

5 // Die Zählung beinhaltet die Mitglieder der Parteien NPD, III. Weg und Die Rechte sowie in Kameradschaften oder sonstigen freien Gruppen organisierte neonazistische Personen. Vgl. [https://www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/vorab\\_vs\\_bericht\\_2017.pdf](https://www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/vorab_vs_bericht_2017.pdf) (zuletzt aufgerufen am 28.01.2019).

6 // Vgl. <https://www.wp.de/staedte/herdecke-wetter/breite-hilfswelle-nach-brandanschlag-auf-syrisches-geschaeft-id214307895.html> (zuletzt abgerufen am 30.01.2019).

# Kapitel 2

**AKTEURE,**

**ORGANISATIONEN**

**UND AKTIVITÄTEN**



Demonstration von Die Rechte in Dortmund, 2018

# 2.1

## **DIE RECHTE: NEONAZISTISCHE BEWEGUNGSPARTEI UND AUF- FANGSTRUKTUR VERBOTENER KAMERADSCHAFTEN**

# DIE RECHTE

>> Von Hendrik Puls

Sie verherrlichen offen den historischen Nationalsozialismus und drohen den „Feinden des Volkes“ mit Gewalt. Bedeutende Teile des militanten Neonazi-Spektrums organisieren sich in Nordrhein-Westfalen in der Partei *Die Rechte*. Diese verfügt insbesondere in den Ruhrgebietsstädten Dortmund und Hamm über gewachsene Netzwerke und eine ausgebaute Infrastruktur.

14. April 2018 in Dortmund: 600 Neonazis ziehen mit einem schwarz-weiß-roten Fahnenmeer und Parolen wie „Ruhm und Ehre der deutschen Nation“ durch die Innenstadt. Unter den in Blöcken marschierenden Teilnehmenden sind auch einige Delegationen ausländischer FaschistInnen, die von *Die Rechte* zu dem Aufmarsch unter dem Motto „Europa erwache“ eingeladen worden waren. „Wir schießen auf ihre EU, wir schießen auf ihre Parlamente“, ruft der Redner Sven

Skoda aus Düsseldorf auf der Abschlusskundgebung und zerreißt eine Fahne der Europäischen Union. „Wir sind die ersten, die den Weg gehen werden. Die Kriegserklärung an diese Republik und an die anderen Republiken, die meinen, uns unter der Knute der EU halten zu können“, schwört er die Neonazis ein.

Das neonazistische Demonstrationsgeschehen in NRW wird von der Partei *Die Rechte* dominiert. Seit 2012 hat sie bislang mindestens 122 Aufmärsche und Kundgebungen im Bundesland organisiert, von denen 81 in Dortmund und 10 in Hamm stattfanden. Im restlichen Bundesgebiet kam *Die Rechte* im selben Zeitraum insgesamt nur auf 84 Demonstrationen. Eine Beteiligung von 600 und mehr Neonazis, wie am 14. April 2018, ist aber eher die Ausnahme und setzt eine kampagnenartige Vorbereitung und Mobilisierung voraus. In der Regel beteiligen sich zwischen 30 und 100 Neonazis an den Demonstrationen. Es zeigt sich aber auch abseits der Aufmärsche: *Die Rechte* ist die dominante Organisation im nordrhein-westfälischen Neonazismus.

## Entstehungsgeschichte der Partei *Die Rechte*

Die Entstehung von *Die Rechte* steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Debatte über die Bekämpfung des ‚Rechtsextremismus‘, die auf die Selbstenttarnung des NSU im November 2011 folgte.

Wenige Wochen, nachdem im Mai 2012 mit der *Kameradschaft Köln* erstmals auch in NRW eine Neonazi-Kameradschaft nach dem Vereinsgesetz verboten worden war, versammelte Christian Worch in Hamburg einige Getreue aus der mit der NPD fusionierten *Deutschen Volksunion* (DVU), um mit ihnen eine neue Partei zu gründen: *Die Rechte*.

Der Einfachheit halber übernahm man gleich das alte DVU-Parteiprogramm, in dem nur wenige Worte modifiziert wurden.

Worch ist seit Jahrzehnten in Führungspositionen der militanten Neonazi-Szene tätig und sammelte zahlreiche Erfahrungen mit Verbots- und Repressionsmaßnahmen, beispielsweise gegen die *Aktionsfront Nationaler Sozialisten* oder die

*Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*. Er wird geahnt haben, dass das Bekanntwerden des NSU auch zur Zäsur im staatlichen Umgang mit den ‚Freien Kameradschaften‘ werden wird. 15 Jahre lang hatten die Verfassungsschutzämter stets betont, dass sich diese Gruppen nicht mittels des Vereinsgesetzes verbieten ließen, da sie nur über lose, schwer nachweisbare Strukturen verfügten. Diese Einschätzung war falsch.

Der *Kameradschaft Köln* beispielsweise konnte die Polizei bereits 1999 eine vereinsähnliche Struktur nachweisen, doch das Innenministerium folgte der Anregung zum Verbot der Gruppe nicht, weil der NRW-Verfassungsschutz sich gegen ein solches aussprach. So war die *Kameradschaft Köln* nach Ansicht des Inlandsgeheimdienstes nicht als Verein zu werten, woran auch die Tatsache nichts ändere, „dass sich ein offensichtlich zur Selbstüberschätzung neigender Sechzehnjähriger als ‚Kameradschaftssekretär‘ bezeichnet“. <sup>2</sup>

Tatsächlich werden die Gründe für die Ablehnung eines Verbotsverfahrens durch den Verfassungsschutz darin liegen, dass man einen langjährigen V-Mann als stellvertretenden Kameradschaftssekretär in den Führungskreis der Gruppe platziert hatte. Während Bundesländer wie Berlin und Brandenburg schon in den 2000er Jahren das Instrument des Vereinsver-

bots gegen „Freie Kameradschaften“ nutzten, blieben die Behörden in NRW bis 2012 untätig. So konnten diese ihre Netzwerke knüpfen, sich eine eigene Infrastruktur schaffen und ihre politische Tätigkeit zunehmend professionalisieren, was vor allem bei Großaufmärschen sichtbar wurde.

Worhcs *Die Rechte* blieb bis zu den Verbotsmaßnahmen gegen die drei größten nordrhein-westfälischen Neonazi-Kameradschaften – der *Nationale Widerstand Dortmund*, die *Kameradschaft Aachener Land* und die *Kameradschaft Hamm* – im August 2012 eine Partei ohne nennenswerte Mitgliedschaft und ohne Parteistrukturen unterhalb des Bundesvorstands. Sie war eine leere Hülle, die aber nach den Verbotsmaßnahmen bereit stand, um der Mitgliedschaft dieser ‚Freien Kameradschaften‘ als Auffangbecken zu dienen. Die vormaligen Führungspersonen der verbotenen Gruppen bildeten ab September 2012 in NRW die Vorstände des ersten Landesverbands und mehrerer Kreisverbände. Seitdem bietet ihnen *Die Rechte* den organisatorischen Rahmen, um die Aktivitäten der Kameradschaften nahtlos fortzusetzen. Aus Angst vor weiteren Verbotsmaßnahmen lösten sich nach und nach bestehende Neonazi-Kameradschaften in anderen NRW-Städten auf und schlossen sich der neuen Partei an.

Die Verbote hatten eine kurze Phase der Verunsicherung zu Folge. Re-

gelmäßige Großaufmärsche wie der „Nationale Antikriegstag“ in Dortmund fielen 2012 aus. Die Szene litt zudem unter dem Verlust von Infrastruktur wie den als „Nationale Zentren“ firmierenden Räumlichkeiten in Dortmund und Hamm. Mit dem *DortmundEcho* (zuvor: *Infoportal Dortmund*) und dem *Antisem.it-Versand* (zuvor: *Resistore-Versand*, mittlerweile: *Patrioten Propaganda*) konnten aber schnell ein neues Newsportal und ein neuer Versandhandel für Propagandamaterial und legale Waffen geschaffen werden.

Bereits im März 2013 gelang es, nahtlos an einen zuvor federführend von der *Kameradschaft Hamm* organisierten Aufmarsch in Soest anzuknüpfen. 130 Neonazis folgten einem Aufruf unter dem Motto „Schluß mit der Kuscheljustiz für kriminelle Ausländer“ zur ersten Demonstration der *Die Rechte* in NRW. Der Aufmarsch fand im dritten Jahr in Folge statt, nachdem 2011 ein Heranwachsender im Streit mit einem Jugendlichen erstochen worden war. Die Behörden versuchten nicht, die Demonstration als Fortführung der Aktivitäten einer verbotenen Organisation zu unterbinden. Im Vergleich mit heute durchgeführten, thematisch ähnlichen Aufmärschen (zum Beispiel in Chemnitz und Köthen), blieb in Soest wie auch bei den meisten anderen regionalen Aktionen der harte Kern der Neonazi-Szene aber unter sich .

## FREIE KAMERADSCHAFTEN

Nach den Verboten zahlreicher neonazistischer Kleinstparteien wie der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei* (FAP), der *Nationalen Liste* (NL), der *Deutschen Alternative* (DA) oder der *Nationalen Offensive* (NO) in den 1990er Jahren kam es in der militanten Neonaziszene zu einem Strategiewechsel. An die Stelle von Parteistrukturen traten lokal unabhängige, klandestin organisierte ‚Freie Kameradschaften‘, mit dem Ziel, die politische Arbeit außerhalb einer rechtlich angreifbaren Struktur vor staatlichen Verboten zu schützen. So wurden die selbsternannten ‚Freien Kräfte‘ neben der größten neonazistischen Partei, der NPD, schnell zur zentralen Organisationsform im deutschen Neonazismus. Die einzelnen lokalen Gruppen waren dennoch oft über überregionale „Aktionsbüros“ und „Kameradschaftsverbände“ eng miteinander vernetzt. Viele Kameradschaften sehen sich in einer Traditionslinie mit der nationalsozialistischen *Sturmabteilung* (SA): Sie propagieren dementsprechend den ‚Straßenkampf‘, verfolgen politische Gegner\_innen und sind konstitutiver Bestandteil rechter Terrornetzwerke. Bis zu ihrem Verbot 2012 waren die vom Stil der „Autonomen Nationalisten“ (siehe Infobox Seite 55) geprägten Kameradschaften in Dortmund, Hamm und im Aachener Umland verantwortlich für einen Großteil der neonazistischen Aktivitäten in NRW.

Neben der Partei *Die Rechte*, die sich maßgeblich aus Mitgliedern der 2012 verbotenen Kameradschaft *Nationaler Widerstand Dortmund* (NWDO) speist, sind aktuell in Dortmund noch weitere Gruppen aktiv, die nach dem Kameradschaftsmodell organisiert sind: Die Neonazigruppe *Aktionsgruppe West* (AG West) setzt sich überwiegend aus Jugendlichen zusammen und agiert zumeist in den westlichen Stadtteilen Dortmunds wie Marten, Mengede, Dorstfeld oder Westerfilde. Die Mitglieder der AG West sind aktionsorientiert und ähneln in ihrem Auftreten dem bereits vom NWDO praktizierten Stil der „Autonomen Nationalisten“. Schwerpunktmäßig im Stadtbezirk Eving ist seit 2016 die Neonazigruppe *Freundeskreis Rechts* (FKR) aktiv, deren Mitglieder zum Teil von der *Nationalen Front Eving* sowie aus dem Umfeld der *Borussenfront* stammen. Sowohl die AG West als auch der FKR arbeiten eng mit dem Dortmunder Kreisverband von *Die Rechte* zusammen.

Seit vielen Jahren existiert mit der *Skinhead-Front Dorstfeld* ein Neonazi-Zusammenschluss, dessen Mitglieder vor allem in Ober-Dorstfeld leben. Zum NWDO bzw. heute zu *Die Rechte* existieren vielfältige Verbindungen, teilweise auch Doppelmitgliedschaften. In den letzten Jahren trat die *Skinheadfront* nicht mehr als Gruppe auf, wenngleich ihre Mitglieder nach wie vor zum harten Kern der Dortmunder Szene zu rechnen sind. Zahlreiche Mitglieder sind wegen schweren Gewalttaten gegen politische Gegner\_innen und Migrant\_innen verurteilt worden. Auch der Neonazi Sven K., der 2005 den Punk Thomas Schulz in der Dortmunder U-Bahn-Haltestelle Kampstraße niederstach, zählte zur *Skinheadfront* (siehe Kapitel 4).

### Literatur:

Andrea Röpke & Andreas Speit: *Braune Kameradschaften. Die neuen Netzwerke der militanten Neonazis*. Berlin: Links Verlag, 2004.

## Trotz Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus ist kein Verbot zu erwarten

Trotz der deutlichen Kontinuitäten hinsichtlich des Personals und der Betätigungsfelder ist ein Verbot der *Die Rechte* aktuell unwahrscheinlich. Nach juristischer Bewertung des NRW-Innenministeriums erfüllt *Die Rechte* insgesamt die notwendigen Parteimerkmale. Zudem habe die „Gründung einer Vereinigung in der Form einer politischen Partei den Zusammenhang zwischen einem vereinsrechtlichen Verbot und dem Verbot der Bildung einer Ersatzorganisation“ durchbrochen. Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) hinsichtlich eines Verbots der NPD kommt den Neonazis entgegen. Bei diesem befanden die obersten Richter\_innen im Januar 2017, dass die NPD zwar verfassungswidrige Ziele verfolge, aber keine „konkreten Anhaltspunkte von Gewicht“ vorlägen, dass sie diese Ziele auch erfolgreich erreichen könne. Bislang hat zwar noch niemand ein Parteiverbotsverfahren gegen *Die Rechte* angestrebt, aber die juristische Bewertung des BVerfG, das die NPD als zu unbedeutend ansieht, dürfte ebenso für *Die Rechte* gelten. Die bei NPD und *Die Rechte* nachweisbare „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“ reicht demnach für ein Verbot nicht aus.

Dabei ist ein verherrlichender Bezug auf den historischen Nationalsozialismus für die Praxis der Neonazi-Partei ebenso prägend wie es das Selbstverständnis als ‚Nationalsozialisten‘ und ‚politische Soldaten‘ für die Identität der einzelnen Mitglieder ist. Diese Bekenntnisse trägt die Partei immer wieder nach außen - sei es durch Plakate und Graffiti mit der Aufschrift „Nazi-Kiez“, durch Transparente mit stilisierten Hakenkreuz-Fahnen oder durch Parolen wie „Damals wie heute – Hitlerleute“. Nicht zufällig heißt auch die neue, auf eine jugendliche Zielgruppe ausgerichtete Werbezeitschrift der Partei ‚*Heute Jung*‘, was als HJ abgekürzt wird. Diese verteilten Mitglieder von *Die Rechte* Mitte 2018 vor einigen Dortmunder Schulen und verschickten sie an Schülervertretungen. Eine vom *Die Rechte*-Bundesvorsitzenden Sascha Krolzig herausgegebene Zeitschrift trägt den eindeutigen Titel „N.S. *Heute*“. Reden von ParteivertreterInnen sind voll von rassistischen und antisemitischen Bekenntnissen, Vernichtungsphantasien und Aufrufen zum Sturz der Bundesrepublik, oftmals garniert mit Zitaten des „großen deutschen Staatsmannes“ Adolf Hitler.

Das im *Die Rechte*-Parteiprogramm enthaltene Bekenntnis zur „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ ist deshalb nur als Teil der Täuschungs- und Verschleierungstaktik des Parteigründers Christian Worch zu verste-

hen, der kurz nach deren Gründung sogar erklärt hatte, die neue Partei solle weniger radikal als die NPD sein. In der Praxis spielt das Parteiprogramm ohnehin keine Rolle. Stattdessen werden Wahlprogramme von *Die Rechte*, in deutlicher Anlehnung an das Programm der NSDAP von 1920, stets als „25-Punkte-Programm“ bezeichnet. Der Journalist Tomas Sager kam deshalb bereits 2014 zu dem Schluss, dass „kaum eine Partei in den letzten 20 Jahren so militant und neonazistisch aufgetreten ist, wie DIE RECHTE“.

Zuletzt habe ein solches Auftreten die *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei* (FAP) an den Tag gelegt. Nachdem die FAP 1995 verboten worden war, gründeten deren Führungskader die ersten ‚Freien Kameradschaften‘. In gewisser Weise schloss sich also 2012 der Kreis. Nach den Kameradschafts-Verboten schlüpfen die Neonazis erneut unter den Deckmantel einer Partei. Bezüge zur FAP zeigen sich auch personell. Der Dortmunder *Die Rechte*-Kreisverbandsvorsitzende Siegfried Borchardt war nicht nur lange Jahre Anführer der *Kameradschaft Dortmund*, sondern zuvor auch NRW-Landesvorsitzender der FAP. Als Spitzenkandidat von *Die Rechte* zog er 2014 in den Rat der Stadt Dortmund ein.

## Keine parlamentarische Orientierung

*Die Rechte* ist eine neonazistische Bewegungspartei, deren Praxis durch eine ständige Protestmobilisierung geprägt ist und deren wichtigster Bezugspunkt die neonazistischen Netzwerke sind. Sie ist nicht parlamentarisch orientiert und beteiligt sich nur insoweit an Wahlen, wie dies zur Wahrung des formalen Parteienstatus erforderlich ist. Bei der Landtagswahl 2017 in NRW und der Bundestagswahl im selben Jahr, bei der die Partei nur mit einer Landesliste in Baden-Württemberg antrat, blieb ihr Stimmenanteil im Promillebereich. Lediglich zu den Kommunalwahlen 2014 bemühte sie sich in den Großstädten Hamm und Dortmund sowie mit Abstrichen in Wuppertal um einen ernsthaften Wahlkampf, um in die dortigen Kommunalparlamente einzuziehen, was in Hamm (0,9 Prozent) und Dortmund (1,0 Prozent) auch mit jeweils einem Mandat gelang. Zugleich erbrachten Ergebnisse von 2,7 bis 3,5 Prozent fünf Mandate in fünf Bezirksvertretungen, vier in Dortmund und eines in Hamm. In Dortmund sorgten die Neonazis noch am Wahlabend für einen Eklat, als sie mit Faustschlägen und Pfeffersprayeinsatz versuchten, sich gewaltsam Zutritt zum Rathaus zu verschaffen.

Nachdem es in der Anfangszeit zu einem heftigen Konflikt zwischen *Die Rechte* und der *NPD Dortmund* gekommen war, haben beide Parteien mittlerweile eine Ratsgruppe gebildet, was ihnen den Zugriff auf nicht unerhebliche finanzielle Mittel sichert – und dem Landesvorsitzenden der NPD, Claus Cremer, eine bezahlte Stelle als Ratsgruppen-Geschäftsführer. In Dortmund überzieht *Die Rechte* die Verwaltung mit Hunderten von Anfragen und Anträgen, die nicht nur der Generierung von Informationen zur städtischen Politik sondern ebenso der Provokation dienen. So wollte sie beispielsweise wissen, wie viele Menschen jüdischen Glaubens in den Stadtteilen leben. Nachdem Borchardt als Ratsherr nach kurzer Zeit von Dennis Giemsch abgelöst worden war, hat mittlerweile Michael Brück das Mandat inne. In Hamm hingegen hat der *Die Rechte*-Ratsherr Dennis Möller, ein ehemaliges und langjähriges Mitglied der Kameradschaft Hamm, seit März 2016 keine Anfragen oder Anträge mehr eingebracht.

Der Zuspruch der Wähler\_innen für *Die Rechte* bleibt begrenzt. Einen Ausreißer stellt das überdurchschnittliche Ergebnis von 2,0 Prozent für den Kandidaten Borchardt in dessen Dortmunder Wahlkreis bei der Landtagswahl 2017 dar. Seine Partei erzielte im selben Wahlkreis nur 0,4 Prozent der Zweitstimmen. Der Hintergrund: Die AfD hatte keinen Direktkandidaten auf-

gestellt, so dass ein Stimmensplitting zugunsten Borchardts anzunehmen ist. Zur neuen Konkurrenz hat die Partei ein distanzierteres Verhältnis. Brück bezeichnete kurz vor der Bundestagswahl die AfD als „CDU 2.0“, die der „nationalen Bewegung, insbesondere nationalen Sozialisten, ablehnend, mitunter auch feindlich“ gesinnt sei. Wer die AfD wähle und sich zurücklehne, fehle im „täglichen Einsatz“. Es gibt im Umfeld der Partei aber auch andere Stimmen. So formulierte Michael „Lunikoff“ Regner, ehemaliger Sänger der RechtsRock-Band *Landser*, im Interview mit der *N.S. Heute* die Frage, wen man denn außer der AfD überhaupt noch wählen könne. Er warb dafür, sich die Arbeit der AfD im Bundestag erst einmal anzuschauen.

Im April 2018 nominierte die Partei die Geschichtsrevisionistin Ursula Haverbeck zur Spitzenkandidatin für die Europawahl 2019. Haverbeck, die ehemalige stellvertretende Vorsitzende des *Vereins zur Rehabilitierung des wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten e.V.*, ist wegen zahlreicher Fälle öffentlicher Holocaustleugnung verurteilt worden und muss seit Mai 2018 erstmals eine Haftstrafe absitzen. Die Neonazis haben sie zur Märtyrerin für die ‚Meinungsfreiheit‘ erhoben und eine Solidarisierungskampagne gestartet. Mit der Kandidatin will *Die Rechte* nach eigenen Angaben „die Repressionsorgane“ herausfordern und der Öffentlichkeit

zeigen, „wie politische Verfolgung in Deutschland funktioniert“. Es ist nicht das erste Mal, dass *Die Rechte* eine Wahl unter Ausnutzung der spezifischen Parteiprivilegien derartig nutzt. 2013 forderte sie beispielsweise in ihrem Fernseh-Wahlwerbespot zur Bundestagswahl die Freilassung von Neonazis wie Horst Mahler und des NS-Kriegsverbrechers Erich Priebke. Ideologisches Bekenntnis fällt hier immer mit gezielter Provokation zusammen, die Aufmerksamkeit erzeugen soll. 2014 verteilte *Die Rechte* vor Schulen in Hamm Plakate mit der Aufschrift „Wir hängen nicht nur Plakate“. Auch abseits des Wahlkampfes gelang es der Partei mehrfach, mit kleinen Aktionen ein bundesweites Medienecho zu erzeugen, etwa mit der Bildung einer „Stadtchutz Dortmund“ genannten ‚Bürgerwehr-Streife‘ im Jahr 2015 oder dem Entrollen eines Banners und Abbrennen von Feuerwerk auf dem Turm der Dortmunder Reinoldikirche 2016.

### Das politische Zentrum liegt in Dortmund

Der Verfassungsschutz weist bundesweit 650 *Die Rechte*-Mitglieder aus, davon 270 in NRW (Stand 2018). Über flächendeckende Strukturen verfügt die Partei nicht. In Ostdeutschland existiert derzeit nur ein einziger Kreisverband in Sachsen-Anhalt. Das politische Zentrum von *Die Rechte*

liegt eindeutig in Nordrhein-Westfalen, wo mit derzeit neun Kreisverbänden und zwei „Stützpunkten“ mehr als zwei Drittel aller Parteigliederungen verortet sind. Im Parteaufbau waren aber auch hier mehrfach Rückschläge zu verzeichnen, da sich eine Reihe von Kreis- und Landesverbänden wieder auflöste. So existierte der Kreisverband Soest nur wenige Monate, von einem angeblich in Gründung befindlichen „Stützpunkt“ im Hochsauerlandkreis war ebenfalls nach kurzer Zeit nichts mehr zu hören. Im Regierungsbezirk Arnsberg existieren aktuell Kreisverbände in Dortmund, Hamm und im Kreis Unna. Seit Ende 2018 ist zudem ein bislang kaum präsenter Stützpunkt Siegen auf der Homepage der Partei aufgeführt.

Der Dortmunder Kreisverband ist der mitgliederstärkste Kreisverband der Partei und klar tonangebend in der Partei. Nachdem Christian Worch Ende 2017 überraschend seinen Rücktritt erklärt hatte, übernahm der Dortmunder Christoph Drewer kommissarisch das Amt des Bundesvorsitzenden. Seit April 2018 standen mit Michael Brück und Sascha Krolzig zwei weitere Dortmunder an der Spitze des Bundesvorstands. Beim Bundesparteitag im Januar 2019 ließ sich Worch wieder als Beisitzer in den Vorstand wählen. An der Führungsspitze wurde Brück gegen den soeben erst offiziell in die Partei eingetretenen Düsseldorfer Sven Skoda ersetzt.

Skoda ist bereits seit langem eng mit Funktionären und Mitgliedern von *Die Rechte* vernetzt und trat häufig als Redner bei Demonstrationen der Partei auf. Aktionsformen und Auftreten der Dortmunder Neonazis galten schon zu Zeiten der faktischen Vorläuferorganisation *Nationaler Widerstand Dortmund* (NWDO) bundesweit als vorbildlich. Die Szene übt noch immer eine große Anziehungskraft auf auswärtige Neonazis auf, so dass jedes Jahr Neonazi-AktivistInnen ihren Wohnort nach Dortmund verlagern. Insbesondere für den westlichen Stadtteil Dorstfeld hat die Szene das Image eines „Nazi-Kiezes“ kreiert (siehe Interview mit den Quartiersdemokraten, S. 28). Dort existieren mehrere Neonazi-WGs, von denen eines der Häuser zudem als Redaktionsanschrift für die *N.S. Heute* und die von Dennis Krüger herausgegebene Zeitschrift *Reconquista* sowie als offizielle Anschrift des Bundesvorstands von *Die Rechte* dient. Präsent ist die Szene insbesondere rund um den Wilhelmplatz in Dorstfeld. Großflächige Graffiti, zahlreiche Aufkleber und regelmäßige Infostände der *Die Rechte* drücken ihren Dominanzanspruch aus. Zumindest unmittelbarer Nähe zu den genannten WGs ist die Vormachtstellung der Neonazis spürbar.

Agitatorisch konzentriert sich *Die Rechte* zudem auf weitere westlich gelegene Stadtteile wie Marten, Lütgendortmund oder Westerfilde. Infostände und Kundgebungen werden aber auch in anderen Stadtteilen durchgeführt. Im Dortmunder Stadtteil Huckarde erwarb der *Die Rechte*-Aktivist Dietrich Surmann bereits 2012 ein Ladenlokal, das aber aufgrund von baurechtlichen Einschränkungen nicht als Parteibüro bzw. ‚nationales Zentrum‘ genutzt werden darf. Im Mai 2017 machten Recherchen der Antifaschistischen Union Dortmund öffentlich, dass ein anderer *Die Rechte*-Aktivist in Dorstfeld ein Haus gekauft hatte, das sich nicht nur als Wohnraum, sondern auch als Versammlungsort eignet. Für Konzerte und den 2017 unter Teilnahme von zahlreichen europäischen Faschist\_innen abgehaltenen Kongress „Gemeinsam für Europa“ nutzte *Die Rechte* bereits mehrfach Räumlichkeiten in Schwerte (Kreis Unna).

Das Aktionsrepertoire der Partei *Die Rechte* ist durchaus vielfältig und richtet sich an unterschiedliche Zielgruppen. Einerseits organisiert die Partei in Dortmund Kampagnen und Demonstrationen, die nur den harten Kern der Szene ansprechen, so z.B. die jährlichen Kundgebungen zum Jahrestag des NWDO-Verbots, die *lediglich* Ausdruck eines Machtkampfes mit der lokalen Polizeiführung sind und restriktive Polizeieinsätze mit der Anmeldung weiterer Versammlungen

gekontert werden. Andererseits gibt es auch immer wieder Versuche, lokale Konfliktthemen aufzugreifen und rassistisch zuzuspitzen. *Die Rechte* trat dabei mehrfach als ‚Bürgerinitiative‘ getarnt auf, um ihre Anschlussfähigkeit an breitere Bevölkerungskreise zu erhöhen. Beispielsweise wurde im Stadtteil Mengede gegen Flüchtlingswohnheime agitiert, seit Ende 2018 läuft im Stadtteil Lindenhorst eine Kampagne gegen den Bau einer Moschee.

Das Gewaltpotenzial der Dortmunder Neonazi-Szene war und ist weiterhin hoch. Rassistisch motivierte Angriffe werden in der Stadt häufig verübt (siehe Artikel 4). Auch linke und kritische Journalist\_innen stehen im Fokus von Bedrohungen und Gewalt durch Neonazis. *Die Rechte* selbst setzt vor allem auf Einschüchterung. So versuchte sie gegen die Eröffnung eines anarchistischen Buchladens in der Nordstadt vorzugehen oder ‚fahndete‘ mehrfach mit öffentlichen Aufrufen zur Denunziation nach Flüchtlingsfamilien im Kirchenasyl. Viele der AktivistInnen und Führungskader von *Die Rechte* sind wegen Gewalttaten vorbestraft. Auch in der Organisation der extrem rechten Kampfsportszene sind Personen von *Die Rechte* Dortmund involviert. Zudem bestehen gute Verbindungen in die Dortmunder Hooligan-Szene (siehe die Artikel 3.2 und 3.3). Ein Teil der mit der Partei in Dortmund zusammen arbeitenden Neonazis zählt zudem zum internationalen *Combat*

*18-Netzwerk*, das sich als „bewaffneter Arm von *Blood & Honour*“ versteht und rechtsterroristische Taten propagiert.

Valide Daten über die Mitgliedschaft von *Die Rechte* in Dortmund liegen nicht vor. Von über 100 Parteimitgliedern in Dortmund sollte aber ausgegangen werden. Der harte Kern des AktivistInnenstammes, der auch kurzfristig zu kleinen Kundgebungen mobilisierbar ist, liegt bei etwa 30 bis 40 Personen. Wenn das Personenpotenzial der Dortmunder Neonazi-Szene eingeschätzt werden soll, ist aber zu berücksichtigen, dass neben der *Die Rechte* noch weitere kameradschaftsähnliche Gruppierungen, beispielsweise die *Aktionsgruppe Dortmund-West* und in mehreren Stadtteilen eigenständige Neonazi-Cliquen bestehen, welche regelmäßig die Aufmärsche und Kundgebungen unterstützen. Das organisatorische Gravitationszentrum ist aber eindeutig der Kreisverband der *Die Rechte*.

## Die Kreisverbände Hamm und Unna

Ebenfalls im Oktober 2012 gründete sich der Kreisverband Hamm, wo im selben Jahr in einer Gaststätte auch ein Bundesparteitag stattfand. Bei diesem wurde der KV-Vorsitzende Sascha Krolzig - zuvor Führungsperson der 2003 gegründeten und nunmehr verbotenen *Kameradschaft Hamm* - als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt wurde. Bis 2015 fanden regelmäßig Kundgebungen und Demonstrationen, darunter eine jährliche „Großdemonstration“ zum Tag der deutschen Einheit mit zuletzt 300 Teilnehmenden statt. Danach ließen diese Aktivitäten nach – auch da Krolzig zum Jurastudium nach Bielefeld zog. 2016 fand nur eine Mobilisierungs-Kundgebung zur Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“ sowie ein „Spaziergang“ der Pegida-ähnlichen Gruppierung Hamm gegen Politikwahn statt, wobei die Hälfte der 50 Teilnehmenden von *Die Rechte* gestellt wurde. Der Anmelder der Veranstaltung wechselte wenig später zur Partei. 2016 konnte dann der Eindruck entstehen, der Kreisverband habe gänzlich seine Arbeit eingestellt, da auch keinerlei Internetpräsenz gepflegt wurde. Doch dieser Eindruck war trügerisch. Zwar machte sich in Hamm die politische Umorientierung von Krolzig nach Bielefeld – mitsamt der Gründung eines KV Ostwestfalen – bemerkbar, doch die gefestigte lokale Szene blieb

bestehen. Diese konzentrierte sich auf gemeinschaftsbildende, kulturelle Aktivitäten wie RechtsRock-Konzerte und andere Feiern. So war Hamm 2016 und 2017 die Stadt mit den meisten neonazistischen Musikveranstaltungen in NRW (siehe Artikel 3.1). Hinzu kam eine Orientierung auf die Fußballfanszene des Fünftligisten Hammer Spielvereinigung einschließlich des Versuchs dort einen ‚Szene-Fanclub‘ zu gründen.

Ermöglicht wurde diese Entwicklung auch durch die eigenen Räumlichkeiten, über welche *Die Rechte* am Kentroper Weg in Hamm verfügt. Dort wurde bereits vor 2012 eine ehemalige Gaststätte angemietet, in der Vortragsveranstaltungen (auch solche der NPD) und Musikveranstaltungen stattfinden. Szeneintern firmiert dieses ‚nationale Zentrum‘ unter ‚Zuchthaus‘ und T-Shirts wie auch Aufkleber fordern auf, den „local racist pub“ zu supporten. 2018 wurde zudem ein neues Label namens *Nationaler Aufbruch Hamm* vorgestellt, unter dem sich sowohl *Die Rechte*-Parteimitglieder als auch andere Neonazis sammeln. Bei diesem steht verstärkt ein aktionsorientierter neonazistischer Lebensstil im Vordergrund, wenngleich öffentliche Aktionen unter diesem Label bisher sehr begrenzt sind.

Erst im Oktober 2017 trat ein *Die Rechte*-Kreisverband Unna in Erscheinung. Auch im Kreis Unna existierte eine aktive Kameradschafts-Szene, die eng mit der Dortmunder Szene verbunden war, weswegen einige ihrer Protagonisten auch direkt vom Verbot des *Nationalen Widerstands Dortmund* betroffen waren. Die bis 2012 als *Nationaler Widerstand Unna* bzw. *Freies Netz Unna* firmierenden Neonazis arbeiteten zugleich mit dem NPD-Kreisverband Unna/Hamm zusammen (siehe Artikel 2.2). Bei der Gründung des neuen *Die Rechte*-Kreisverbands in Unna wurde erklärt, dass man auch künftig „mit allen konstruktiven Kräften, auch über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg, zusammenarbeiten“ wolle.

Der *Die Rechte*-KV Unna wurde von Neonazis aus dem nördlichen Kreisgebiet gegründet. Bei den Aktionen, etwa Infoständen in Lünen, beteiligten sich Neonazis der aufgelösten *Freien Nationalen Aktivisten Lünen*. Zum Vorsitzenden wurde mit David Labenz ein Lünener gewählt, der schon seit Jahren zur Szene gehört und sich Mitte der 2000er Jahre in den Reihen der *Oidoxie Streetfighting Crew* bewegte. Sein Stellvertreter, der aus Selm stammende und über den Umweg der NPD-Jugendorganisation zu *Die Rechte* gefundene Joel Justin H., gilt mittlerweile als persona non grata. Dortmunder Neonazis konfrontierten ihn Ende Juni 2018 bei einer eigens zu

diesem Zwecke angemeldeten Kundgebung, die sich vordergründig gegen die Schließung der Eissporthalle Unna wandte, mit dem Vorwurf, ein Verräter zu sein.

## Fazit und Ausblick

Auch nach dem Verbot des *Nationalen Widerstand Dortmund* bildet die Ruhrmetropole des Zentrum der neonazistischen Szene in NRW, wobei sich bedeutende Teile des Neonazispektrums zurzeit in der Partei *Die Rechte* organisieren. Nach den Verboten zentraler Kameradschaften gelang es der Szene, sich zu reorganisieren und verloren gegangene Infrastruktur wieder herzustellen. Die offen neonazistisch auftretende Gruppierung nutzt erfolgreich die zusätzli-

chen Möglichkeiten, die ihr aufgrund ihres Parteienstatus‘ offen stehen. Somit wird die Kontinuität neonazistischer Strukturen fortgeführt, welche aufgrund der in etwa gleich bleibenden Größe der Szene wie auch des Kreisverbandes mittelfristig nicht eingehen werden. Neben parteipolitischer Arbeit im Vorfeld der Europawahlen 2019 sowie der Kommunalwahlen 2020 betätigt sich die Szene in Dortmund weiterhin in Raumergreifungsstrategien durch Bedrohung, Gewalt und symbolischen Aneignungen. Gleichmaßen werden Mitglieder von *Die Rechte* auch in Zukunft Konzerte, Kampfsport- und andere Events für die interne Zielgruppe veranstalten. Auch wenn vom Dortmunder Kreis-

verband deutlich mehr Aktivitäten ausgehen als von dem in Hamm, sind die Hammer Neonazis alles andere als inaktiv. Parallel geht der Aufbau neuer Kreisverbände weiter, insbesondere im Kreis Unna. Der ‚Stützpunkt Siegen‘ hat bislang noch keine Aktivitäten entwickelt. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass einige Neonazis aus dem südwestlichen Teil des Ennepe-Ruhr-Kreises in die Strukturen des *Die Rechte*-Kreisverbands Wuppertal eingebunden sind.

## Fußnoten

1 // Die Zahlen basieren auf Angaben der Bundesregierung in Antworten auf diverse „Kleine Anfragen“ der Fraktion der Linkspartei im Bundestag über die Anzahl extrem rechter Aufmärsche. Die Antworten sind als Drucksachen im Dokumentenarchiv des Bundestags recherchierbar.

Es sind die einzigen verfügbaren Daten, die das gesamte Bundesgebiet abdecken. Ein cursorischer Abgleich dieser Daten mit der regelmäßig in der Zeitschrift *Lotta* veröffentlichten Zählung von Aufmärschen weist aber eine Diskrepanz auf: So fehlen in der offiziellen Statistik u.a. Kundgebungen von *Die Rechte* am 31. März 2018 in Hamm sowie am 28. Juni 2018 in Unna.

2 // Schreiben des Innenministeriums NRW vom 20. April 1999, zitiert nach Landtag NRW, Drs. 16/14400, S. 245.

3 // Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, Gutachten zur rechtlichen Qualität von „Die Rechte“ und zu möglichen behördlichen Maßnahmen gegen dieselbe, Düsseldorf 2015, S. 71.

4 // Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung vom 17. Januar 2017, online: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html>.

5 // Abkürzung für Hitlerjugend.

6 // Sager, Tomas 2014: Wolf im Schafpelz? Die Partei DIE RECHTE als Sammelbecken für Neonazis, online: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/181492/die-rechte>

7 // Die Gruppe firmierte später unter dem Namen Nationaler Widerstand Dortmund (NWDO).

## „WENN WIR EINEN PUNKT MACHEN WOLLEN, KANN DAS NUR MIT VIELEN LEUTEN, MIT UNTERSCHIEDLICHEN LEUTEN GELINGEN.“

### Ein Gespräch mit den Quartiersdemokraten über neonazistischen Raumkampf in Dortmund-Dorstfeld

Vivianne Dörne und Micha Neumann vom Projekt Quartiersdemokraten unterstützen seit dem Oktober 2017 zivilgesellschaftliche Strukturen und Aktivitäten in Dortmund-Dorstfeld. Der Stadtteil hat seit vielen Jahren ein Problem mit einer der bundesweit aktivsten und gewalttätigsten Neonazi-Szene (siehe Kapitel 2.1). Die Quartiersdemokraten leisten in Dorstfeld Aufklärungsarbeit, beraten und unterstützen zivilgesellschaftliche Akteure, organisieren mit ihnen Bildungs- und Gedenkveranstaltungen. Hierbei gehen sie vor allem auf Vereine, Bündnisse und Schulen im Stadtteil zu. Im September 2018 veröffentlichten sie beruhend auf den Erkenntnissen ihrer Arbeit eine „Sozialräumliche Analyse zivilgesellschaftlicher Problem- und Handlungsfelder in Dortmund-Dorstfeld“.

>> Wie unterscheidet sich aus eurer Perspektive die Situation in Dortmund von anderen Schwerpunkten der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene, wie beispielsweise Aachen, Wuppertal oder auch Hamm?

Micha: Der größte Unterschied ist sicherlich, dass es die Neonazis in

Dortmund-Dorstfeld geschafft haben, in einem ganzen Stadtteil eine rechte Wohn- und Lebenskultur aufzubauen. Es gibt hier ganze Straßenzüge, wo sich Neonazis zentriert in Wohngemeinschaften und Wohnungen angesiedelt haben. Die Neonazis beanspruchen den Stadtteil offensiv für sich und sind immer präsent - vor allem wenn zivilgesellschaftliche Aktionen stattfinden, aber auch wenn sich Journalist\_innen oder Politiker\_innen im Stadtteil bewegen. Sie beobachten, dokumentieren und provozieren. Sobald man sich im Stadtteil bewegt, muss man das immer mitdenken. Ich glaube tatsächlich, dass sich da eine gewisse Angst heraus entwickelt hat, sowohl von Leuten die prospektive Betroffene von rechter Gewalt sind, die Sorge haben den Stadtteil oder bestimmte Areale zu betreten, als auch für Leute die hier selber wohnen, die immer damit rechnen müssen angesprochen oder bedroht zu werden. Das schwingt immer mit - besonders wenn man die Gegend um den zentral gelegenen Wilhelmsplatz betritt, wo sich ein Großteil der Wohnungen befindet. Das ist in anderen Städten so nicht gelungen und stellt sicher in ganz Westdeutschland eine Besonderheit dar.

Vivianne: Hinzu kommt, dass die Partei *Die Rechte* ihr Zentrum in diesem Stadtteil hat und auch kommunalpolitische Erfolge erzielen konnte. *Die Rechte* ist in ganz NRW unterwegs, die Parteikader sammeln sich aber hier in Dorstfeld. Das ist eben auch nochmal exklusiv für den Stadtteil.

>> Auf welche Art und Weise manifestiert sich diese ‚Beanspruchung‘ des Stadtteils? Wie ist die Szene sichtbar in Dorstfeld?

Micha: Zum einen visuell, zum Beispiel durch Sticker oder Graffitis. In der Fläche findet das vor allem im Rahmen von Kampagnen statt, wie zum Beispiel im letzten Jahr bei der Mobilisierung für die ‚Mord verjährt nicht!‘-Demonstration in Gedenken an Rudolf Heß oder die Solidaritätskampagne für Ursula Haverbeck. Zum zweiten haben wir den aktionsbezogenen Teil, also Demonstrationen und Kundgebungen. Besonders im Wahlkampf ist *Die Rechte* mit Info-Ständen im Stadtteil präsent. In anderen Dortmunder Stadtteilen, wie Eving, Westerfilde und Marten, sind sie aber in dieser Hinsicht noch aktiver. Zum dritten die konkret physische Präsenz. Wenn die Personen hier wohnen, einkaufen,

zum Sport gehen und ihren alltäglichen Bedarf im Stadtteil erledigen. Man muss sich in Dorstfeld nicht lange umgucken, bis man zumindest einen Kader der extremen Rechten entdecken kann. Durch die Wohnungen und WGs sind sie einfach Teil des öffentlichen Lebens geworden. Sie versuchen darüber hinaus sich im kulturellen Leben des Stadtteils zu verankern und ein konkretes Angebot zu entwickeln, was nicht offen als rechtsextrem beworben wird – zuletzt erst noch durch die Eröffnung eines Cafés.

>> Die Neonazis reklamieren den Stadtteil als ‚Nazi-Kiez‘ für sich und greifen hier auch auf Bedrohung und Gewalt zurück. Inwiefern ist der Begriff ‚Angstraum‘ für Dorstfeld zutreffend?

Vivianne: Da muss man zwischen den Örtlichkeiten unterscheiden. Also rund um den Wilhelmplatz, wo Neonazis physisch und durch einschlägige Graffiti und Sticker präsent sind, ist dieser Ort durchaus für viele Menschen mit einem Gefühl des Unwohlseins verbunden. Das ist auch ein zentrales Ergebnis unserer Sozialraumanalyse gewesen. Es kommt natürlich drauf an, in welchen Erfahrungskontexten sich die Menschen bewegen: Gehöre ich

zur ‚deutschen‘ Mehrheitsgesellschaft oder nicht? Bin ich also ein potentielles ‚Feindbild‘? Habe ich schon Erfahrungen mit Neonazis gemacht? Wir machen auch immer wieder die Erfahrung, dass grade zivilgesellschaftliche Akteur\_innen, die sich in der Öffentlichkeit gegen Rechtsextremismus positionieren, mit einem anderen Gefühl durch den Stadtteil laufen, als wenn man keinen Bezug zum Thema hat. Nichtsdestotrotz ist es kein Angsttraum im polizeilichen Sinne, weil es aktuell kaum rechtsextreme Straftaten in Dorstfeld gibt. Da muss man natürlich beachten, dass sich Neonazis oft unter Grenze bewegen und viele Vorfälle aus Angst vor weiteren Repressalien nicht zur Anzeige gebracht werden. Unabhängig von den Zahlen muss man die Sorgen der zivilgesellschaftlichen Akteure und potentiell Betroffenen - die äußern, dass sie sich unwohl und teilweise auch alleine gelassen fühlen - sehr ernst nehmen.

Micha: Genau, es ist eher eine subjektive Angst. Dorstfeld ist keine ‚No-Go-Area‘, keine ‚National befreite Zone‘ in dem Sinne, dass Neonazis eine Form von ‚Zugangskontrolle‘ machen und Menschen sich da nicht mehr frei bewegen können. Es bleibt aber dieses Gefühl, dass man

mindestens beobachtet oder vielleicht auch angesprochen wird, was bei Vielen mitschwingt. Allein schon der Habitus, das martialische Auftreten bei Demos oder am Rande zivilgesellschaftlicher Aktionen sorgt auch bei Unbeteiligten für ein gruseliges Gefühl.

>> Im November 2018 wart ihr maßgeblich in die Planungen und Umsetzungen der Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der Pogromnacht eingebunden. Am 9. November fand eine große Gedenkveranstaltung am jüdischen Mahnmal direkt am Wilhelmplatz statt, am Abend zuvor habt ihr eine Vortragsveranstaltung zum gegenwärtigen Antisemitismus organisiert. Seit Jahren konnte die Gedenkveranstaltung mal wieder ohne Störungen der Neonazis über die Bühne gehen, was allerdings mit einem großen Aufwand verbunden war: Es gab Zugangskontrollen durch die Polizei und einen Sichtschutz. Ein nahegelegenes Wohnhaus, aus dem in den Vorjahren rechte Parolen gerufen wurden, wurde mit ‚Gemeinsam gegen Antisemitismus‘-Bannern zugehängen (siehe Abbildung S. 35). Wie bewertet ihr rückblickend die Veranstaltung?

Micha: Wir hatten zwei Aspekte. Es ging uns zum einen darum, aktuellen Antisemitismus zu thematisieren und diese Veranstaltung ganz konkret als Statement gegen aktuelle antisemitische Vorfälle zu setzen. Zum anderen wollten wir endlich mal wieder einen störungsfreien Ablauf und die Sicherheit der Teilnehmenden gewährleisten. Hier haben wir sowohl mit der Polizei als auch mit der Stadtverwaltung gut zusammengearbeitet. Das ist eben auch nochmal speziell für den Stadtteil, dass man so viel Aufwand betreiben muss, um eine gelungene Veranstaltung und ein würdiges Gedenken sicherzustellen. Es hat auch geholfen, im Vorfeld den Kontakt zu Schulen zu pflegen, die sich und ihre Arbeiten zu den Themen Erinnerungsarbeit und heutigem Antisemitismus im Zuge der Veranstaltung vorgestellt haben. Dieses Rahmenprogramm hat auch nochmal mehr Leute angezogen, als eine reine Gedenkveranstaltung.

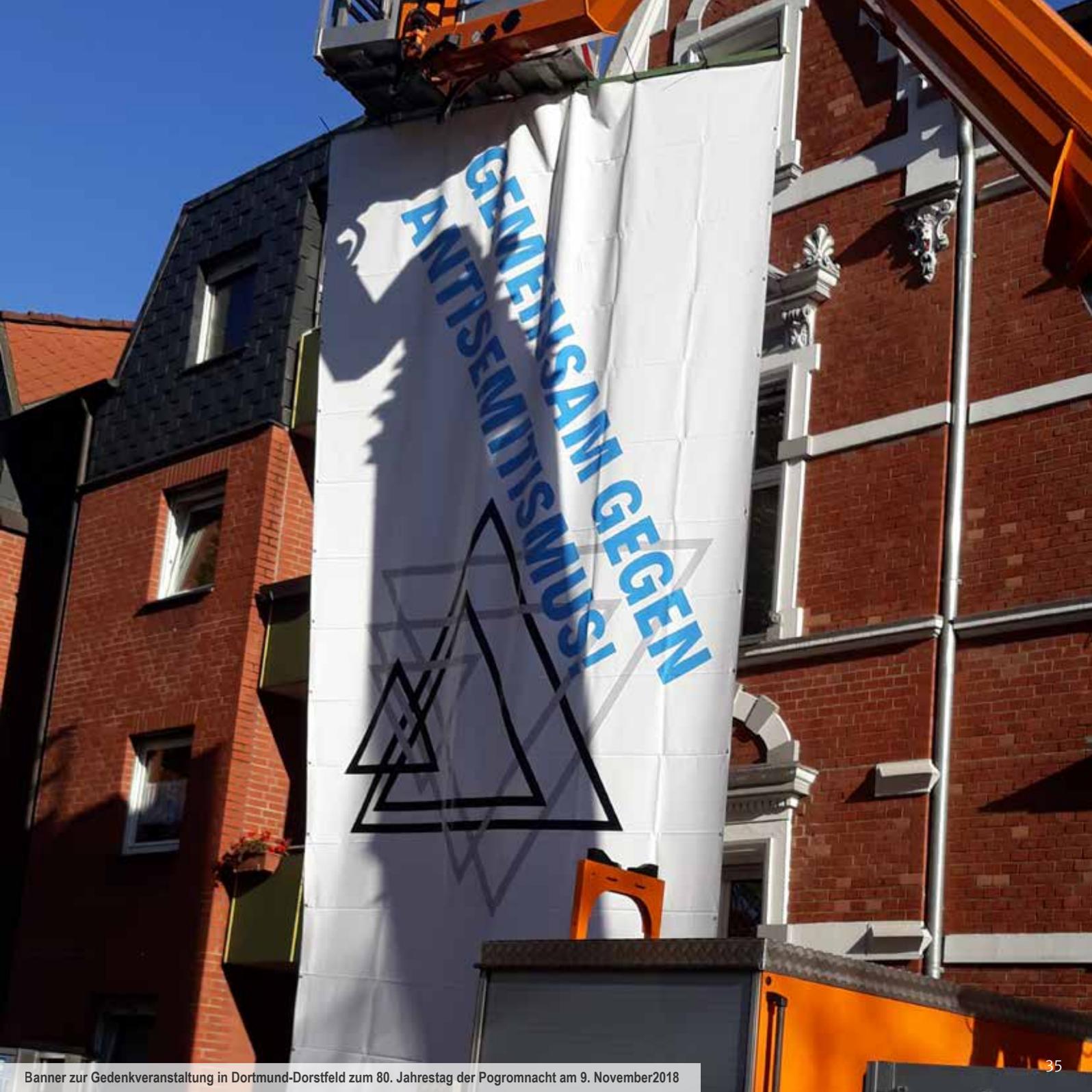
Vivianne: Auch wenn das Gedenken ohne Störungen verlief, so waren die Nazis doch in der Nähe und haben eine ‚Geburtstagsparty‘ für Ursula Haverbeck gefeiert. Auch am Vorabend haben sie direkt gegenüber vom Veranstaltungsort unseres Vortrags zum Thema Antisemitismus eine Kundgebung abgehalten, wo auch wieder das antisemitische Transparent „Israel ist unser Unglück“ zum Vorschein kam.

>> In eurer Sozialraumanalyse kommt ihr unter anderem zu dem Schluss, dass „Veranstaltungen mit Symbolcharakter zwar kurzfristige Erfolge vermitteln können, es aber zugleich eine kontinuierliche Auseinandersetzung auf unterschiedlichen Ebenen“ braucht. Wie müsste das aus eurer Sicht konkret aussehen? Wie könnt ihr als professionelle Struktur da unterstützen?

Vivianne: Ich glaube - und da hat uns unsere Sozialraumanalyse auch bestätigt -, dass es gut und wichtig ist, Veranstaltungen zu machen, die eine demokratische Kultur im Stadtteil fördern. Aber sowas hat auch immer einen zeitlich begrenzten Aspekt. Man muss Formate finden, um sich dauerhaft mit dem Thema auseinanderzusetzen. Zum einen muss das präventiv geschehen, durch Veranstaltungen und Bildungsangeboten über Rechts extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wichtig ist aber auch die Ebene der Vernetzung. Denn wenn wir gegen eine gefestigte neonazistische Szene einen Punkt machen wollen, kann uns das nur mit vielen Leuten, mit unterschiedlichen Leuten gelingen. Da sehen wir einen Schwerpunkt unserer Arbeit: Leute vernetzen, Strukturen aufbauen und letztlich auch dann Aktionen in die Öffentlichkeit rücken und sich positionieren.

Micha: Die Feste sind wichtig, dabei darf aber nicht stehen geblieben werden. Am 8. November haben wir das auch versucht, indem wir im Vorfeld der Veranstaltung mit Bildungsangeboten zum Thema Antisemitismus an Schulen herantreten sind, die auch gut wahrgenommen wurden. Wir haben am Vorabend einen Vortrag mit aktuellem Bezug organisiert und auch versucht, auf der Gedenkveranstaltung selber den Gegenwartsbezug herzustellen und die Notwendigkeit des Engagements gegen Antisemitismus anzusprechen. Auf diese Weise war es eine Veranstaltung mit Symbolcharakter, die aber eben auch gut eingebettet war in ein partizipatives Begleitprogramm.

*Die Sozialraumanalyse der Quartiersdemokraten ist online abrufbar unter [http://quartiersdemokraten.de/wp-content/uploads/2018/08/Brosch%C3%B4re\\_Sozialraumanalyse\\_QD\\_Kurzfassung\\_web.pdf](http://quartiersdemokraten.de/wp-content/uploads/2018/08/Brosch%C3%B4re_Sozialraumanalyse_QD_Kurzfassung_web.pdf)*



Banner zur Gedenkveranstaltung in Dortmund-Dorstfeld zum 80. Jahrestag der Pogromnacht am 9. November 2018



## 2.2

# AUF DEM WEG IN DIE BEDEUTUNGSLOSIGKEIT? DIE NATIONALDEMOKRA- TISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) UNTER ZUGZWANG

>> Von Isa Bodwig

NPD – einst wichtigste Partei der extremen Rechten und Bezugspunkt des Neonazismus – verliert immer mehr an Bedeutung. Bei Wahlen spielt sie selbst in ihren einstigen Hochburgen in Ostdeutschland nur noch eine marginale Rolle, während NRW ohnehin noch nie ein Stamm-land der Partei war. Dennoch wird die Partei auch in Zukunft weiterhin existieren und auch in einzelnen Kommunen des Regierungsbezirks Arnsberg Präsenz zeigen

Die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) ist die älteste noch existierende, extrem rechte Partei in Deutschland. Der 1964 als Versuch einer Sammlung des breiten Rechtsaußen-Spektrums gegründeten, völkisch-nationalistischen Partei, die eine programmatische und personelle Nähe zur NSDAP aufwies, gelang zwischen 1966 und 1968 der Einzug in sieben von elf Länderparlamenten – mit Stimmenanteilen von bis zu 9,8 Prozent (Baden-Württemberg, 1968).

Der herbeigesehnte und durchaus realistische Einzug in den Deutschen Bundestag 1969 scheiterte aber mit 4,3 % knapp an der Sperrklausel. Dies führte letztendlich zum Niedergang der Partei – verbunden mit diversen Abspaltungen, einem starken Mitgliederschwund, existenzbedrohenden finanziellen Problemen und - bis in die 2000er Jahre hinein - desaströsen Wahlergebnissen auf Länder-, Bundes- und Europaebene. Auf kommunaler Ebene konnte die NPD dennoch punktuell einige Erfolge verbuchen.

#### Von den 1990er Jahren bis heute: Auf- und erneuter Abschwung

Mitte der neunziger Jahre begann eine strategische Neuausrichtung der NPD, verbunden mit einem moderneren Auftreten und erweiterten Themensettings. Öffentliche Aufmerksamkeit erlangte sie durch große Aufmärsche mit bis zu 5 000 Teilnehmenden und großen RechtsRock-Konzerten im Rahmen des ‚Pressefestes‘ der *Deutschen Stimme*, dem Zentralorgan der NPD. Ebenso gelang die Verjüngung der Partei. Dabei profitierte sie auch von den Verboten mehrerer neonazistischer Organisationen, deren ehemaligen Mitgliedern eine neue politische

Heimat in der NPD geboten wurde, was bereits zuvor ihre Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (heute: *Junge Nationalisten*) praktiziert hatte. Gleichzeitig konzentrierte die NPD ihre Ressourcen auf die neuen Bundesländer, insbesondere auf Sachsen. 2004 gelang ihr bei den dortigen Landtagswahlen der parlamentarische Durchbruch mit 9,2 Prozent der Wählerstimmen, 2009 reichten 5,6 Prozent für einen Verbleib im Landtag. In Mecklenburg-Vorpommern zog sie 2006 (7,3 Prozent) nach und erzielte 2011 einen weiteren Wahlerfolg (6,0 Prozent).

Nicht zuletzt aufgrund des Aufschwungs der AfD ist die NPD seit September 2016 in keinem der Länderparlamente mehr vertreten. Von einem Einzug in den Bundestag ist sie schon seit den siebziger Jahren weit entfernt, wo mit 1,5 Prozent das beste Wahlergebnis im Jahr 2009 erzielt wurde. 2017 kam die Partei nur noch auf 0,4 Prozent, ihre Mitgliederzahl sank laut Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz (Stand Juli 2018) auf etwa 4.500. Dennoch ist nicht damit zu rechnen, dass die schon oft

totgesagte NPD in den nächsten Jahren aus dem Parteiensystem verschwindet. Trotz schlechter Wahlergebnisse und finanzieller Einbußen kann die NPD auf langjährig bestehende Strukturen zurückgreifen, welche auch schwierige Zeiten überdauern können. Die Gefahr eines Parteiverbotes ist mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017 zu Gunsten der NPD langfristig gebannt.<sup>1</sup>

### **Die NPD in NRW: ‚Kümmerner-Partei‘ an der Grenze zur Bedeutungslosigkeit**

Im Landesvorstand der nordrhein-westfälischen NPD waren bis 2016 FunktionärInnen aus dem Regierungsbezirk Arnsberg sehr stark vertreten. Seit dem Landesparteitag im November 2016 hat sich das drastisch geändert. So kamen nur noch drei von elf Vorstandsmitgliedern aus dem Regierungsbezirk. Diese drei – Claus Cremer (KV Bochum/Wattenscheid) als Landesvorsitzender sowie Marion Figge (KV Bochum/Wattenscheid) und Axel Thieme (KV Dortmund) als BeisitzerInnen – wurden bei der Landesvorstandswahl Anfang November 2018 erneut bestätigt. Allerdings wurde der Landesvorstand auf neun Personen verkleinert.

Bei den letzten Landtags- und Bundestagswahlen schnitt die NPD noch schlechter ab als zuvor. Dabei hat die NPD in NRW ohnehin seit ihrer

Gründung einen schweren Stand. Bei ihrem ersten Antritt zur Landtagswahl 1970 war der ‚NPD-Hype‘ schon Geschichte, es verblieb ein Wahlergebnis von mageren 1,1 Prozent, was dennoch bis heute nicht übertroffen wurde. Bei den letzten vier NRW-Landtagswahlen sank ihr Ergebnis kontinuierlich von 0,9 (2005) auf 0,3 Prozent (2017). Dass ein Einzug in den NRW-Landtag unmöglich ist, war der Partei dabei immer klar. So wurde in erster Linie das Überspringen der Ein-Prozent-Hürde angestrebt, um in den Genuss einer staatlichen Teilfinanzierung zu kommen. Stattdessen hat das Verfehlen dieses Ziels, die finanziellen Probleme der Partei noch verstärkt.

Inhaltlich versucht der Landesverband weiterhin, auf eine Verbindung von sozialen Themen (Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Altersarmut u.a.) mit den Themen Migration und Flucht bzw. Asyl zu setzen - oft in Kombination mit den Themen Innere Sicherheit und Kriminalität. Die Kernbotschaften vermitteln dabei zum einen sozialpolitische Vorstellungen, die sich auf einen ethnisch begrenzten und somit nach außen abgrenzenden Volksbegriff berufen („Sozial geht nur national“) und zum anderen die imaginierte Gefahr des ‚Aussterbens‘ des ‚deutschen Volkes‘ durch Zuwanderung („Integration ist Völkermord“), bei gleichzeitigem demografischen Wandel der Gesellschaft.

Beiden Themen wohnt die für extrem rechte Ideologien zentrale Konstruktion einer imaginierten ‚Volksgemeinschaft‘ inne, welche den scheinbar drohenden ‚Volkstod‘ abwenden und als völkisch-nationalistische Sozialutopie gegen Demokratie und Rechtsstaat ins Feld geführt wird.

### **Die NPD in nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten: Nationale Einzelkämpfer**

Auch bei der letzten Kommunalwahl 2014 in NRW musste die NPD Verluste hinnehmen. Schon die Ausgangslage für die Partei erwies sich als äußerst schwierig, in ganzen Landstrichen war die NPD praktisch von der Bildfläche verschwunden. In Wuppertal, im Kreis Siegen-Wittgenstein und im Kreis Düren, wo sie 2009 noch Mandate gewinnen konnte, herrschte nun Funkstille - von NPD-Aktivitäten ist dort schlichtweg nichts mehr zu vernehmen. Im Ennepe-Ruhr-Kreis, wo die extrem rechte Partei fünf Jahre zuvor NRWweit die meisten Rats- und Kreistagsitze überhaupt einsammelte, kandidierten NPD-Abtrünnige rund um das ehemalige Landesvorstandsmitglied Thorsten Crämer ab 2014 unter dem Namen *Bündnis Zukunft Ennepe-Ruhr*, kamen aber auch nur zu Zustimmungswerten im Promille-Bereich. Der NPD-Kreisverband Unna/Hamm, dessen Vorsitzender Hans-Jochen Voß auch im Rentenalter

noch auf zahlreichen bundesweiten Veranstaltungen der Partei zugegen ist, hatte seine vollmundig angekündigten Kommunalwahlpläne für das Jahr 2014 stillschweigend begraben. Der laut Angaben des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes aktuell auf etwa 500 Mitglieder (in NRW) dezimierten Partei verblieben letztendlich 16 Mandate, von denen je eins in Stadträten der kreisfreien Städte Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen und Mönchengladbach sowie drei in Kreis- bzw. Regionstagen (Kreis Heinsberg, Märkischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis) gewonnen werden konnten. Hinzu kamen je ein Sitz in sechs (von 374) Stadträten kreis- und städteregionsangehöriger Städte, darunter auch Lüdenscheid im Märkischen Kreis.

Die NPD bildet in Bochum und Dortmund eine Fraktion mit Vertretern anderer extrem rechter Gruppen, nachdem das Verhältnis etwa zwischen der NPD und *Die Rechte* in Dortmund lange Zeit von Konflikten geprägt war. Dort, wo keine Gruppen oder Fraktionen mit Vertretern oder Überläufern anderer extrem rechter Parteien gebildet werden konnten, blieb die NPD-Präsenz in den kommunalen Parlamenten hingegen ohne jede Wirkung.

### **Die Straßenpolitik der NRW-NPD: Mitlaufen & Mithetzen**

Auf der Straße und in der Öffentlichkeit war die Partei in NRW zuletzt sehr selten sichtbar. Gehörten einst demonstrative Aktionen zum Standardrepertoire des Landesverbands, so sind sie heute zur Seltenheit geworden. Zu Demonstrationen wird meist nur noch als Kooperationspartner von *Die Rechte* mobilisiert.

Zudem wird dazu aufgerufen, an Demonstrationen und rassistischen Straßenprotesten teilzunehmen, die von anderen rechten Gruppierungen wie *Patrioten NRW*, *Mütter gegen Gewalt* oder *Pegida NRW* organisiert werden. Soweit durchsetzbar, werden vereinzelt auch RednerInnen für derartige Aktionen gestellt. Trotz guter Kontakte reicht es meist nicht für mehr, da die genannten Gruppierungen großen Wert darauf legen, nicht von Parteien vereinnahmt zu werden und ihre SympathisantInnen eher der AfD als der NPD zugeneigt sind. Eigene Aktionen der NPD beschränken sich in der Regel auf zuvor nicht angekündigte ‚Mahnwachen‘, Mini-Kundgebungen, Infostände sowie das Verteilen von Flyern an Briefkästen. Seit dem Sommer 2018 beteiligen sich mehrere NPD-Kreisverbände aus NRW – unter anderem auch in Bochum und Dortmund – an der bundesweiten NPD-Kampagne ‚Schafft Schutzzonen – Sicherheit

durch Solidarität‘. Hierbei patrouillieren NPD-AktivistInnen mit eigens produzierten Warnwesten an öffentlichen Plätzen, die angeblich aufgrund der Anwesenheit von Migrant\_innen besonders ‚gefährlich‘ seien.

Durch Aussagen wie „Wenn der Staat nicht fähig ist, seine Bürger zu schützen, müssen die Bürger sich selbst schützen“ werden die Streifgänge durch eine unterstellte Gefährdung von Bürger\_innen und die Notwendigkeit von „Schutzzonen“ legitimiert. Gleichgesinnte werden aufgerufen, eigenständig weitere „Schutzzonen“ zu organisieren. So heißt es in dem professionell gestaltetem Werbevideo der Partei: „Eine Schutzzone ist ein Ort, wo Deutsche Sicherheit finden können. Das kann ein Gebäude, ein Fahrzeug, eine Stadt, ein Stadtteil, ein Dorf, eine Menschengruppe oder ähnliches sein.“ Letztendlich wird dabei über den Umweg „Sicherheit für Deutsche“ auf das im Jahr 1991 vom *Nationaldemokratischen Hochschulbund* (NHB) veröffentlichte Konzept „Schafft befreite Zonen“ zurückgegriffen. Vorstellungen von Vigilantismus und Selbstjustiz sind in der neonazistischen Szene fest verankert und finden in derartigen Konzepten von ‚national befreiten Zonen‘ ihre Zuspitzung (siehe Infobox Seite 40).

# >> DAS KONZEPT DER NATIONAL

# BEFREITEN ZONEN <<

Mit dem Konzept der ‚National befreiten Zonen‘ verfolgen Teile deutscher Neonazi-Szene seit Beginn der 1990er Jahre eine aggressive Raumpolitikstrategie. Ziel ist hierbei eine (bevölkerungs)politische, ökonomische und soziale Loslösung vom demokratischen Staat, letztlich eine ‚Selbstregierung‘ nach völkisch-nationalistischen Idealen in einem begrenzten urbanen oder ländlichen Raum. Angestrebt wird nicht nur eine ‚deutsche‘ Nachbarschaft im eigenen Dorf oder Stadtteil, sondern auch eine extrem rechte Deutungsmacht, verstärkt durch eigene Kultur- und Medienangebote. Gewalt und Bedrohung von ‚Feinden‘ dieser ‚Volksgemeinschaft im Kleinen‘ ist legitimer Teil der Strategie. Vor allem in ostdeutschen Bundesländern finden sich Landstriche, in denen sich militante Neonazis und die NPD erfolgreich als ‚Kümmerer‘ inszenieren können. Durch das Aufkommen der ‚Autonomen Nationalisten‘ zu Beginn der 2000er Jahre wurden zudem Strategien aus dem ‚linken‘ Häuserkampf adaptiert: Neonazis sahen ihre Raumpkämpfe von nun an als eine ‚Revolte‘ gegen das ‚System‘, sprühten Graffitis und klebten Sticker in ‚ihrem‘ Stadtteil. Von dem erklärten Ziel einer ‚National befreiten Zone‘ ist das freilich weit entfernt. Nichtsdestotrotz sind die Neonazis mit diesen Strategien durchaus in der Lage, einzelne Straßenzüge zu dominieren und vor allem auch situativ Bedrohungsszenarien entstehen zu lassen. Im Regierungsbezirk Arnsberg gilt dies mit zahlreichen Abstrichen für die Neonazis im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld, den sie selbst als ‚Nazi-Kiez‘ für sich beanspruchen. Für eine differenzierte Sicht auf die Dorstfelder Situation findet sich in dieser Broschüre ein Gespräch mit dem Projekt Quartiersdemokraten (siehe S. 32).

*Literatur:*

*Christoph Schulze & Ella Weber (Hg.): Kämpfe um Raumhoheit. Rechte Gewalt, „No Go Areas“ und „National befreite Zonen“. Münster: Unrast, 2011.*

Für die NRW-NPD dürfte die „Schutz-zonen“-Kampagne vornehmlich eine PR-Aktion gewesen sein. Von der Schaffung ‚national befreiter Zonen‘ ist die Partei weit entfernt – was nicht ausschließt, dass es durch ein solches Auftreten zu punktuellen Bedrohungssituationen kommen kann.

Bei sonstigen Aktivitäten ist die Partei in NRW auf die Hilfe anderer ‚freier‘ Neonazis oder auf Kooperationen mit der neonazistischen Partei ‚Die Rechte‘ angewiesen.

Dies gilt zum Beispiel für Plakatierungen im Vorfeld von Wahlen. Manche lokalen Strukturen, wie der

Kreisverband Unna/Hamm um den Vorsitzenden Voß, arbeiten schon seit vielen Jahren mit parteiungebundenen Neonazis zusammen und würde ohne deren Unterstützung noch weniger öffentlich sichtbar sein. Voß bringt die Zusammenarbeit von Partei und ‚parteifreien Kräften‘ aus

dem Kameradschaftsspektrum, wie sie im östlichen Ruhrgebiet seit geraumer Zeit praktiziert wird, wie folgt auf den Punkt: „Die Kameradschaft und die Partei sind der Weg, das Reich ist das Ziel“.

### **Aktivitäten der Kreisverbände: Schwerpunkte im Ruhrgebiet**

Der Aktivitätsschwerpunkt der nordrhein-westfälischen NPD liegt im Ruhrgebiet: vor allem in Bochum und Duisburg, mit Abstrichen in Essen und Dortmund. Ganze Landstriche in NRW sind durch die NPD nicht abgedeckt. Insgesamt weist der Landesverband nur 16 Kreisverbände in NRW aus (Stand vom 14. Dezember 2018), von denen allerdings mehrere inaktiv oder praktisch gar nicht mehr existent sind. Für den Regierungsbezirk Arnsberg nennt die NPD die Kreisverbände Bochum/Wattenscheid, Dortmund, Hochsauerlandkreis, Märkischer Kreis und Unna/Hamm. Inaktiv ist im Grunde der Kreisverband Hochsauerlandkreis, nachdem die ehemalige Vorsitzende, Yvonne Weber, im Sommer 2016 aus allen Funktionen entlassen wurde, da sie in ihrer Funktion als Landeschatzmeisterin Parteigelder veruntreut hatte. Nach dem Ende 2014 erfolgten Parteiaustritt von Timo Pradel aus Iserlohn ist der von ihm bis dato geführte NPD-Kreisverband Märkischer Kreis quasi zusammengebrochen. Zwar ist der Kreisverband mit dem ehemaligen Landesvorsitzenden Stephan Haase

noch im Kreistag sowie im Lüdenscheider Stadtrat parlamentarisch vertreten, darüber hinaus sind allerdings keine nennenswerten Aktivitäten mehr bekannt. Seit dem NPD-Landesparteitag im November 2016 ist der zuvor als Stellvertreter Cremers fungierende Haase nicht mehr im NPD-Landesvorstand vertreten, was Gerüchte um interne Streitigkeiten mit dem Landesvorsitzenden Claus Cremer bekräftigt. Gute Kontakte hat der ehemalige Aktivist der 1992 verbotenen *Nationalistischen Front (NF)* zur Partei *Der III. Weg*, die vom Nachbarkreis Olpe aus ihren aktivsten NRW-„Stützpunkt“ betreibt (siehe hierzu Kapitel 2.3). Haase trat im April 2017 bei *Der III. Weg* als Referent zum Thema „Der nationale Selbstversorger“ auf. Der zaghafte Wiederaufbau des ehemals recht aktiven Kreisverbands Siegen beziehungsweise Siegen-Wittgenstein, der zuletzt durch den ebenfalls seit November 2016 nicht mehr im NPD-Landesvorstand vertretenen Jens Klein repräsentiert wurde, darf als gescheitert angesehen werden. Auch Klein soll zum Anti-Cremer-Flügel um Stephan Haase zählen. Im Januar 2018 bezeichnete er sich noch als NPD-Kreisvorsitzender Siegen-Wittgenstein, jedoch wurde der Kreisverband auf der Homepage der NPD-NRW Ende 2018 entfernt und scheint demnach auch ‚offiziell‘ nicht mehr zu existieren. Insbesondere auf propagandistischer

Ebene ist der NPD-Kreisverband Unna/Hamm um Hans-Jochen Voß sichtbar. Dieser ist für seine Nähe zu militanten Neonazis und deren (auch finanzielle) Unterstützung bekannt. In seinem Kreisverband organisieren sich auch NPD-Mitglieder aus dem Kreis Soest und einzelnen Orten Ostwestfalens, wo aktuell keine lokalen Kreisverbände existieren. Die einst häufiger im Kreisgebiet durchgeführten Vortragsveranstaltungen des NPD-Kreisverbands Unna wurden zuerst nach Dortmund und schließlich in das ‚Nationale Zentrum‘ am Kentroper Weg (siehe Kapitel 3.1) nach Hamm verlegt. Ein Nachwuchs jüngerer AkteurInnen ist derzeit nicht zu beobachten, zumal die in Dortmund, Hamm und im Kreis Unna präsente Partei *Die Rechte* und ihr aktivistisches Umfeld bei jüngeren Neonazis als attraktiver gilt. Der Dortmunder Kreisverband um das Stadtrats- und NPD-Landesvorstandsmitglied Axel Thieme entfaltet kaum Eigenleben und fungiert als Juniorpartner des örtlichen *Die Rechte*-Kreisverbandes. Diesem verhalf er durch die Zusammenlegung zweier Einzelmandate zum Status einer Ratsgruppe im Dortmunder Stadtrat und somit zu den (finanziellen) Vorteilen, die ein solcher Status mit sich bringt. Als einzig wirklich noch aktiver NPD-Kreisverband verbleibt Bochum/Wattenscheid um den NPD-Landesvorsitzenden Claus Cremer. Dieser hält seit 2009 einen Sitz im Bochumer

Stadtrat und ist zudem Geschäftsführer der oben genannten *NPD/ Die Rechte-Ratsgruppe* in Dortmund. Cremer gilt selbst in NPD-Kreisen als umstritten und teilweise auch als unfähig. Bei den Landesvorstandswahlen 2016 konnte er nur eine knappe Mehrheit der Stimmen hinter sich bringen. Offenbar scheint es aber aktuell niemanden (mehr) zu geben, der oder die ihm das Amt streitig macht. Bis August 2018 saß er zunächst alleine für die NPD im Bochumer Stadtrat. Als zweite extrem rechte Partei war mit einem Mandat die Bürgerbewegung *pro NRW* vertreten, die sich - zumindest nach außen - vom so von ihr bezeichneten „NS-Narrensau“ abzugrenzen versuchte, also nicht zur Gründung einer gemeinsamen Ratsgruppe zur Verfügung stand. Dies änderte sich nach dem Tod des Bochumer *pro NRW*-Ratsmitglieds Hans-Joachim Adler am 20. Februar 2018 und dem hieraus resultierenden Nachrücken des Zweitplatzierten auf der *pro NRW*-Reserveliste, Francis Marin, welcher noch im gleichen Jahr zur NPD wechselte und prompt in deren Bochumer Kreisvorstand gewählt wurde. Anfang April 2018 verkündeten Marin und Cremer die Gründung einer Ratsgruppe, die nun auch über ein größeres Büro und über finanzielle Mittel aus dem städtischen Haushalt verfügt. Dies dürfte auch der Grund sein, wieso seit Frühjahr 2018 eine Zunahme von NPD-Aktivitäten

in Bochum festzustellen ist, unter anderem diverse Infostände, Flugblattverteilungen und die Teilnahme an der bereits erwähnte „Schutzzonen“-Kampagne. Auch scheinen wieder jüngere AktivistInnen eingebunden zu werden. Vorteilhaft für die lokale NPD erweist sich hier, dass in Bochum kein Ableger der Partei *Die Rechte* existiert. Man könne zwar, so Cremer, im Stadtrat nichts durchsetzen, da die NPD von den etablierten Parteien gemieden würde, aber man sei immerhin ein „Stachel im System“. So ist es nach eigener Aussage das „Hauptziel“ der Arbeit der NPD im Stadtrat, „Informationen zu bekommen“ und „den Bürger aufzuklären“. Welches System sich die Bochumer und NRW-NPD herbeisehnt, wird nicht nur durch ihre Nähe zur unmissverständlich zum militanten Kameradschaftsspektrum und zur neonationalsozialistischen Partei *Die Rechte* deutlich, sondern zeigt sich unter anderem auch in einem Werbevideo der Bochumer NPD-Ratsgruppe, in welchem Marin seine Partei als „nationale und sozialistische Alternative“ zu anderen Parteien beschreibt. Dennoch waren Haase, Klein und Voss die einzigen NPD-Funktionäre aus NRW, die am 30. Januar 2018 als Erstunterzeichner der „Proklamation“ des von Thorsten Heise initiierten Völkischen Flügels in Erscheinung traten. Heise ist NPD-Landesvorsitzender in Thüringen, am äußersten rechten Rand der Partei anzusiedeln und eine

der zentralen Personen der bundesrepublikanischen Neonazi-Szene. Der Völkische Flügel fordert deshalb kaum überraschend eine „parteiübergreifende Zusammenarbeit mit anderen, gleichgesinnten Organisationen und Personen“. Damit sind insbesondere die Öffnung gegenüber militanten Neonazis und eine Abkehr vom bürgerlichen Auftreten der Partei im Sinne des Bundesvorsitzenden Frank Franz (seit 2014) und seines Vorgängers Holger Apfel (2011-2013) gemeint. Man möchte dem „Liberalisierungsprozess, dem Mitglieder- und Aktivistenschwund sowie der Perspektivlosigkeit und der schwindenden Moral innerhalb der Partei Einhalt gebieten“, was zugleich den Zustand der Partei treffend beschreibt. In strategischer Hinsicht fordert der Völkische Flügel eine Abkehr vom parlamentarischen Weg der Teilnahme an Wahlen. Stattdessen streben Heise und seine Unterstützer aus NRW an, die „NPD zu einer wirklichen Weltanschauungsorganisation und Bewegung zu machen, anstatt sie weiter als erfolglose Wahlpartei systemaffiner Politikjongleure zu überlassen.“

### **Ausblick: „Alternative zur Alternative“?**

In einer Auswertung des Ergebnisses der Bundestagswahlen 2017 (0,4 Prozent bundesweit für die NPD) versucht das NPD-Parteipräsidium das schlechte Abschneiden insbesondere

mit dem Erfolg der AfD zu erklären und sich gleichzeitig von dieser abzugrenzen: „Die AfD hat alles aufgesogen, was möglich war, weil es momentan eben angesagt ist, bei dem vor allem auch von den Medien inszenierten ‚Hype‘ dabei zu sein“. Die NPD würde sich weniger „auf der gesellschaftlich-kulturellen Konfliktlinie“ mit ihrer „Zuwanderungskritik, Familienpolitik und unserem Festhalten an einem starken Rechtsstaat“ von der neoliberalen AfD unterscheiden, als auf der „sozialen Konfliktlinie“ mit „Forderungen u.a. nach mehr sozialem Wohnungsbau, existenzsichernden Renten, einer solidarischen Gesundheitsversicherung für alle Deutschen und vielen anderen“. Empfohlen wird, „vor allem auf die AfD Druck“ auszuüben, „indem wir konsequent unsere unverhandelba-

ren Positionen präsentieren, damit diese gezwungen ist, das Meinungsspektrum in unserem Sinne zu erweitern oder aber sich von echten nationalen Ansichten zu distanzieren. Wir müssen die selbsternannte Alternative vor uns hertreiben!“ Das Setzen von Themen und Begriffen sowie der Erweiterung des ‚Sagbaren‘ im öffentlichen Diskurs, was die AfD gegenüber den demokratischen Parteien praktiziert, möchte die NPD gegenüber der AfD in einer noch extremeren Variante ausüben. Vorrangiges Ziel ist aber Wählerinnen und Wähler abzuwerben, die mit der AfD-Politik unzufrieden sind. In naher Zukunft dürfte eine Ausübung von Druck auf die AfD seitens der NPD aber eher Wunschenken als realistisch sein. Das trifft besonders auch auf NRW zu. Sollte jedoch die AfD ins

Straucheln geraten und bei relevanten Teilen ihrer Wählerschaft nicht mehr als rechte ‚Alternative‘ zu den etablierten Parteien und wirkmächtigste Kraft bei der Rettung des ‚Abendlandes‘ wahrgenommen werden, stünde die NPD als ‚Alternative zur Alternativen‘ noch weiter rechts bereit. Kurz- und mittelfristig wird die NPD weiterhin verstärkt auf Kooperationen mit der militanten Neonaziszene setzen, da sie auf deren personelle Unterstützung angewiesen ist und sich zudem klar von der AfD abgrenzen will. In Zeiten strategischer und personeller Neuausrichtung wird die geschwächte Partei dennoch auf etablierte Strukturen aufbauen können, weshalb man sie trotz ihrer aktuellen Nähe zur Bedeutungslosigkeit nicht totsagen sollte.

## Fußnoten

1 // Das Urteil zum zweiten Verbotsverfahren der NPD am Bundesverfassungsgericht benennt klar Wesen und Charakter der Partei: „Das politische Konzept der NPD ist auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet“. Es kommt aber eben auch zu dem Schluss, dass es an „konkreten Anhaltspunkten“ fehle, „die eine Durchsetzung der von ihr verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele möglich erscheinen lassen“. Dieser Umstand war schließlich entscheidend für die Ablehnung des Verbotsantrags und den Fortbestand der NPD. Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Januar 2017: <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html>

2 // Ein immer noch lesenswertes Porträt von Heise findet sich bei der Mobilien Beratung Thüringen: Kai Budler, 2013: „Tausendsassa“ im Braunen Netz: Neonazi Thorsten Heise. Online unter: <https://mobit.org/Material/Mobit-HeftThorstenHeise-web.pdf>.



# 2.3

## DER III. WEG: VÖLKISCHE REVOLUTIONÄRE IN SÜDWESTFALEN

# DER III. WEG

>> Von Tobias Hoff und Isa Bodwig

Seit der Gründung des „Stützpunkt Sauerland-Süd“ um Julian Bender im Jahr 2015 ist die neonazistische Kleinstpartei *Der III. Weg* auch im Regierungsbezirk Arnsberg aktiv und tritt regional als eine ideologisch gefestigte Struktur des militanten Neonazismus in Erscheinung.

Gegründet wurde ‚*Der III. Weg*‘ im September 2013 zunächst als Abspaltung des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der NPD und als Resultat eines innerparteilichen Flügelkampfes. Der Kern dieser Auseinandersetzung spiegelt sich bis heute in der zentralen inhaltlichen Ausrichtung der Partei wieder. Jahrelang stritten sich im NPD-Landesverband ein ‚subkultureller‘ Flügel mit einem Flügel der völkisch orientierten NS-Szene um den 61-jährigen Klaus Armstroff (Weidenthal/Landkreis Bad Dürkheim). Jener völkische Flügel, dem neben Armstroff auch zentrale Kader des in den 2000er Jahren im Südwestdeutschland

aktiven Aktionsbüro Rhein-Neckar angehörten, verließen letztendlich die NPD und setzten auf einen neuen Organisationsansatz. Schnell erweiterte *Der III. Weg* seinen Aktionsradius vornehmlich in Süd- und Ostdeutschland. Von zentraler Bedeutung war dabei, dass in Bayern die Strukturen des im Juli 2014 verbotenen *Freien Netzes Süd* (FNS) in *Der III. Weg* aufgingen. Im Laufe des weiteren Ausbaus der Parteistrukturen zeigte sich, dass sich auch Personen bei *Der III. Weg* wiederfinden, die vormals der 2009 verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) nahe standen. Die konspirativ agierende HDJ setzte mit ihrer Kinder- und Jugendarbeit im Sinne des Nationalsozialismus auf eine ‚völkisch-,gemeinschaftliche‘ und ‚kulturelle‘ Brauchtumpflege, die sich seit Gründung in Teilen auch in den Aktivitäten von *Der III. Weg* in Form von Erntedankfesten, Wanderungen, Volkstanz oder Sonnenwendfeiern findet.

Die personellen Überschneidungen der Partei zu Kaderorganisationen des militanten Neonazismus betreffen aber nicht nur traditionell völkisch orientierte Gruppen: So lassen sich auch verstärkt personelle Bezüge zum

internationalen, elitären Neonazi-Skinhead-Netzwerk der Hammerskin Nation beobachten.

## „Schaffung eines Deutschen Sozialismus“

Aktuell betreibt die Partei um ihren Bundesvorsitzenden Klaus Armstroff 19 „Stützpunkte“, die organisatorisch in die Gebiete „West“, „Süd“ und „Mitte“ eingeteilt sind, wobei „Mitte“ die ostdeutschen Bundesländer umfasst. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt in Süd- bzw. Südwestdeutschland (Bayern und Rheinland-Pfalz) sowie im Osten in Sachsen und Brandenburg. Neben Armstroff sind es insbesondere erfahrene Kader des verbotenen FNS, wie Matthias Fischer (stellvertretender Parteivorsitzender) oder Tony Gentsch („Gebietsleiter Mitte“), die führende Funktionen innerhalb der Partei einnehmen.

*Der III. Weg* versteht sich ideologisch als ‚nationalrevolutionär‘ und bezieht sich mit der Namensgebung auf „die Schaffung eines Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus“. Ähnlich wie die Partei *Die Rechte* möchte auch *Der III. Weg* nicht primär Wahlerfolge erzielen.

Vielmehr dient die wenige Parteiarbeit dazu den Parteistatus zu wahren und Verbote zu vermeiden. In einem knapp gehaltenen und plakativen 10-Punkte-Programm finden sich unter anderem die Forderungen nach „Einführung der Todesstrafe für Kindermord und andere Kapitalverbrechen“, „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“ und „friedlichen Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“.

Überregional tritt *Der III. Weg* insbesondere mit einem jährlich organisierten Aufmarsch am 1. Mai in Erscheinung. Damit wird die Demonstrationspolitik des *Freien Netzes Süd* und des *Aktionsbüros Rhein-Neckar* weitergeführt, die regelmäßig in Süd- und Südwestdeutschland am 1. Mai ihren völkisch-nationalistischen ‚Antikapitalismus‘ auf die Straße trugen. Dass solche Demonstrationen ein hohes Gewaltpotenzial innehaben, zeigte sich unter anderem am 1. Mai 2015 in Saalfeld (Thüringen), als es zu zahlreichen zum Teil schweren gewalttätigen Übergriffen auf tatsächliche und vermeintliche Gegendemonstrant\_innen und Journalist\_innen kam.

Die ‚Aufmärsche‘ und ‚Blöcke‘ der Partei stilisieren dabei häufig durch das Tragen einheitlicher Kleidung und Trommelgruppen ein uniformiertes Auftreten. *Der III. Weg* ist so bemüht, sich - im Rahmen der polizeilichen Auflagen - als ‚militärische Formation‘

zu präsentieren. Die martialischen Reminiszenzen an das historische Vorbild der SA sind offenkundig.

### **Kernthemen: NS-Verherrlichung und Hetze gegen Geflüchtete**

Zwei ‚Kernthemen‘ der extremen Rechten nehmen auch bei den Aktivitäten von *Der III. Weg* eine zentrale Rolle ein:

1. Verherrlichung des Nationalsozialismus in Form von ‚Heldengedenken‘: Die Partei veranstaltet jährlich rund um den Volkstrauertag im November im bayrischen Wunsiedel einen Fackelmarsch. Der Ort ist nicht zufällig gewählt, da hier 1987 Adolf Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß beerdigt wurde, welcher in der neonazistischen Szene als Märtyrer gilt. Bis 2004 fanden in Wunsiedel jährlich im August neonazistische „Rudolf-Heß-Gedenkmärsche“ mit teilweise mehreren tausend TeilnehmerInnen statt, die eine wichtige symbolische Funktion für die extreme Rechte hatten. Inzwischen existiert das Grab von Heß in Wunsiedel nicht mehr.

2. Rassistische Hetze gegen Asylsuchende: Anfang 2015 startete *Der III. Weg* die Kampagne „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft“. Diese beinhaltete eine Onlinekarte bei ‚Google Maps‘, in der bundesweit bestehende und geplante Unterkünfte für Asylsu-

chende markiert wurden. Begleitend zu der Karte veröffentlichte *Der III. Weg* einen 23-seitigen Leitfaden („Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft“), der „Anwohnern, in deren Umfeld ein Asylantenheim errichtet werden soll, eine Hilfestellung“ geben sollte. Dass diese rassistische Mobilisierung nicht folgenlos blieb, zeigte sich beispielsweise im rheinland-pfälzischen Limburger Hof im Rhein-Pfalz-Kreis, wo es nach einer längeren Stimmungsmache der Partei im Mai 2015 zu einem Brandanschlag auf eine noch unbewohnte Geflüchtetenunterkunft kam. Auch in Kirchhundem im Kreis Olpe, wo *Der III. Weg* einen Schwerpunkt seiner Aktivitäten hat, kam es seit dem Jahr 2015 zu insgesamt vier Anschlägen auf eine unbewohnte Unterkunft.

### **Wunschvorstellung einer elitären Kaderpartei**

Als am 15. Juli 2017 über 6.000 Neonazis zum „Rock gegen Überfremdung II“ in Themar (Thüringen) zusammenkamen und dort eins der größten RechtsRock-Events in der Bundesrepublik mit Szenegrößen wie *Stahlgewitter*, *Die Lunikoff Verschwörung* und *Sleipnir* über die Bühne ging, waren im Nachgang nicht alle zufrieden. Aus Kreisen der Partei *Der III. Weg*, die in Themar mit einem Infostand und zahlreichen Mitgliedern in einheitlichen Jacken vertreten war,

wurde die „Konsumhaltung“ und der übermäßige Alkoholkonsum der TeilnehmerInnen kritisiert. Als Konsequenz wurde eine weitere Beteiligung an solchen Veranstaltungsformaten abgelehnt. Dies zeigt beispielhaft das Selbstverständnis einer Partei, der es im Kern nicht um die massenhafte Akquise von Mitgliedern geht, sondern die eine ideologisch gefestigte und international vernetzte neonazistische Kaderstruktur aufbauen möchte. In diese Strukturen sind bundesweit erfahrene Kader eingebunden, die zu meist auf eine langjährige Karriere im militanten Neonazismus zurückblicken können. Nach den Verboten diverser neonazistischer Organisationen wurde das Parteienprivileg genutzt, um sich vor möglichen weiteren Sanktionen zu schützen.

Damit hat *Der III. Weg* einen ähnlichen Werdegang genommen wie die Partei *Die Rechte*, deren stärksten Strukturen in NRW beheimatet sind (siehe hierzu den Beitrag unter 2.1). Sascha Krolzig, Bundesvorsitzender von *Die Rechte*, sieht den Unterschied zwischen beiden Parteien „weniger im Hinblick auf die politischen Inhalte, sondern mehr bezüglich des strategisch-taktischen Aufbaus“. Während *Die Rechte* ihren Kreis- und Landesverbänden weitgehende Autonomie zugesteht (vergleichbar mit der vorher existierenden Kameradschaftsstruktur), stellt sich *Der III. Weg* als Kaderpartei auf. Die beiden Parteien agieren in NRW

eher nebeneinander als miteinander. Offenbar baut *Der III. Weg* auch nur dort Strukturen auf, wo *Die Rechte* nicht präsent ist. Dies weist darauf hin, dass man sich nicht in die Quere kommen möchte, um mögliche szeninterne Konflikte zu umschiffen. Zudem konzentriert sich *Der III. Weg* stärker auf kleinere Städte beziehungsweise auf den ländlichen Raum. Eine Ausnahme bildet Düsseldorf, wo sich der bisherige Kreisverband der *Die Rechte* vor etwa zwei Jahren auflöste und bei gleichzeitiger Inaktivität der örtlichen NPD, somit Platz für *Der III. Weg* frei wurde.

### **Strukturen in NRW: Nur punktuell handlungsfähig**

In Nordrhein-Westfalen war es zunächst die Region Ostwestfalen, in welcher *Der III. Weg* mit dem „Stützpunkt Hermannsland“ zuerst in Erscheinung trat. Zur Gründung des „Stützpunktes“ ließen im Oktober 2014 Neonazis aus dem Kreis des ehemaligen ‚Kameradschaftsnetzwerk‘ *Westfalen Nord* schwarze, weiße und rote Luftballons am Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Porta Westfalica (Kreis Minden-Lübbecke) steigen. Als zentrale Figur trat der Jahre zuvor aus Rheinland-Pfalz zugezogene Neonazi-Aktivist Peter Hallmann aus Oerlinghausen (Kreis Lippe) in Erscheinung. Mittlerweile existiert der Stützpunkt trotz eines kurzzeitigen Reaktivierungsversuches im Jahr 2017

nicht mehr.

Seit Ende 2017 zeigte die Partei auch im Großraum Düsseldorf durch Propaganda-Aktivitäten und eine „Parteivorstellung“ gelegentlich Präsenz. Es ist davon auszugehen, dass die Partei vor Ort nur wenige lokale Akteure hat, alle übrigen, die sich bei einer Saalveranstaltung in Mettmann bei Düsseldorf am 6. Januar 2018 zeigten, dürften zusammen mit Julian Bender aus dem Einzugsbereich des ‚Stützpunktes Sauerland-Süd‘ ange reist sein. Auch im Münsterland wurde versucht, potentielle InteressentInnen anzusprechen. Feste Strukturen sind aber auch dort nicht bekannt. Somit ist die einzige dauerhaft aktive Struktur der Partei in NRW der „Stützpunkt Sauerland-Süd“, der von Olpe aus agiert, aber auch im Kreis Siegen-Wittgenstein sowie vereinzelt im Hochsauerlandkreis Aktivitäten entfaltet. „Leiter“ des „Stützpunktes Sauerland-Süd“ ist Julian Bender aus Olpe, der mittlerweile auch bundesweit eine wichtige Rolle innerhalb der Parteistruktur spielt und ebenfalls als „Gebietsleiter West“ fungiert. Warum Bender, der innerhalb der lokalen Neonazi-Szene wegen seines autoritären und elitären Auftretens nicht unumstritten ist, bei der neonazistischen Kleinstpartei *Der III. Weg* seine politische Heimat gefunden habe, beschreibt er in einer Selbstbeschreibung wie folgt:

„Natürlich war es ganz klar die ganzheitliche Auslegung vom politischen, kulturellen und gemeinschaftlichen Kampf, sowie die weltanschauliche Verankerung, die naturgegeben über jeglicher Ideologie steht, welche ich bei keiner anderen bestehenden Organisation in der Form beobachten konnte.“ . Es seien gerade die Vorwürfe vom „elitären Gehabe“ oder der „Sektenhaftigkeit“ gewesen, die ihn in Abgrenzung zu anderen Organisationen des „nationalen Lagers“ angesprochen hätten.

### Von der ‚Bürgerinitiative‘ zum ‚Stützpunkt Sauerland-Süd‘

In Olpe und im Olper Umland trat ab Mitte Oktober 2015 eine Gruppe unter dem Namen „Olpe wehrt sich“ in Erscheinung. Insbesondere über eine gleichnamige Facebook-Seite wurde gegen asylsuchende Geflüchtete gehetzt. Vor Ort fiel die Gruppe auch über das Verteilen von Flugblättern mit Losungen wie „Refugees not welcome“ und durch die Störung einer Kundgebung „gegen Fremdenfeindlichkeit“ am 2. November 2015 auf. Mitglieder von „Olpe wehrt sich“ nahmen in der Folgezeit an einer Reihe von extrem rechten Demonstrationen in NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen teil. Am 27. November 2015 fand Eigenangaben zufolge eine Informationsveranstaltung von *Der III. Weg* in Olpe statt. „Über ein Dutzend Männer und Frauen“ seien zusammengekommen,

teilte die Partei im Anschluss mit. Später wurde dann bekanntgegeben, dass am 29. Dezember 2015 „im feierlichen Rahmen der Stützpunkt Sauerland-Süd gegründet“ worden sei. „Im Laufe der Zeit“ hätten sich „im Sauerland immer mehr nationale Aktivisten zusammengefunden, um sich dem ‚III. Weg‘ anzuschließen. Die Motivation zum Parteieintritt liege demnach in der ‚Pflicht zur Erhaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“ welche auch im Sauerland „zur Tat“ gemahnt habe.

In den Folgejahren setzte der „Stützpunkt Sauerland-Süd“ seine Aufbauarbeit und Aktivitäten fort. Hierzu gehörten Demonstrationsteilnahmen, Gedenkveranstaltungen, Ausflüge („Nur wer sein Vaterland kennt, kann es auch verteidigen!“), Flugblattverteilungen, Protestaktionen gegen den ‚Christopher Street Day‘ in Siegen („Homopropaganda stoppen! – Gesunde Familien sind die Zukunft“) sowie Spendensammlungen „für deutsche Obdachlose und sozial schwache Familien“ und für Tierheime. Zudem wurden Postkarten an Lokalpolitiker\_innen verschickt, versehen mit den Botschaften „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!“ sowie „Gutscheine für die Ausreise aller Überfremdungsbefürworter Richtung Afrika“. Als Aktionsform beliebt sind auch „nationale Streifen“: Ähnlich einer ‚Bürgerwehr‘ patrouillieren hier eine Handvoll Neonazis durch die

Region, um ‚Deutsche‘ vor angeblich permanent drohenden Übergriffe zu beschützen.

Die Facebook-Seite ‚Olpe wehrt sich‘ übernahm dabei die inoffizielle Berichterstattung über *Der III. Weg* und dessen Aktionen. Auch Design, Farben und Schriftart der Onlinepräsenz stimmen mit denen der Parteiseiten überein. Die Strategie, sich als Bürgerinitiative zu tarnen, um mehr Akzeptanz in nicht-rechten Milieus zu generieren, ist bei vielen neonazistischen Gruppen gute Praxis und wird auch im oben genannten ‚Leitfaden‘ von *Der III. Weg* beschrieben.

Anzutreffen sind die AktivistInnen des „Stützpunktes Sauerland-Süd“ nicht nur im Kreis Olpe, sondern insbesondere auch im Kreis Siegen-Wittgenstein (beispielsweise in Siegen, Kreuztal und Hilchenbach) sowie über die Landesgrenzen hinaus im Westerwaldkreis, im Kreis Altenkirchen (beides Rheinland-Pfalz) sowie im Lahn-Dill-Kreis (Hessen), wo weitere Parteistrukturen von *Der III. Weg* vorhanden sind. In Siegen führte die Partei erstmals am 18. Januar 2017 eine Kundgebung mit etwa 20 Teilnehmenden durch. Die Aktion war zuvor nicht öffentlich beworben worden und stand unter dem Motto „Asylflut und Ausländerterror stoppen“. In den Monaten zuvor hatten sich Bender und seine Gefolgschaft eher auf Hachenburg im rheinland-pfälzischen Westerwaldkreis konzentriert und dort kleine

Demonstrationen gegen eine Moschee veranstaltet, bei denen sie von Neonazis aus Hessen und Rheinland-Pfalz unterstützt wurden.

Derartige Minikundgebungen mit in der Regel nicht mehr als 10 bis 20 Personen gehören zum Standardrepertoire der Partei, hinzu kommt eine Vielzahl von Informationsständen mit einer Handvoll Teilnehmenden. Dabei wird stets betont, dass man auf großes Interesse bei Passanten und Anwohnerinnen gestoßen sei, was jedoch nicht der Realität entspricht. In der Regel sind derartige Auftritte sehr isoliert. Die Mitgliederzahl der Partei in NRW stagniert ebenfalls und wird vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht über das Jahr 2017 auf „rund 30 (gleichbleibend)“ von bundesweit „rund 300 (steigend)“ beziffert. Von den „rund 30“ dürften etwa die Hälfte dem „Stützpunkt Sauerland-Süd“ angehören. Wie viele Personen der „Stützpunkt“ bei maximalem Mobilisierungsaufwand zu einer Teilnahme an ihren öffentlichen Angeboten erreichen kann, zeigte der langfristig und aufwändig vorbereitete und als Volksfest unter freiem Himmel konzipierte „Tag der Heimattreue“ am 23. September 2018 in Olpe, an dem nicht mehr als 40 Personen teilnahmen.

### Weit gereister Parteikader

Neben seinen lokalen Aktivitäten fungiert Julian Bender seit Herbst

2016 als „Leiter Gebietsverband West“, der die Bundesländer NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland umfasst. In dieser Funktion spricht er auf bundesweiten Veranstaltungen der Partei, wie dem „Jugend in Sturm“-Festival, das am 7. Juli 2018 in Kirchheim (Thüringen) mit Redebeiträgen, Podiumsdiskussion, der Vorstellung parteiinterner Arbeitsgruppen, einem Kampfsportturnier und abschließenden RechtsRock-Konzert über die Bühne ging. Neben Parteifunktionären wie Bender sprachen dort auch der letzte „Bundesführer“ der verbotenen Wiking Jugend, Wolfram Nahrath, sowie Olena Semenyaka als Vertreterin des *Nationalen Korps*, der Partei der paramilitärischen, extrem rechten *Azov-Bewegung* aus der Ukraine. Dass eine Vertreterin aus dem europäischen Ausland auf dem Festival sprach verwundert nicht.

*Der III. Weg* beansprucht eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit europäischen Partnerorganisationen und spricht sich „für die Schaffung einer europäischen Eidgenossenschaft auf Grundlage der Europäischen Kulturen sowie der gemeinsamen Geschichte“ aus. Ein zentrales Element dieser Zusammenarbeit ist der (gegenseitige) Besuch von europaweit wichtigen extrem rechten Aufmärschen. So ist auch der reiseffreudige Bender bei diesen internationalen Events der Szene anzutreffen. Sei es beim jährlich im Februar stattfindenden

„Lukov-Marsch“ in Sofia oder wie am 20. Oktober 2018 beim extrem rechten „Marsch der Nation“ in Kiew, an dem sich über 10.000 Menschen beteiligten. Als jedoch eine Delegation der Partei zu einem neonazistischen Aufmarsch der *Nordischen Widerstandsbewegung* im Oktober 2017 nach Göteborg (Schweden) reisen wollte, wurde dieser die Einreise am Flughafen verweigert und Julian Bender wurde von den schwedischen Behörden mit einem dreijährigen Einreiseverbot belegt. Seinen Redebeitrag auf dem Aufmarsch konnte er somit nicht wie geplant halten.

Trotz ihres kleinen Stamms an AktivistInnen sollte die Partei *Der III. Weg* nicht einfach nur als NS-nostalgischer Mummenschanz belächelt oder ignoriert werden. Der engere Kreis der Partei ist reiseffreudig, höchst aktivistisch und betreibt eine ständige, nicht folgenlos bleibende Hetze gegen all diejenigen, die er als „undeutsch“ empfindet. Sie schrecken auch nicht vor der Bedrohung und Einschüchterung politischer Gegner\_innen zurück. Im Mai 2019 möchte *Der III. Weg* zudem bei den Europawahlen antreten, wofür die Partei schon seit längerer Zeit Unterstützungsunterschriften sammelt. Damit tritt *Der III. Weg* erstmalig in NRW bei Wahlen an. Es ist davon auszugehen, dass die Partei auch in Südwestfalen im Vorfeld der Wahlen verstärkt Präsenz zeigen wird.

# Kapitel 3

# NEONAZISTISCHE LEBENS-UND ERLEBNISWELTEN



Verkaufsstand beim neonazistischen „Schild und Schwert“-Festival in Ostritz (Sachsen), 2018

# 3.1

## RECHTSROCK: VON LIEDERABENDEN UND GROßEVENTS

# RECHTSROCK

>> Von Jan Raabe

Seit Anfang der 1980er Jahre existiert in der extremen Rechten auch politische Musik jenseits von Marschmusik und Liedermachern – der sogenannte RechtsRock. Dieser hat die extreme Rechte in Deutschland einst verjüngt und ‚modernisiert‘. Heute hat er sich als eigenständiger Bereich etabliert, in dem ein Teil der Neonazis alt werden kann, ohne sich von Ideologie und Szene zu lösen.

Egal ob alt oder jung: Musik begleitet uns durch das Leben. Mit Musik drücken wir Gefühle aus, aber auch unsere Zustimmung oder Ablehnung zu inhaltlichen Positionen. Gerade durch RechtsRock kommen junge Menschen in Kontakt mit der entsprechenden Ideologie. Die Musik bildet dabei den emotionalen und inhaltlichen Zugang. Die Konzerte und Events der Szene prägen die Lebens- und Erlebniswelten dieser Jugendlichen.

## Ausgangspunkt

Ausgehend von der englischen Punk-Rock-Band *Skrewdriver* um Ian Stuart Donaldson, die Mitte der 1970er Jahre anfang, Rockmusik mit rassistisch-nationalistischen und später nationalsozialistischen Texten zu spielen, hat sich diese Form des politischen Ausdrucks weit verbreitet. Entscheidend für die Einordnung als RechtsRock war und ist heute nicht der musikalische Stil, sondern sind die extrem rechten Liedtexte. Der RechtsRock als allgegenwärtiger Bestandteil des Alltags wurde zum wichtigsten Medium der politischen Sozialisation in extrem rechten Kreisen. Im Gegensatz zu Parteiprogrammen und Flugblättern wird Musik als ein unterhaltendes und Gefühle vermittelndes Medium angenommen und ist so in der Lage, politische Botschaften auf emotionaler Ebene eindrücklicher zu vermitteln.

Von England kommend verbreitete sich der RechtsRock ab Anfang der 1980er Jahre auch in Deutschland. Die Szene war jedoch zu Beginn verhältnismäßig klein und überschaubar. Erst im Zuge der Wiedervereinigung und der Debatte um das Asylrecht Anfang

der 1990er Jahre erlebte die Szene einen enormen Boom. Die Zahl der aktiven Bands und Tonträgerveröffentlichungen nahm stark zu. Es entwickelte sich eine eigene RechtsRock-Szene und (Jugend-)Kultur.

Eng verbunden mit der militant neonazistischen *Sauerländer Aktionsfront* (SAF) bildete sich damals eine solche Szene auch im Sauerland. Zu ihr gehörte Bernd Krick aus Bestwig (Hochsauerlandkreis), der ab 1994 das RechtsRock-Fanzine *Moonstomp* herausgab. Krick besucht heute immer noch Konzerte und betreibt das Label *Street Justice Records*. Damit liegt er voll im Trend, da auffällig ist, dass von den Bandbesetzungen und wichtigen Protagonisten des RechtsRock-Business kaum jemand jünger als 30 Jahre ist. Auch richten sich viele Angebote an ein älteres und gesetzteres Publikum, das zudem zahlungskräftiger ist.

## Aktive Bands aus NRW

Die Zahl der aktiven deutschen RechtsRock-Bands, die einer eigenen Statistik des Autors zufolge im Jahr 2017 aufgetreten sind oder neue Lieder veröffentlicht haben, beträgt aktuell

etwa 170. Hinzu kommen noch rund 30 aktive LiedermacherInnen und etwa 10 bis 15 Rapper. Aus NRW sind aktuell als aktive Bands, die in 2017 und/oder 2018 ein Konzert spielten oder neue Lieder veröffentlichten, insbesondere zu nennen: *Oidoxie* (Dortmund), *Sleipnir* (Kreis Gütersloh/Hamm), *Division Germania* (Mönchengladbach), *Sturmwehr* (Gelsenkirchen), *Libertin* (Dortmund), *Weisse Wölfe* (Arnsberg im Hochsauerlandkreis), *Flak* (Rhein-Sieg-Kreis), *Angry Bootboys* (Hamm/Kreis Recklinghausen), *Notwehr und Kriegstreiber* (Kreis Mettmann), *Non Plus Ultra* (Düsseldorf), *Kotten* (Solingen), *Projekt Chaos* (Hamm), *Randgruppe Deutsch* (Köln), *Smart Violence* (Hamm/Kreis Recklinghausen), *Blutkult* (Kreis Siegen-Wittgenstein) sowie die *Proissischen Herzbuben* und die *Sturmrebellin*. Die Sänger einiger Bands, insbesondere von *Oidoxie*, *Sleipnir*, *Libertin* und *Sturmwehr* treten zudem unter gleichem Namen auch als Liedermacher auf, ebenso wie der Sänger von *Projekt Chaos* mit seinem Projekt *Hass & Vergeltung*. Nicht vergessen werden sollte auch der aus dem Kreis Gütersloh kommende ‚NS-Rapper‘ *Makss Damage*. Als Schwerpunkt der Bandaktivitäten in NRW stellt sich somit das östliche Ruhrgebiet und mit Abstrichen auch das Sauerland heraus.

### Stilvielfalt

In den 1990er Jahren beschränkte sich der Musikstil des RechtsRocks noch ausschließlich auf Hardrock, Punk bzw. Oi- oder Street-Punk.

Um das Jahr 2000 wurde das musikalische Angebot dann vielfältiger: Vikingrock, wie er vor allem von skandinavischen Bands gespielt wurde und der aus der US-amerikanischen Punkszene entstandene Hardcore (zum Teil auch als ‚Hatecore‘ bezeichnet) wurden in der Szene immer populärer. Jenseits der neonazistischen und damals noch von Skinheads geprägten Szene entwickelten sich in anderen Jugend- und Musikszenen wie dem Black Metal und dem Darkwave eigene kleine Sub-Szenen, die extrem rechte Inhalte in ihrer Musik präsentierten.

Heute sind die unterschiedlichsten musikalischen Stile im RechtsRock präsent. Am weitesten verbreitet sind jedoch immer noch eher klassischer Rock, Hardcore und LiedermacherInnen. So ist beispielsweise im Regierungsbezirk Arnsberg mit *Blutkult* nur eine extrem rechte Black-Metal-Band aktiv. Seit 2010 existiert zwar auch extrem rechte Rap-Musik, jedoch stellt diese eher ein Randphänomen dar - im Regierungsbezirk wird nicht von rechts gerappt.

Die Ausdifferenzierung der musikalischen Stile hat auch dazu geführt, dass sich der Kleidungsstil der Szene stark verändert hat. Prägte der Skinhead-Look mit (Fast-) Glatze und Springerstiefel noch die 1990er Jahre, so brachte der Hardcore Basecaps, Piercings und Kapuzenpullover in die Szene und modernisierte somit teilweise deren Erscheinungsbild.

### Gemeinschaft unter dem Hakenkreuz

Konzerte sind als Orte des Erlebens von körperlicher und ideologischer Gemeinschaft und Liederabende mit der Intimität der verschworenen Gemeinschaft und gut verständlichen Texten, die vom „Opfergang“ der „Helden“ des Nationalsozialismus erzählen, die zentralen musikalischen Events der Szene. Hier vergewissert sich die Szene ihres Bestandes, ihrer Stärke und ihrer Ideologie. Von besonderer Bedeutung sind hierbei Großveranstaltungen mit teilweise weit über 1.000 Teilnehmenden, wie sie mehrfach im Jahr, vor allem in Thüringen und Sachsen, stattfinden. Solche Events existieren in NRW zwar nicht, erwähnenswert ist hier aber unter anderem der Auftritt des Liedermachers Michael „Lunikoff“ Regener, dem Sänger der Band *Die Lunikoff Verschwörung*, im Rahmen einer von der Partei *Die Rechte* organisierten Demonstration Ende März 2015.

## AUTONOME NATIONALISTEN

Die Strömung der „Autonomen Nationalisten“ (AN) sorgte ab 2003 für eine Modernisierung des Erscheinungsbildes der Neonazi-Szene. Strukturell wie Kameradschaften aufgebaut (**siehe Infobox Kameradschaften S. 25**) vereinten die AN zahlreiche stilistische sowie strategische Anleihen bei unterschiedlichen Jugend- und Subkulturen, etwa der Hardcore-Punk-Szene, der Ultras-Szene oder auch dem autonomen Antifa-Spektrum. Deren Insignien und Styles wurden adaptiert und inhaltlich umgedeutet. Im selben Zeitraum bildeten Neonazis auf Demonstrationen erstmals „Schwarze Blöcke“ und das Aktionsrepertoire wurde ebenfalls nach ‚linkem‘ Vorbild erweitert. Propagiert wurde ein „Do it yourself“-Aktionismus, der sich unter anderem durch nächtliche Graffiti- und Plakat-Aktionen ausdrückte. Zudem verübten diese Gruppen, beispielsweise im Kreis Unna oder in Dortmund, zahlreiche Gewalttaten und Sachbeschädigen, mit denen vor allem politische Gegner\_innen eingeschüchtert werden sollten. Die modernen und zugleich militanten Aktionsformen sind identitätsstiftend innerhalb der eigenen Gruppe und sollen zugleich ‚erlebnisorientierte‘ extrem rechte Jugendliche ansprechen.

Die nationalsozialistische Ideologie blieb die gleiche wie bei anderen neonazistischen Kameradschaften, wengleich manche Themen wie ‚Antikapitalismus‘ und ‚Systemkritik‘ – beides völkisch-nationalistisch untermauert - stärker betont wurden.

Eine der bundesweit einflussreichsten Gruppen, die im Stile der „Autonomen Nationalisten“ agierten, war der 2012 verbotene *Nationale Widerstand Dortmund* (NWDO). Wengleich das Aufkommen der AN zu Beginn der 2000er Jahre nicht ohne szeneeinterne Konflikte verlief, so haben sie dennoch das stilistische und strategische Repertoire der Szene merklich erweitert.

### *Literatur:*

Jürgen Peters & Christoph Schulze: „Autonome Nationalisten“. *Die Modernisierung neonazistischer Jugendkultur*. Münster: Unrast-Verlag, 2009.

Jan Schedler & Alexander Häusler: *Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung*. Wiesbaden: VS Verlag, 2011.

In Sichtweite des Dortmunder Fußballstadions trat *Die Lunikoff Verschwörung* vor etwa 1.000 Neonazis auf. Der Berliner Musiker Regener war Ende 2003 für seine Aktivitäten als Sänger der Band *Landser*, die als kriminelle Vereinigung bewertet wurde, zu einer Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilt worden. *Landser* gilt vor allem aufgrund ihrer hasserfüllten und volksverhetzenden Texte als eine der wichtigsten ‚Kult-Bands‘ der Szene.

Doch auch kleinere Konzerte und Liederabende sind in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen. 295 Veranstaltungen der extremen Rechten mit Live-Musik zählte die Bundesregierung für 2017, von denen 34 (also etwa 11 Prozent) in NRW stattfanden. Im Regierungsbezirk Arnsberg waren es mindestens 15. Von besonderer Bedeutung waren dabei das „Verteidige Europa“-Konzert mit *Blitzkrieg*, *Exzess*, *Germanium* und *Barbarossa* am 18. November 2017 im südöstlich von Hamm gelegenen Welper (Kreis Soest) sowie das „White X-Mass“-Konzert am 9. Dezember 2017 in Schwerte (Kreis Unna), bei dem die Bands *Blutzeugen*, *Division Germania*, *Confident of Victory*, *Deutsch – Stolz – Treue* und *Projekt Chaos* etwa 300 BesucherInnen anlockten. Am 12. Oktober 2018 dienten dieselben Räumlichkeiten für ein Konzert mit der neonazistischen Hooligan-Band *Kategorie C* und am 4. November 2017 für den

von der Partei *Die Rechte* organisierten Kongress „Gemeinsam für Europa“ mit etwa 150 Teilnehmenden.

In dessen Rahmenprogramm traten die Liedermacher Philipp Neumann (Flak) aus dem Rhein-Sieg-Kreis und Henrik Pihlström (Henrik) aus Schweden auf. Das hier praktizierte Konzept, Parteiveranstaltungen durch Livemusik attraktiver zu gestalten, wird immer häufiger umgesetzt. Im Jahr 2017 veranstaltete *Die Rechte* Dortmund zudem gleich mehrere Liederabende.

### **Extrem rechte Raumnahme: Das „Zuchthaus“ in Hamm**

In den 1990er Jahren diskutierten Neonazis unter dem Begriff „National befreite Zonen“, wie sie sich – im weitesten Sinne – Räume schaffen könnten, in denen sie, ohne Sanktionen und Widerstand befürchten zu müssen, ihre Erlebniswelt ausleben und ihre Ideologie verbreiten und verfestigen können. ‚Räume‘ im Sinne von Immobilien zu bekommen, stellt für die Neonaziszene oftmals eine Schwierigkeit dar. Nach Informationen der Bundesregierung existieren in Deutschland derzeit 136 „rechtsextremistisch genutzte Immobilien“. Darunter befinden sich wichtige und bekannte Treffpunkte, die im Besitz von Akteuren der extremen Rechten sind, wie etwa die Gaststätte „Goldener Löwe“ im thüringischen Kloster Veßra. In anderen Städten mieten sie Gebäude an oder können für Konzerte

regelmäßig auf Räume zurückgreifen, die ihnen die Besitzer mit Wissen um die VeranstalterInnen und das Publikum gegen Mietzahlungen zur Verfügung stellen.

AktivistInnen der lokalen Neonazi-Szene in Hamm haben seit über fünf Jahren eine ehemalige Kneipe angemietet, in der seitdem regelmäßig Vortragsveranstaltungen, Liederabende und Konzerte durchgeführt werden. Nach Zahlen des Verfassungsschutzes fanden 2017 in NRW 34 rechtsextreme Veranstaltungen mit Livemusik statt, nach eigenen Beobachtungen mindestens fünf davon im „Zuchthaus“ (so die Szene interne Bezeichnung) in Hamm.

2018 waren es bis Ende Oktober schon zehn Veranstaltungen, was die steigende Bedeutung der Immobilie belegt. Eine dieser Veranstaltungen war ein Liederabend anlässlich des 15-jährigen Bestehens des ‚Nationalen Widerstands‘ in Hamm. Dabei trat die Band *Sleipnir* in Liedermacherformation auf. Mit den Organisationen *Voice of Anger* und *Skinheads Südwestfalen* traten 2018 auch zwei neue Akteure auf den Plan, die am 25. August und am 19. September 2018 in den Räumlichkeiten in Hamm Konzerte veranstalteten. Aufgrund angekündigter antifaschistischer Proteste wurde ein Liederabend anlässlich des fünfjährigen Bestehens des „Zuchthauses“ mit der Band *Sturmwehr* und dem Liedermacher *Der Knappe* in ein Schützen-

heim im Hammer Süden verlegt. Dass es sich bei dem Konzert mit etwa 120 Teilnehmenden angeblich „um eine Privatveranstaltung“ gehandelt haben soll und die Polizei daher nicht habe eingreifen dürfen, darf angezweifelt werden, da die Veranstaltung im Vorfeld im Internet beworben wurde. Die ‚Tarnung‘ von RechtsRock-Konzerten als ‚private (Geburtstags-) Feier‘ ist dabei ein häufig gesehenes, wenngleich vorgeschobenes Manöver, um Auflagen oder Störungen, wie sie bei öffentlichen Veranstaltungen möglich wären, zu vermeiden.

### Combat 18 & Hammerskins

Die RechtsRock-Szene wird von den Verfassungsschutzbehörden oft als unorganisiert, disziplinlos und lediglich anpolitisiert beschrieben. Dabei wird ausgeblendet, dass die in den 1980er Jahren entstandene Szene längst ihren Kinderschuhen entwachsen ist. Schon Mitte der 1990er Jahre gründeten sich aus ihr heraus erste Organisationen. Zum einen die *Hammerskins*, die sich als „Bruderschaft weißer Skinheads“ verstehen und von denen einzelne Mitglieder aktuell auch im Regierungsbezirk Arnsberg und insbesondere in Bochum aktiv sind. Zum anderen wurde 1994 die deutsche Division des internationalen *Blood & Honour*-Netzwerkes gebildet, welche daraufhin schnell an Bedeutung gewann. Im September 2000 wurde

sie durch das Bundesinnenministerium verboten.

Nicht vom Verbot betroffen war hingegen der „armed wing“, der „bewaffnete Arm“, von *Blood & Honour*, der unter dem Namen *Combat 18* aktiv ist. *Combat 18* (abgekürzt C18) propagiert den bewaffneten Kampf kleiner weitgehend autonom agierender Terrorzellen. Extrem rechte Musik dient C18 als Mittel zur Radikalisierung. So wird in den Liedtexten zum bewaffneten Kampf aufgerufen und Werbung für rechtsterroristische Konzepte gemacht. Zudem dient der Verkauf von CDs und Merchandise-Artikel nicht nur der Organisation von Konzerten, sondern auch als Einnahmequelle.

Schon im Jahr 2000 hatten die Bands *Oidoxie* und *Weisse Wölfe* gute Kontakte zu *Combat 18*-Vertretern im Ausland. In der Szene galten sie als bekennende C18-Bands. Spätestens im Jahr 2003 bildeten Dortmunder Neonazis eine eigene kleine C18-Zelle, die sich bewaffnete, um perspektivisch den „führerlosen Widerstand“ aufzunehmen. Wie 2018 auf der antifaschistischen Rechercheplattform EXIF veröffentlichte Informationen belegen, wurde die internationale Organisation von *Combat 18* ab 2013 reaktiviert. *Oidoxie* und Personen aus dem Umfeld der Band stehen demnach erneut im Zentrum dieser Organisation und unterstützen diese musikalisch.

### National und International

Kaum ein Bereich der extremen Rechten ist so stark transnational vernetzt wie die RechtsRock-Szene. Der Grund dafür ist, dass hier ideologisch weniger Nationalismus als Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus im Vordergrund stehen, so dass ein transnationales Agieren möglich wird. *Oidoxie* beispielsweise trat 2017 in Polen bei der „Night of Terror“ auf und *Libertin* spielte 2018 im Vorfeld eines Aufmarsches in der bulgarischen Hauptstadt Sofia. Die Band *Smart Violence* stand nicht nur 2015 beim „Hammerfest“ in den USA auf der Bühne, sondern auch 2017 in Serbien bei der serbischen „Division“ des *Blood & Honour*-Netzwerkes dem „Club 28 Serbia“. Für Anfang 2018 war sogar ein Auftritt in Chile angekündigt. Bands aus dem Regierungsbezirk Arnsberg sind eng in die internationalen Netzwerke von *Blood & Honour* und *Hammerskins* eingebunden. Doch es bleibt nicht nur bei Musik. 2017 wurden Mitglieder von *Combat 18* aus Hessen nach einem Schießtraining in Tschechien dabei erwischt, wie sie Munition nach Deutschland einführen wollten.

## Fußnoten

1 // Die Zahlen basieren auf einer aktuellen Auswertung der RechtsRock-Datenbank des Vereins Argumente und Kultur gegen Rechts e.V..

2 // Die Zuordnung der Bands zu einer einzelnen Stadt ist nicht immer einfach, schließlich setzen sich insbesondere die älteren RechtsRock-Bands aus MusikerInnen aus unterschiedlichen Regionen zusammen. Die Bands wurden der Stadt zugeordnet, in welcher der Bandleader bzw. wichtigste ProtagonistInnen verwurzelt sind.

3 // Die Zahlen basieren auf Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen der Linksfraktion im Deutschen Bundestag: Drucksachen 18/12264, 18/13256, 19/914, 19/157.

4 // Vgl. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, Drs.19/518

5 // Vgl. EXIF:„Combat 18“ Reunion, Artikel vom 16. Juli 2018, online: <https://exif-recherche.org/?p=4399>





Banner der Dortmunder Südttribüne gegen Nazi-Umtriebe im Westfalenstadion, 2014

# 3.2

## FUßBALL UND NEONAZISMUS: RECHTE ALLIANZEN AUF TRIBÜNE UND STRASSE

# FUßBALL

>> Von David Beck

Rassistische Schmähesänge sind zumindest in den Stadien der oberen Ligen selten geworden. Dennoch bewegen sich Neonazis weiterhin in den Fußball-Fanszenen, welche ihnen als Aktions- und Rekrutierungsfeld dienen. Dass sowohl große wie auch kleine Fanszenen attraktiv für Neonazis sein können, zeigen die Beispiele aus Dortmund und Hamm. Zudem hat sich bei einigen Hooligan-Szenen - meist außerhalb der Stadien - eine gefährliche Mischung aus Kampfsportlern und organisierten Neonazis zusammen gefunden.

Mit der 1982 gegründeten Dortmunder *Borussenfront* (BF) trat eine Fan-Gruppierung in Erscheinung, die von einem neonazistischen Weltbild geprägt war und dies durch das Absingen rassistischer Lieder, der Verbreitung neonazistischer Propaganda und durch Gewalttaten gegen Migrant\_innen und ‚Linke‘ auslebte. Im Vorfeld der Szeneintern als „Frankreichüberfall“

propagierten Krawalle bei der Fußball-Europameisterschaft 1984 in Frankreich nahm die BF eine Führungsrolle ein. Aufgrund der Anbindung an die extrem rechte *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei* (FAP) galt die Gruppe schon früh als Bindeglied zwischen der Hooligan-Szene und der organisierten extremen Rechten.

Nachdem sich in den späten 1980er Jahren der Repressionsdruck auf gewalttätige Fußballfans erhöhte, verlagerten sich die von Hooligans gesuchten Auseinandersetzungen von den Stadien weg hin zu abgelegenen Wald- und Ackerplätzen. Mit der örtlichen Verlagerung der Kämpfe veränderte sich auch der Typus des Hooligans. An die Stelle der ursprünglichen ‚Hauer‘ und ‚Kneipenschläger‘ traten immer mehr kampfsporttrainierte ‚Streetfighter‘, die sich klandestin mit Gleichgesinnten zum organisierten Prügeln verabredeten. Mit den Kampfsportlern entstanden Schnittmengen zur Rocker-Szene, die ihrerseits verstärkt begann, schlagkräftigen Nachwuchs unter Hooligans zu rekrutieren. Speziell zu Länderspielen der deutschen Nationalmannschaft trat häufig eine gewalttätige ‚Allianz‘ aus Hooligans, Neonazis und Ro-

ckern in Erscheinung, die neben ihrer Gewalttätigkeit auch durch ein extrem rechtes Weltbild auffiel. 1996 sorgte beim Länderspiel der deutschen Nationalmannschaft in Polen ein etwa 300 Personen starker Hooligan-Mob im polnischen Zabrze für Aufsehen und provozierte mit dem Transparent „Schindler-Juden, wir grüßen euch“. Der Auftritt fiel in eine Zeit, in der gegen schwarze Spieler gerichtete ‚Affenlaute‘, die Beschimpfung von gegnerischen Fans mit „Zick, Zack, Zigeunerpack“-Gesängen und das Zeigen der Reichskriegsfahne durch das Aufkommen der Ultra-Bewegung und der zunehmenden Kommerzialisierung aus vielen Stadionkurven allmählich verdrängt wurden.

Diese Entwicklungen hatten zur Folge, dass der Einfluss von Hooliangruppen in den Kurven und Fanszenen nachließ und extrem rechte Fußballfans und Hooligans zunehmend in die Defensive gerieten, ohne jedoch gänzlich von der Bildfläche zu verschwinden. In den Fanszenen gaben nun zum Teil große Ultra-Gruppierungen den Ton an. Zwar bezeichneten die meisten sich und den Fußball als ‚unpolitisch‘, weshalb auch keine Abgrenzung zu extrem rechten Positionen

oder Fans geschah, jedoch vertraten auch immer mehr Fangruppen einen ‚antirassistischen Grundkonsens‘. In den frühen 2010er Jahren stellten dann die rechten Hooligans vielerorts die Machtfrage. Bundesweit häuften sich Übergriffe auf antirassistische Ultras und andere Fußball-Fans. So beispielsweise am 9. Oktober 2013 in Duisburg, als Mitglieder der antirassistischen Ultra-Gruppe *Kohorte* im Anschluss an das Heimspiel gegen den 1. FC Saarbrücken von einer 20-köpfigen Gruppe angegriffen wurde. Die *Kohorte*-Ultras schrieben den Angriff Hooligans der *Division Duisburg*, der *Proud Generation Duisburg* und organisierten Neonazis des *Nationalen Widerstands Dortmund* (NWDO, siehe Kap. 2.1) zu. Ziel der rechten Hools war die Einschüchterung all jener, die sich ‚gegen rechts‘ und Diskriminierung engagieren. Dabei gerieten nicht nur Fans ins Visier. 2013 attackierten Neonazis unter dem Ruf „Dortmund bleibt Rechts“ beim Auswärtsspiel des BVB in Donezk (Ukraine) einen Mitarbeiter des BVB Fanprojekts und auch 2015 wurde der Fanbeauftragte des BVB von Hooligans bedroht.

### Das HoGeSa-Netzwerk

Diese Übergriffe standen im zeitlichen Zusammenhang mit der Gründung des Hooligan-Netzwerks *GnuHonnters* (zu Deutsch: „Neue Jäger“), das 2012 auf Initiative der Dortmunder *Borussenfront* ins Leben gerufen wurde. Unter

den Hooligans aus 17 Vereinen waren aus NRW unter anderem Mitglieder der *Brigade Bochum* und der *Essener Löwen* dabei. Das Credo des auf fester Mitgliedschaft basierenden Netzwerkes lautete: „Herstellung alter Werte, keine Antifa im Stadion und Meinungsfreiheit zurückzugewinnen“. Eine zunehmende Vernetzung dieses Spektrums zeigte sich auch anhand der Facebook-Gruppe „Weil Deutsche sich`s noch trauen“, in der sich von Februar bis April 2014 knapp 320 extrem rechte Hooligans und Neonazis aus ganz Deutschland zusammen schlossen. Neben Einzelpersonen – unter anderem aus Dortmund, Herne und Essen – gehörten auch zwei Dutzend Mitglieder der *Brigade Bochum* dazu.

Mehrere Mitglieder der *Brigade Bochum* nahmen am 28. Oktober 2014 auch am „Kennenlertreffen“ der *Hooligans gegen Salafisten* (HoGeSa) in Dortmund teil. Unter den Teilnehmenden befanden sich auch der Anführer der Dortmunder *Borussenfront* Siegfried Borchartd sowie diverse weitere Aktivist\*innen von *Die Rechte* (DR). Das von über 300 Personen besuchte „Treffen“ war die dritte Aktion, mit der die zunächst nur als Facebook-Gruppe organisierte Gruppierung real in Erscheinung trat. Der als „Regionalleiter West“ von HoGeSa fungierende Tätowierer Andreas K. aus Herne kam ebenfalls aus dem Ruhrgebiet. Bundesweit geriet HoGeSa durch eine am 25. Oktober 2014 in Köln veranstaltete

Demonstration in die Schlagzeilen, wo fast 5000 Hooligans und Neonazis aufmarschierten und sich gewalttätige Auseinandersetzungen mit der an diesem Tag überforderten Polizei lieferten.

HoGeSa-Akteure verstehen sich als die eigentlichen Initiatoren der PEGIDA-Bewegung, die als ‚Vorhut‘ den Weg freiekämpft hat für den ‚braven Bürger‘, damit dieser sein Anliegen („gegen Islamisierung und Überfremdung“) auf der Straße tragen kann. Dabei wird Gewalt gegen tatsächliche oder vermeintliche Gegner\_innen als ‚Vorbeugung‘ oder ‚Racheakt‘ legitimiert. Am 18. Januar 2015 versammelten sich beispielsweise etwa 50 Personen aus dem HoGeSa-Spektrum in Köln, nachdem eine in Essen geplante HoGeSa-Demonstration nicht genehmigt worden war, um sich auf den Weg zu einer öffentlichen Gedenkveranstaltung zu machen, die anlässlich des 14 Jahre zuvor verübten Bombenanschlags durch des *Nationalsozialistischen Untergrund* (NSU) auf eine deutsch-iranische Familie in der Kölner Probsteigasse stattfand. Kurz vor dem Erreichen ihres Ziels wurde die Gruppe zufällig entdeckt, sodass für 29 Personen der Abend im Polizeikessel endete.

Die sehr hohe Gewaltbereitschaft des Spektrums wird nicht nur bei Demonstrationen und Gruppenaktionen sichtbar, wie folgende Beispiele ver-

deutlichen. Am 11. April 2015 stach der HoGeSa-Aktivist Patrick P. vor dem Autonomen Zentrum in Wuppertal einen Antifaschisten nieder und verletzte ihn lebensgefährlich. Zuvor war dem Täter und seinen Begleitern der Zutritt zum Autonomen Zentrum verweigert worden. Das Landgericht Wuppertal verurteilte den Haupttäter im Februar 2016 wegen versuchten Totschlags. Am 6. Mai 2015 nahmen Spezialkräfte der GSG9 den 47-jährigen Olaf O. aus Bochum wegen Terrorverdachts fest. Dem aus dem HoGeSa-Millieu stammenden O. wurde vorgeworfen, zusammen mit anderen Neonazis spätestens im November 2014 eine terroristische Vereinigung mit dem Namen *Old School Society* (OSS) gebildet und Anschläge auf Salafisten sowie Moscheen und Asylbewerberheime geplant zu haben. Er wurde deshalb im März 2017 vom Oberlandesgericht München verurteilt.

Nach Querelen um den Führungsanspruch bei HoGeSa formierte sich Anfang 2015 eine HoGeSa-Abspaltung unter dem Namen *Gemeinsam Stark Deutschland* (GSD). Doch weder HoGeSa noch GSD gelang es in der Folgezeit an den Mobilisierungserfolg von Köln anzuknüpfen. Zum ersten Jahrestag reisten am 25. Oktober 2015 nur noch knapp 900 Personen nach Köln. An der von GSD am 8. Oktober 2016 in Dortmund angemeldeten Demonstration „Schicht im Schacht“, die nach behördlichen

Auflagen lediglich als Standkundgebung stattfinden durfte, nahmen etwa 500 Personen teil. Auf der Bühne stand unter anderen die Dortmunder Rechtsrock-Band *Oidoxie*. Im Vorfeld war Siegfried Borchardt als „Althool aus Dortmund“ als Redner angekündigt worden, sein Auftritt fand aber nicht statt. In seiner Rolle als ‚Althool‘ beteiligte sich der im T-Shirt der *Borussenfront* gekleidete Borchardt am 20. September 2018 am Trauermarsch für den Tag zuvor durch Suizid verstorbenen HoGeSa- und GSD-Mitbegründer Marcel K. alias „Captain Flubber“.

### Neonazis und Hooligans in Dortmund

Während die Borussenfront nur noch sporadisch am Rande von BVB-Spielen in Aktion tritt und aktuell auch als *Old Firm 26* auftritt, haben sich in den letzten Jahren längst neue Kräfte an die Spitze gewalttätiger BVB-Fans gesetzt. Zuletzt war es vor allem die Gruppierung mit dem inoffiziellen Namen *0231 Riot*, die mit Gewalttaten - insbesondere auch gegen andere BVB-Fans - für Schlagzeilen sorgte. Erstmals trat die Gruppe im Sommer 2015 in Erscheinung, als auf der Südtribüne eine schlichte Zaunfahne auftauchte, auf der lediglich das BVB-Logo, ein „h“ für Hooligans und der Schriftzug „Ultras“ aufgemalt war. Die Gruppe gilt „als Prototyp einer Mischung aus Ultras und Hooligans. Ersten gleichen sie durch ihren hohen

Organisationsgrad, mit zweiten vereint sie der starke Hang zur Gewalt“, schrieb die Redaktion des BVB-Fanzines schwatzgelb. Die auch als „die vierte Gruppe“ bezeichneten *0231 Riot* setzte sich aus Hooligans aus dem Umfeld von *Northside*, aus organisierten Neonazis sowie aus Personen, die vormals in anderen der drei bestehenden BVB-Ultragruppen - vor allem bei *Desperados* 1999- aktiv waren, zusammen. Obwohl sie zahlenmäßig nur eine Minderheit auf der Südtribüne stellte, verbreitete sie aufgrund ihrer Brutalität Angst und Schrecken in der BVB-Fanszene. Ins Visier gerieten vor allem Fans und Vereinsverantwortliche, die sich gegen Rassismus positionierten. Enge Kontakte bestehen – auch nach der Auflösung der Gruppe - zu rechten Hooligans aus den Fanszenen des 1. FC Köln und Rot-Weiß Essen. Hooligans aus Dortmund und Köln bilden bereits seit geraumer Zeit auch eine gemeinsame ‚Ackertruppe‘ und treten gemeinsam bei organisierten Kämpfen an.

Dass es auch jenseits der *Borussenfront* Verbindungen zwischen Hooligans und Neonazis in der Dortmunder Fanszene gibt, ist nicht neu. Bereits 2008 wurde bekannt, dass Neonazis mithilfe eines Tarnvereins in einer städtischen Turnhalle in Lütgendortmund regelmäßige Kampfsporttrainings abhielten. Gemeinsam mit Mitgliedern des NWDO trainierten dort

Hooligans der Gruppe *Northside* und einzelne Mitglieder der Ultra-Gruppe *Desperados* 1999. Trainiert wurden sie von Timo K., einem Dortmunder Neonazi, der mittlerweile professionell an Mixed-Martial-Arts-Turnieren teilnimmt. Bei einem in Russland veranstalteten Turnier trat K. unter dem Namen „Fritz“ für den *Boxclub Dortmund* an. Der Club existiert offiziell nicht, sondern dient als Tarnung für die Hooligan-gruppierung *Northside* bei öffentlichen Kampfsportturnieren. Aufgrund seiner engen Vernetzung zu Neonazis wie extrem rechten Hooligans gilt Timo K. als wichtiges Bindeglied zweier Szenen, welche insbesondere eine hohe Gewaltaffinität und rechte Einstellungen verbindet. So war es auch K., der nach dem Verbot des NWDO im Dortmunder Stadion ein Solidaritätsbanner präsentierte, woraufhin ein Stadionverbot gegen ihn verhängt wurde.

Im Sommer 2017 erklärten *0231 Riot* offiziell ihre Auflösung, nachdem bei vier Führungspersonen Hausdurchsuchungen durchgeführt worden waren und das Innenministerium offen über ein Verbot der Gruppierung nachdachte. Die Akteure der Gruppe sind aber weiterhin aktiv und auch Timo K. mischt noch mit. Wie die Ruhrnachrichten recherchierten, tauchte er im November 2018 während eines Fußballspiels in Begleitung des Neonazis Sven K. und Mitgliedern der *Northside* im Ultra-Block auf der Südtribüne auf. Die Hooligans zwangen anwesende

Ultras Sven K., der 2005 in der Dortmunder U-Bahn-Stadion Kampstraße den Punk Thomas Schulz mit mehreren Messerstichen tötete (siehe den Beitrag über rechte Gewalt), mit Handschlag zu begrüßen. Es war nicht die erste Machtdemonstration: Bereits im März 2018 sollen 25 bis 30 extrem rechte Hooligans in die Räumlichkeiten der Ultragruppierung *The Unity* eingedrungen sein. Dabei hätten sie die anwesenden Ultras eingeschüchtert, erniedrigt und dabei ihre „neue Regeln“ verkündet, wonach im Stadion ‚Politik‘ - sprich: Distanzierungen von Rassismus, Diskriminierung und Neonazis – nicht länger geduldet würde. Aufgrund des hohen Gewaltpotentials und der Brutalität der rechten Hooligans bleiben diesen Drohungen nicht ohne Wirkung in der Dortmunder Fanszene.

Viele der rechten BVB-Hooligans trainieren seit Jahren diverse Kampfsportarten. Die (früheren) Mitglieder von *0231 Riot* pflegen beste Verbindungen in die organisierte Neonazi-Kampfsportszene, zum Beispiel zu Denis Nikitin, den Gründer der neonazistischen Kampfsportmarke *White Rex*, oder zum Netzwerk rund um das extrem rechte Event *Kampf der Nibelungen* (KdN) (siehe den Beitrag 3.3). So verwundert es auch nicht, dass beim KdN-Turnier im Oktober 2018 im sächsischen Ostritz Sven K. in einem T-Shirt mit der Aufschrift „Hooligans Dortmund“ auf-

tauchte, was als Erkennungszeichen der rechten Hooligangruppen *Northside* und *Riot 0231* gilt.

### Hamm: Erlebniswelt Oberliga

Während in Dortmund Neonazis vor allem mit den gewalttätigsten Teilen der Fanszene zusammen arbeiten, versuchten in Hamm Mitglieder der Partei *Die Rechte* sowie weitere ehemalige Mitglieder der 2012 verbotenen *Kameradschaft Hamm*, die Fanszene des Fußball-Fünftligisten Hammer Spielvereinigung (HSV) als Agitations- und Rekrutierungsfeld zu nutzen. Dass Hammer Neonazis wieder in großer Zahl Spiele des HSV besuchten, wurde bei dessen Auswärtsspiel in Lippstadt im Februar 2017 offenkundig, als sie den Platz stürmten und antisemitische Parolen anstimmten. Die Neonazis, die auch schwarz-weiß-rote Fahnen zeigten, stammen vor allem aus den Reihen der *Die Rechte*. Neben Personen aus Hamm, die bereits um das Jahr 2004 eine neonazistische HSV-Fangruppe etablieren wollten, waren auch Neonazis aus Dortmund und dem Kreis Gütersloh an den Platzsturm beteiligt. Im Oktober 2017 wurden beim Spiel in Lippstadt erneut rechte Symbole gezeigt und versucht, gegnerische Fans zu attackieren.

Die Voraussetzungen beim HSV sind typisch für den niedrigklassigen Fußball. Die Fanszenen dort sind eher klein und die Vereine nicht oder nur teilweise professionell aufgestellt. Eine

Gruppe von 20 Neonazis kann dort schnell eine dominante Stellung auf den Rängen einnehmen, insbesondere wenn sie - wie anfangs in Hamm - gar vom Fanbeauftragten des Vereins geduldet wird. Reisten die Neonazis zum ersten Spiel in Lippstadt noch mit dem vom Verein organisierten Fanbus an, übernahmen sie beim Auswärtsspiel in der folgenden Saison bereits selbst die Organisation eines eigenen Busses. Einige Neonazis wirkten auch in der zwischenzeitlich gegründeten Fangruppe mit dem Namen *Los Gamberros* mit. Erst spät gestand die Vereinsführung Fehler im Umgang mit den rechten Fans ein und verhängte Stadionverbote. Weiterhin sorgte der Verein für ein Verbot rechter Symbole

im Stadion und ließ die Ordner\_innen hinsichtlich rechter Symboliken und Personen schulen. Komplette von der Bildfläche verschwunden sind die Neonazis aber nicht. Im Mai 2018 fielen sie wieder bei einem Auswärtsspiel in Gütersloh auf, als sie ein Plakat mit einer Solidaritätsbotschaft für die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck zeigten.

Die Beispiele von Hamm und Dortmund verdeutlichen abermals, wie schwierig und langwierig die Auseinandersetzung mit Neonazis in Stadien und Vereinen sein kann. Verbote sind hier ein notwendiges wenngleich nicht ausreichendes Mittel. Vielmehr müssen Vereine extrem rechte Tendenzen

sensibel wahr- und ernstnehmen und Fangruppen, Spieler, Mitarbeiter und sonstige Gruppen öffentlich unterstützen, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen. Eine Vereinskultur, die sich über symbolische Kampagnen hinaus für ein vorurteilsfreies und gleichwertiges soziales Miteinander einsetzt, verdeutlicht zudem die Unvereinbarkeit extremer rechter Positionen mit dem vereinseigenen Leitbild.

### Fußnoten

1 // Redaktion Schwatzgelb: Aufgelöst – und jetzt? Wie es mit den Hooligans von ‚Riot 0231‘ weitergehen könnte, Beitrag vom 28.08.2017, online: <https://www.schwatzgelb.de/2017-08-24-im-fokus-aufgeloest-und-nun-wie-es-mit-den-hooligans-von-riot-0231-weigergehen-koennte-bvb.html>.

2 // Vgl. Peter Bandermann: Northside-Hooligans bringen BVB-Ultras durch Bedrohung und Erniedrigung zum Schweigen, Artikel vom 16.11.2018, online: <https://www.ruhrnachrichten.de/nachrichten/dortmund/northside-hooligans-bringen-bvb-ultras-durch-bedrohung-und-erniedrigung-zum-schweigen-plus-1348139.html>.

3 // Vgl. Antifaschistische Union Dortmund: Für Stadt, (Rasse) und Verein – Kampfsport als verbindendes Element Dortmunder Neonazis und Hooligans des BVB 09, Beitrag vom 29.10.2018, online: <http://antifaunion.blogspot.de/2018/10/29/fuer-stadt-rasse-und-verein-kampfsport-als-verbindendes-element-dortmunder-neonazis-und-hooligans-des-bvb-09/>.



„Kampf der Nibelungen“-Stand beim neonazistischen „Schild und Schwert“-Festival 2018 in Ostritz (Sachsen)

## 3.3

# KAMPFSport ALS TREND- SPORT VON NEONAZIS: ZWISCHEN KAMPF UM DIE STRASSE UND KÖRPERKULT'

>> Von Tobias Hoff

Waren RechtsRock und gewalttätige Fußballfanszene lange Zeit die zentralen Bereiche in aktionsorientierten rechten Lebens- und Erlebniswelten, ist in den letzten Jahren eine steigende Bedeutung von Kampf- und Kraftsport zu verzeichnen. Dabei hat sich innerhalb der extremen Rechten ein internationales Kampfsport-Netzwerk mit eigenen Bekleidungsmarken, Veranstaltungen und Strukturen herausgebildet. Eine wichtige Rolle nimmt darin der *Kampf der Nibelungen* (KdN) ein.

Von Tobias Hoff

Am 14. Oktober 2017 ist reger Betrieb in der Kleinstadt Kirchhundem im Kreis Olpe. Rund 600 überwiegend Neonazis sammeln sich in der dortigen Schützenhalle, um eine Kampfsportveranstaltung zu besuchen. Es ist der fünfte *Kampf der Nibelungen* (KdN), der mit rund 20 Kämpfen vornehmlich in den Disziplinen Boxen, K1 und Mixed Martial Arts (MMA) über die Bühne geht. Die extrem rechte Kampfsportveranstaltung, bei der als Veranstaltungsort lediglich „Westdeutschland“

angekündigt war, wird zum letzten Mal konspirativ stattfinden. Denn rund ein Jahr später wird der KdN am 13. Oktober 2018 öffentlich beworben im sächsischen Ostritz (Landkreis Görlitz) mit etwa 700 Personen durchgeführt. Wichtiger Kooperationspartner ist dabei die russische neonazistische Kampfsport-Marke *White Rex*. Die Veranstaltung hat sich in den letzten fünf Jahren zu einem der größten neonazistischen Kampfsport-Events in Westeuropa entwickelt. Hauptverantwortlich für die zunehmende Professionalisierung extrem rechter Kampfsportangebote ist ein Netzwerk von erfahrenen Protagonisten der extremen Rechten, in das auch maßgeblich Neonazis aus Dortmund eingebunden sind.

### Pragmatische und ideologische Anknüpfungspunkte

Dass Neonazis verschiedene Formen und Arten von Kampfsport betreiben, ist kein neues Phänomen. Kampfsport wird innerhalb der extremen Rechten nicht „nur“ individuell betrieben, sondern wurde schon immer auch von organisierten Strukturen durchgeführt. Es gibt für Neonazis unterschiedliche Motive, einen Kampfsport (insbeson-

dere sogenannte Vollkontaktvarianten wie MMA) zu erlernen und zu trainieren. Sei es, um sich so ganz pragmatisch auf den erklärten ‚Kampf um die Straße‘ vorzubereiten und die erlernten Fähigkeiten und Erfahrungen gezielt gegen ‚politische Gegner‘ und andere einzusetzen. Aber auch auf ideologischer Ebene haben ‚Kampf‘ und ein damit verbundener völkisch-rassistisch aufgeladener Körperkult eine wichtige Bedeutung. Die Bezüge der extremen Rechten zum Kampfsport sind ideologisch stark verknüpft mit soldatischen Männlichkeitsbildern sowie einer heroischen ‚Krieger‘-Ästhetik und knüpfen mit ihren Gesundheits- und Körperbildern an Vorstellungen des historischen Nationalsozialismus an. So betont der aktive Kampfsportler und Funktionär der neonazistischen Kleinstpartei *Der III. Weg*, Kai Zimmermann, in einem Beitrag einer parteieigenen Internet-radiosendung mit dem Schwerpunkt „Sport und Wandern“, das sportliche Ertüchtigung ein wichtiger Bestandteil der eigenen Weltanschauung sei, da doch letztendlich eine „gesunde Volksgemeinschaft“ nach dem Grundsatz „gesunder Geist im gesunden Körper“

im Rahmen einer ‚totalen Erneuerung auf allen Ebenen‘ angestrebt würde. Die Kleinstpartei *Der III. Weg* gründete im Frühjahr 2018 eine eigene Arbeitsgemeinschaft ‚Körper und Geist‘, die nach eigenen Angaben auch ‚Selbstverteidigungskurse‘ für ihre Mitglieder organisiert sowie auf extrem rechten Kampfsportveranstaltungen als Label für Kämpfer aus den eigenen Parteireihen dient.

### **NS-Kampfsport-Szene: Ein paneuropäisches Phänomen**

Kampfsport hat innerhalb der verschiedenen Spektren der extremen Rechten schon lange Zeit einen hohen Stellenwert, der sowohl im Kreise von durch ‚Kameraden‘ gegründeten eigener Kampfsportgruppen, aber auch innerhalb „unpolitischer“ Vereine und Gyms betrieben wurde. Mitte der 2000er Jahre setzt jedoch mit der sich herausbildenden NS-Kampfsport-Szene eine Entwicklung ein, die darüber hinausgeht. So wird Kampfsport hier nicht nur praktiziert, sondern auch finanziell wie ideologisch vermarktet. Zudem dient er als Identität stiftendes Element einer sich als paneuropäisch verstehenden ‚weißen Kampf-gemeinschaft‘. Auch wenn bereits Ende der 2000er Jahre in Sachsen und Brandenburg erste konspirative Kampfsportveranstaltungen, die aus und für die neonazistische Szene organisiert wurden, stattfanden, waren für die extreme Rechte in Deutsch-

land vor allem die Entwicklungen in Russland und in anderen europäischen Ländern bedeutend. Ausgehend von der russischen Marke *White Rex* etablierten sich Kampfsporttrainings und Kampfsportevents als ein zunehmend wichtigeres Element innerhalb extrem rechter Kulturangebote und Erlebniswelten.

### **‚Weiße Krieger‘**

Die Gründung der Marke und Kampfsport-Promotion *White Rex* im Jahr 2008 durch den russischen Neonazi Denis Nikitin stellt den Beginn einer Professionalisierung extrem rechter Kampfsportstrukturen in ganz Europa dar. *White Rex* definiert sich als Marke für ‚die weißen Völker Europas‘ und vertreibt Kampfsportaus-rüstung und Kleidung mit einer martialischen und neonazistischen Symbolik. Richtete das Unternehmen zunächst in Russland eine Vielzahl von Kampfsport-Events aus, die zum Teil vierstellige Besucherzahlen erreichten, so versuchte Nikitin durch die Bildung eigener Kampfsportgruppen, die unter dem Label und Sponsoring von *White Rex* auftreten, zunehmend den europäischen Markt zu erschließen. Die extreme Rechte in Europa und auch in Deutschland zeigte sich fasziniert. Auf verschiedenen Ebenen waren Protagonisten aus Deutschland schon früh in *White Rex*-Events involviert. So kämpfte beim von *White Rex* organisierten 18. ‚Geist des Kriegers‘-Turnier

am 30. März 2013 in Jekaterinburg der Dortmunder Timo K.. Begleitet wurde er von dem zum damaligen Zeitpunkt in Dortmund lebenden Funktionär der *Jungen Nationaldemokraten* (heute: *Junge Nationalisten*) und Kampfsportler Andreas Kolb sowie dem lang-jährigen Kader der Dortmunder Neonazi-Szene Alexander Deptolla, der in der weiteren Entwicklung neona-zistischer Kampfsportangebote noch eine zentrale Rolle einnahm. Rund ein halbes Jahr später stand K. für den *Boxclub Dortmund* erneut in Russland im Ring. Beim ‚Birth of a Nation‘-Turnier am 4. Oktober 2013 in Moskau fungierte Denis Nikitin als sein Trainer in der Ringecke. Die Konstellation verwundert nicht, da Nikitin schon zu dieser Zeit enge Verbindungen in die rechten Fußball-Hooligan-Szenen in Köln und Dortmund pflegte, zu denen auch K. zählt (siehe Kapitel 3.2).

### **Europäisches Netzwerk: Neue Formate, alte Strukturen**

Im Jahr 2013 weitete Nikitin sein Netzwerk zunehmend nach Westeuropa aus. Mit dem Sponsoring eines von der neofaschistischen *CasaPound*-Bewegung ausgerichteten Kampfsportevents Ende Mai 2013 in Rom führte *White Rex* seine ‚Geist des Kriegers‘-Reihe auch außerhalb Russlands durch. In *CasaPound Italia* fand *White Rex* einen Partner, der seit vielen Jahren eigene Kampfsportevents organisiert und mit dem Label „Il Circuito“

eigenständige Kampfsportstrukturen betreibt. Bei dem Turnier in Rom standen mit Timo K. und Andreas Kolb erneut zwei deutsche Kämpfer, in diesem Fall für das Walhall Athletik-Team, im Ring. Auch zwei Jahre später nahm Kolb an einem von *CasaPound* organisierten Kampfsport-Turnier in Rom teil, diesmal für *White Rex Germany*. Spätestens seit 2013 festigte sich ein transnationales Netzwerk extrem rechter Kampfsport-Events und -Strukturen. Nikitin nimmt in diesem Netzwerk eine zentrale Rolle in unterschiedlicher Funktion ein. So tritt er als Kämpfer, Trainer, Ausrichter und Promoter bei Turnieren auf, sponsort *White Rex*-KämpferInnen und -Gruppen oder führt „Selbstverteidigungsseminare“ in ganz Europa durch. In dieses Netzwerk sind langjährige in Europa bestehende Strukturen der militanten extremen Rechten wie die *CasaPound*-Bewegung, Akteure aus dem internationalen RechtsRock-Business um *Blood & Honour* und der *Hammerkin Nation* sowie rechte Ultra- und Hooligangruppen eingebunden. Die enge Zusammenarbeit und der rege Austausch der internationalen extrem rechten Kampfsport-Szene zeigt sich unter anderem auf Kampfsport-Events in ganz Europa, wo KämpferInnen aus verschiedenen europäischen Ländern gegeneinander antreten. Im Jahr 2015 wurde im Rahmen der von *White Rex* und dem französischen NS-Kampfsportlabel *Pride France*

beworbenen ‚European Fighting Tour‘, die extrem rechte Kampfsportveranstaltungen in Athen, Rom, Lyon, Warschau und Budapest beinhaltete, letztendlich auch der *Kampf der Nibelungen* in das grenzüberschreitende NS-Kampfsportnetzwerk integriert.

### **Der ‚Kampf der Nibelungen‘ und die fortschreitende Professionalisierung der deutschen NS-Kampfsportszene**

„Mit dem ‚Kampf der Nibelungen‘ gibt es ein eigenes Großevent, das sich von anderen Kampfsportveranstaltungen unterscheidet“ heißt es in der *Heute Jung*, einer kostenlosen Zeitung für Schüler\_innen, welche Neonazis im August 2018 an Dortmunder Schulen verteilten. In der von *Die Rechte Dortmund* herausgegebenen Postille wird beklagt, dass bei regulären Kampfsportveranstaltungen „immer mehr Einwanderer aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum antreten“ und betont, dass beim KdN „dagegen unser Volk im Mittelpunkt [steht]“.

Der bis 2017 konspirativ organisierte KdN hatte unter dem Namen ‚*Ring der Nibelungen*‘ schon in den Jahren 2013 und 2014 im rheinland-pfälzischen Vettelschoss (Landkreis Neuwied) stattgefunden, ehe im Jahr 2015 die Umbenennung in *Kampf der Nibelungen* erfolgte, der mit über 300 BesucherInnen im westfälischen Hamm stattfand. 2016 verfolgten schon über

400 Neonazis das Ereignis im nordhessischen Gemünden (Landkreis Waldeck-Frankenberg). Die Veranstaltungen 2017 in Kirchhundem und 2018 in Ostritz zeigten mit über 600 BesucherInnen und Mitwirkenden eine nochmalige Steigerung der Personenzahl und die fortschreitende Professionalisierung des Events.

Der KdN zieht KämpferInnen und BesucherInnen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus Frankreich, Österreich, Bulgarien, Griechenland, Tschechien, Russland, Schweden, Italien und den Niederlanden an. An den Kämpfen beteiligen sich viele Aktivisten aus organisierten Neonazi-Strukturen, die schon wegen teils schwerer Gewaltdelikte aufgefallen sind oder die einen Bezug zu Hooligan-Strukturen aufweisen. Beim diesjährigen KdN in Ostritz nahmen auch Neonazis aus der Ukraine teil, die enge Verbindungen zum paramilitärischen *ASOW Regiment* pflegen.

Neben der eigenständigen Hauptveranstaltung fand auch ein vom KdN am 21. April 2018 ausgerichtetes Kampfsportturnier mit internationaler Beteiligung im Rahmen des Neonazi-Spektakel *Schild & Schwert* in Ostritz statt. Ein angekündigtes „Team Fight“-Turnier auf dem 2. *Schild & Schwert* im November 2018 konnte allerdings aufgrund fehlender Anmeldungen nicht umgesetzt werden.

## Wer sind die Organisatoren des KdN?

Der *Kampf der Nibelungen* ist nicht nur als Veranstaltung, sondern auch als ein zunehmend professionalisiertes Netzwerk des militanten Neonazismus zu verstehen. Auch wenn laut Eigenangabe der KdN lediglich „eine Kampfsportveranstaltung unter der Organisation und Beteiligung von jungen Deutschen“ sei, lassen sich starke Bezüge zu den Strukturen der militanten *Hammerskins* (siehe Kapitel 3.1) nachweisen, die seit dem ersten *Ring der Nibelungen* maßgeblich in die Organisation eingebunden sind. Insbesondere Malte Redeker aus Ludwigshafen ist als einer der führenden Exponenten der deutschen *Hammerskins* zu nennen, der jährlich auch als Ringrichter fungiert. Neben ihm ist es der ehemalige Chef der in Spanien verbotenen *Hammerskins*, José Eduardo Chapela Herrero, genannt „Chappe“, der jährlich für seine Ringrichtertätigkeit aus Barcelona anreist. Darüber hinaus hat sich auch beim diesjährigen KdN in Ostritz gezeigt, dass Neonazis aus dem *Hammerskin-Netzwerk* – unter anderem aus Bochum – in organisatorische Aufgaben eingebunden waren.

Eine zentrale Rolle nehmen innerhalb des KdN-Netzwerkes außerdem Strukturen der Dortmunder Neonazi-Szene um den 2012 verbotenen *Nationalen Widerstand Dortmund* und den heutigen Kreisverband der Partei *Die Rechte* ein.

Dies gilt insbesondere für den seit vielen Jahren aktiven Dortmunder Neonazi Alexander Deptolla, dessen Name sich mittlerweile auch im offiziellen Impressum auf der KdN-Homepage findet. Deptolla kann als Bindeglied zwischen den Dortmunder Neonazi-Strukturen um *Die Rechte* und dem konspirativ agierenden Netzwerk der *Hammerskins* angesehen werden.

Unter dem Label *Kampf der Nibelungen* werden nicht nur Kampfsportveranstaltungen angeboten, sondern auch ein mittlerweile existierendes eigenes „KdN Kämpferteam“, deren Vertreter an einschlägigen Turnieren der extremen Rechten teilnehmen. Zu dem „Kämpferteam“ zählt auch der langjährig aktive Dortmunder Neonazi und *Die Rechte*-Funktionär Christoph Drewer, der insgesamt schon einige Jahre wegen mehrerer zum Teil schwerer Gewalttaten in Haft saß.

Neben den jährlich stattfindenden Veranstaltungen und dem Kämpferteam werden unter dem Label *Kampf der Nibelungen*, das auch als Marke beim Deutschen Marken- und Patentamt eingetragen ist, mehrere Kleidungsprodukte vertrieben, welche mittlerweile zum festen Bestandteil einer von neonazistischen Veranstaltungen wie Aufmärsche oder RechtsRock-Festivals geprägten extrem rechten Lebens- und Erlebniswelt gehören. Zusätzlich sind diverse extrem rechte Marken entstanden, die den Kampfsportmarkt abdecken.

## Business und ‚Kampfgemeinschaft‘

Europaweit existieren mehrere extrem rechte Kleidungsmarken wie beispielsweise *White Rex* und *Pride France*, die sich mit ihren Produkten und ihrer Ausrichtung an der Thematik Kampf- und Kraftsport orientieren. Sie tragen dazu bei, dass ein neonazistischer Kampfsport-Lifestyle entsteht, der die Kasse klingeln lässt. Diese Marken vertreiben nicht nur auf kommerzielle Ebene Kleidung und Accessoires, sondern sie inszenieren sich auch als Teil einer elitären „Kampfgemeinschaft“. In Deutschland treiben aktuell insbesondere die extrem rechten Marken *Greifvogel Wear* und *Black Legion* aus Brandenburg nicht nur die Vermarktung von Bekleidung, sondern auch die direkte Unterstützung und die Etablierung einer neonazistischen Kampfsport-Szene voran. So treten die Labels als Sponsoren von Kampfsportveranstaltungen wie dem *Kampf der Nibelungen* auf und stellen dort eigene Kämpferteams. Diese Marken - hinter deren Vertrieb erfahrene und langjährige Akteure aus der RechtsRock-Szene stehen - bieten mit ihren Motiven und meist pathetischen ‚Krieger‘- und ‚Kämpfer‘-Slogans ein Identitätsangebot an ihre KäuferInnen, sich auch als Teil der ‚Kampfgemeinschaft‘ zu fühlen. Zum Bestandteil der extrem rechten Markenwelt gehören zunehmend auch Motive, die sich explizit an Neonazis richten und sich unter dem Label „NS-Straight Edge“ sammeln.

## NS-Körperkult

„Bitte seid ehrlich zu euch selbst und kauft dieses Shirt nur, wenn ihr auch wirklich ‚Straight Edge‘ seid. Ihr macht Euch sonst selbst unglaublich und beleidigt obendrein diejenigen, welche diesen Weg gehen.“ Mit dieser Bemerkung vertreibt *Black Legion* das Shirt „NS Straight Edge“. Der Straight-Edge-Gedanke kommt aus der amerikanischen Hardcore-Punk Bewegung der 1980er Jahre und hat sich dem Verzicht von Drogen, Alkohol und Zigaretten verschrieben. Im deutschsprachigen Raum kam es schon in den 2000er Jahren mit dem Aufkommen der selbsternannten „Autonomen Nationalisten“ und Teilen der innerhalb des RechtsRock verorteten NS-Hardcore-Bands zu einer neonazistischen Umdeutung des Straight-Edge-Gedankens. In der NS-Kampfsport-Szene firmiert diese sinnstiftende Erzählung unter dem Namen *Wardon 21*, die sich einem drogenfreien und „gesunden“ Lebensstil „verpflichtet“. Die Texte und ästhetische Aufmachung der Gruppe weisen sehr starke Bezüge zu nationalsozialistischen Gesundheits- und Körperbildern auf. *Wardon 21*, zu deren Kern eine Clique Thüringer Neonazis zählen, die teilweise auch im engeren Organisationskreis des KdN aktiv sind, traten erstmals bei dem *Pride France*-Kampfsportturnier „Force & Honneur“ im Juni 2017 in der Nähe von Genf auf. Im Mai 2018 richtete *Wardon 21* einen Kongress unter dem Namen „Heureka“ aus, auf

dem sie mehrere VertreterInnen aus der NS-Kampfsportszene einluden, um ihre „Mission fort(zu)führen, größer und stärker in Einigkeit zusammen zu wachsen“. Unter den 80 Teilnehmenden befand sich auch der mittlerweile in Kiew (Ukraine) wohnhafte Denis Nikitin.

## Nicht nur im Ring ein Problem

Auf dem „Heureka“-Kongress sprach unter anderem auch Alexander Deptolla als Repräsentant des KdN. Großspurig kündigte er an, dass die „Gründung einer eigenen Liga“ geplant sei, „in den großen Hallen Deutschlands ausgetragen zu werden und selbige mit hunderten und tausenden wehrhaften Männern und Frauen unserer Art zu füllen“. Dies zeigt, wohin die Reise gehen soll, denn die sich zunehmend professionalisierende NS-Kampfsport-Szene will raus aus den geheimen ‚Hinterhöfen‘.

Die Verankerung von Kampfsportveranstaltungen als Teil rechter Erlebniswelten hat sich neben den diesjährigen KdN-Veranstaltungen in Ostritz auch anderenorts gezeigt. So fand am 9. Juni 2018 im sächsischen Grünhain das Turnier „Tiwaz – Kampf der freien Männer“ statt, bei dem bis zu 250 Neonazis anwesend waren. Und auf dem „Jugend und Sturm“-Festival der Partei *Der III. Weg* im Juli 2018 wurde neben RechtsRock, Infoständen und Vorträgen auch ein kleines Kampfsportturnier angeboten. Mit

ihren Angeboten scheint die NS-Kampfsport-Szene einen Nerv innerhalb extrem rechter Erlebniswelten getroffen zu haben und an die gesamtgesellschaftlich gestiegene Popularität von Kampfsport und Fitness anknüpfen zu können.

Im Zuge der Auseinandersetzung mit der extrem rechten Kampfsportwelt gilt es auch deren Wirken und Auftreten bei als ‚unpolitisch‘ geltenden Veranstaltungen und Vereinen im Auge zu behalten. Immer wieder treten KämpferInnen aus der extremen Rechten bei „normalen“ Turnieren an, trainieren in Vereinen oder tragen extrem rechte Marken im Alltag zur Schau.

Die Aktivitäten extrem rechter Kampfsportler beschränken sich nicht nur auf den Ring, was sich unter anderem bei den Ausschreitungen im Zuge der rassistischen Mobilisierungen im Sommer 2018 in Chemnitz, bei denen diverse rechte Kampfsportler mitgewirkt haben, deutlich zeigte. Bereits im Januar 2016 war es eine Mischszene aus Neonazis, Hooligans und Kampfsportlern, die im Zuge eines koordinierten Angriffs auf Personen und Läden im links-alternativen Leipziger Stadtteil Connewitz zur Schau stellten, worum es der extremen Rechten im Kern geht: Ihr dient Kampfsport zur Befähigung der Ausübung körperlicher Gewalt, weshalb das Ziel der rechten Kampfsportszene letztlich auch die ‚Professionalisierung‘ von rechter Gewalt ist.

# Kapitel 4

# RECHTE GEWALT



Mehr als 2000 Menschen demonstrieren im Jahr 2016 in Dortmund gegen rechte Gewalt

4

# WAS SOLLTEN WIR BEREUEN? RECHTE GEWALT IM REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG

# RECHTE GEWALT

Neonazistische, antisemitische und rassistische Gewalt fußt auf menschenverachtenden Ideologien. Die Entmenschlichung von Bürgerinnen und Bürgern zu ‚Volksfeinden‘ und ‚Volksverrätern‘ in rechtsextremen Weltbildern, Wahlprogrammen und Parolen findet in tätlichen Übergriffen gegen Minderheiten und politische Feindbilder ihre Zuspitzung. Gewalt, Mord und Einschüchterung sind auf diese Weise kein Nebenprodukt, sondern seit eh und je zentraler Bestandteil rechtsextremer und insbesondere neonazistischer Praxis. Spektrrenübergreifend wähen sich Neonazis und Neue Rechte in einem ‚Vorbürgerkrieg‘, der sie zum Handeln zwingt - mit dem Ziel der (Wieder-) Errichtung einer ‚Volksgemeinschaft‘.

An die Erzählung vom ‚Vorbürgerkrieg‘ schließen sich Praktiken des Vigilantismus, des Märtyrertums und der Selbstjustiz an. Neonazis und rechte Bürgerwehren stellen so die demokratische Staatlichkeit ganz konkret in Frage, in dem sie ihre Gewalttaten als ‚Dienst am Volke‘ verklären.

## >> TODESOPFER NEONAZISTISCHER GEWALT IM REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG SEIT 1990

Seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 sind laut Recherchen des *Opferfonds für Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt (CURA)* mindestens **194** Personen von Neonazis, Rechtsterrorist\_innen und Rassist\_innen getötet worden. Daneben existieren eine Reihe von Verdachtsfällen und ein schwer zu umreißendes Dunkelfeld. Für den Regierungsbezirk Arnsberg lassen sich in diesem Zeitraum neun Morde dokumentieren, die von Neonazis begangenen wurden:

# >> TODESOPFER NEONAZISTISCHER GEWALT IM REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG SEIT 1990

**15. DEZEMBER 1992, Siegen:** Im Jahr 1992 kommt es im Siegerland zu zahlreichen und teils sehr brutalen Gewalttaten durch Neonazis. Den Höhepunkt stellt der Mord an Bruno Kappi im Dezember 1992 in Siegen-Weidenau dar. Der 55-jährige, schwer sehbehinderte Kappi wurde am frühen Morgen auf dem Weg zu seiner Arbeit als Lagerarbeiter ohne erkennbaren Grund zusammengeschlagen und nachweislich mit Springerstiefeln traktiert. Er erliegt noch am Tatort seinen Verletzungen. Ein 16- und ein 20-jähriger Skinhead, die sich in ihrem Umfeld mit den Taten brüsteten, werden im Januar 1993 zunächst in Untersuchungshaft genommen und wenige Monate später wegen Mordes angeklagt. Sie werden im Februar 1994 aufgrund widersprüchlicher und zurückgenommener Zeugenaussagen wieder freigelassen. Das rechtsextreme Motiv der Tat ist für die Siegener Zivilgesellschaft bis heute unstrittig.

**17. OKTOBER 1997, Bochum:** Der Frührentner Josef Anton Gera wird in der Nacht des 14. Oktober auf dem ehemaligen Krupp-Gelände (heute: Westpark) von zwei wohnungslosen Neonazis derart brutal zusammengeschlagen, dass er wenige Tage danach in einem Bochumer Krankenhaus verstirbt. Uwe K. und Patrick K., die ihre Behausung auf dem Gelände mit Hakenkreuzen und SS-Runen verziert hatten, wurden bald als Täter ausgemacht. Sie prahlten vor Verwandten mit der Tat und gaben als Motiv an, Gera hätte sich ihnen homoerotisch angenähert. Im anschließenden Gerichtsverfahren und den Verurteilungen spielte die homofeindliche und neonazistische Gesinnung der Angeklagten – im Gegensatz zum Alkoholismus - keine Rolle.



Gedenktafel für Anton Josef Gera in der heutigen Westpark in Bochum

1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000

**16. JULI 1995, Altena:** Der per Haftbefehl gesuchte, damals 27 Jahre alte Neonazi Thomas Lemke misshandelte und erdrosselte die 26-jährige Dagmar Kohlmann unter Beihilfe seiner Freundin Bianka Weidemann, bevor die beiden Kohlmann in eine zuvor ausgehobene Grube im Wald verscharrten. Lemke gab später vor Gericht an, „einfach irgend jemanden“ umbringen zu wollen. Danach tötete Lemke am 3. Februar 1996 noch Patricia Wright (Bergisch Gladbach) mit 91 Messerstichen, weil sie einen „Nazis raus!“-Aufnäher auf der Kleidung trug, und den Aussteiger Martin Kemming (Dorsten, 15. März 1996), da Lemke vermutete, von Kemming verraten worden zu sein. Lemke, der auch Mitglied der FAP war, wird schließlich zu lebenslanger Haft mit anschließender Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik und Sicherheitsverwahrung verurteilt. Nach der Urteilsverkündung schreit Lemke ins Gerichtsmikrofon: „Damit haben die Juden ihren Willen bekommen!“

**14. JUNI 2000, Dortmund:** Der Neonazi Michael Berger erschießt in Dortmund-Brackel bei einer Polizeikontrolle aus seinem Auto heraus den Polizeibeamten Thomas Goretzky und verletzt dessen Kollegin mit einem Schuss ins Bein. Auf der Flucht tötete er in Waltrop mit gezielten Schüssen die Polizisten Yvonne Hachtkemper und Matthias Larisch-von-Woitowitz, bevor er sich in einem Waldstück bei Olfen selbst mit einem Kopfschuss richtete. Berger war Mitglied der *Kameradschaft Dortmund*, die sich im Nachgang mit den Taten auf Flugblättern und Aufklebern brüstete: „Berger war ein Freund von uns! – 3:1 für Deutschland“, was bis heute eine bei Dortmunder Neonazis beliebte Parole ist.

**28. MÄRZ 2005, Dortmund:** In der U-Bahn-Station Kampstraße, mitten in der Dortmunder Innenstadt, wird Thomas Schulz, Mitglied der örtlichen Punkszene, vom Neonazi Sven K. mit einem Messerstich in die Brust getötet. K., zu diesem Zeitpunkt 17 Jahre alt, war aktives Mitglied der *Skinhead-Front Dorstfeld* und hatte erst kurz vor der Tat eine einwöchige Arreststrafe abgebußt, die er nach einem Angriff auf einen Punker in der S-Bahn erhalten hatte. Obwohl K.s Hass auf ‚Zecken‘ offenkundig in seiner rechtsextremen Gesinnung begründet war (und ist), klammerte das Landgericht Dortmund die politische Motivation der Tat aus. K. wurde nach Jugendstrafrecht verurteilt und war im Jahr 2010 wieder auf freiem Fuß. Kurz nach seiner Haftentlassung nahm er an einer Demonstration der *Kameradschaft Hamm* teil und trug dabei ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Was sollten wir bereuen?“



er Nähe des Tatorts am

**14. MAI 2010, Hemer:** Alexander U., Betreiber eines Neonazi-Clubs in einer innenstadtnahen Nebenstraße der Stadt Hemer, tötete den ebenfalls in der Neonaziszene aktiven Sven M. in den Räumlichkeiten seines Clubs mit einem Jagdmesser. Sven M. wurde einige Wochen zuvor brutal zusammengeschlagen und war auf der Suche nach dem Täter in der Szenelokalität vorstellig geworden. Als er U. mit dem Vorwurf konfrontiert, greift dieser zum Messer und schneidet ihm die Kehle durch. Im Anschluss werfen U. und einige Mithelfer den Leichnam in ein nahegelegenes Gebüsch. Der Tatort wurde damals – wie auch der Täter – von den Lokalmedien entpolitisiert und als ‚Saufclub‘ getauft, obgleich er mit zahlreichen Nazi-Symbolen versehen war und den *Headhunters Hemer* als Treffpunkt diente. Die *Headhunters* bildeten offenkundig eine Schnittmenge von Neonazis, Rockern und organisierter Kriminalität

2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010



Ehemaliger Kiosk von Mehmet Kubaşık in der Dortmunder Nordstadt

**04. APRIL 2006,** Mitten in der **Dortmunder** Nordstadt erschießen Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos den Kioskbesitzer Mehmet Kubaşık in seinen Geschäftsräumen. Der Mord reiht sich in eine ebenso beispiellose wie rassistische Mordserie ein, der im Zeitraum von 2000 bis 2006 acht weitere Kleinunternehmer und eine Polizistin zum Opfer fallen. Erst mit der Selbstenbarung des *Nationalsozialistischen Untergrunds* (NSU) – wie sich die Terrorgruppe nannte – im November 2011 konnte der Mord aufgeklärt und dem Kerntrio, zu dem neben Böhnhardt und Mundlos auch Beate Zschäpe gehörte, zugeordnet werden. Die Ermittlungen der Polizei hatten über lange Zeit – wie auch bei den meisten anderen NSU-Opfern – vor allem das persönliche Umfeld von Kubaşık in den Fokus genommen und damit den persönlichen Verlust für die Angehörigen noch um eine Stigmatisierung ergänzt. Kubaşık war das insgesamt achte Mordopfer des NSU.



Vor allem die Dortmunder Morde von Michael Berger, dem NSU und Sven K. verdeutlichen nicht nur das hohe Maß an Gewaltbereitschaft und Brutalität der neonazistischen Szene, sondern darüber hinaus auch die Bedeutung der Gewaltverherrlichung. Berger wurde von der *Kameradschaft Dortmund* zum Märtyrer verkürt, die Dortmunder Rechtsrock-Band *Oidoxie* veröffentlicht im Jahr des Mordes an Mehmet Kubaşık ein Album mit dem Titel „Terrormaschine“ und kurz nach dem Mord an Thomas Schulz kleben Neonazis Aufkleber mit der zynischen Beschriftung „Antifaschismus ist ein Ritt auf Messers Schneide“. Gewalt und Mord verschaffen ihren Tätern innerhalb der Szene Reputation, während die Taten nach außen nicht geleugnet, sondern wieder zur Bedrohung oder als Dominanzgebaren politisch genutzt werden.

So unterschiedlich die Tathergänge der neun Morde auch sein mögen, so eint sie doch - mit Ausnahme des Dortmunder NSU-Mordes – die fehlende staatliche Anerkennung als rechtsextreme Straftat. Stattdessen wurden die Morde wahlweise als Affekthandlung, dem Alkoholismus geschuldet oder als szeneeinterne Streitigkeit (v)erklärt. So tritt rechtsextreme Ideologie der Täter bei den Urteilen und letztlich auch bei der Außenwirkung der Prozesse in den Hintergrund. Welche Folgen eine derartige Entpolitisierung rechter Gewalt mit sich bringt, zeigt sich wiederum

in den polizeilichen Ermittlungen zum NSU-Mord an Mehmet Kubaşık, wo ein rechtsextremer Hintergrund der Tat - trotz diesbezüglicher Zeugenaussagen – für nicht im Bereich des Möglichen erachtet wurde. Oft war und ist es der Verdienst zivilgesellschaftlicher und antifaschistischer Initiativen, nicht nur Gerichtsprozesse und Berichterstattung zu den Taten kritisch zu begleiten, sondern auch das Gedenken an die Opfer aufrechtzuerhalten und auf die politischen Motive der Täter hinzuweisen.

### **Rassistische Mobilisierung und der Anstieg rechter Gewalttaten**

Über die brutalen Morde hinaus sind rechte Straf- und Gewalttaten im Regierungsbezirk Arnsberg ein nahezu alltägliches Phänomen. Blickt man auf die Zahlen zur ‚Politisch motivierten Kriminalität - rechts‘ (PMK-rechts), die in den vergangenen Jahren regelmäßig von Landtagsabgeordneten durch Kleine oder Große Anfragen erfragt wurden, zeigen sich für den Regierungsbezirk Arnsberg von 2012-2017 Werte zwischen 660 und 1102 Straftaten pro Jahr (siehe Abbildung 1). Hierunter fallen die unterschiedlichsten Straftatbestände wie Sachbeschädigungen, Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen, Beleidigungen bis hin zu Bedrohungen und schwerer Körperverletzung. Natürlich haben diese Zahlen nur eine begrenzte Aussagekraft. Zum

einen dürfte im Bereich der rechten und rassistischen Gewalt eine hohe Dunkelziffer vorliegen, vor allem, da Menschen mit Rassismuserfahrungen nicht immer den Weg zur Polizei wählen. Auch der Umstand, dass bei einem sich eventuell anschließenden Gerichtsverfahren die eigene Adresse und weitere personenbezogene Daten auf dem Wege der Akteneinsicht von den Rechten eingesehen werden können, schreckt viele Betroffene aus Angst vor weiteren Übergriffen von einer Anzeige ab.

Hinzu kommt auch oft eine fragwürdige Kategorisierung seitens der Behörden. Wie der obige Blick auf die Todesopfer im Regierungsbezirk Arnsberg zeigt, werden viele Taten im Nachgang entpolitisiert. Nichtsdestotrotz lassen sich mit diesen Zahlen vor allem im Jahresvergleich Erkenntnisse gewinnen. Für den Zeitraum der Jahre 2012 bis 2017 ist so im Regierungsbezirk Arnsberg vor allem ein massiver Anstieg der Straftaten in den Jahren 2015 und 2016 zu beobachten. Dieser Trend deckt sich mit den landes- und bundesweiten Zahlen der Sicherheitsbehörden und ist insbesondere auf die rassistischen Mobilisierungen (auf den Straßen und in den Medien) zurückzuführen, die infolge des gestiegenen Zuzugs geflüchteter Menschen zu einer Verrohung sowie Rechtsverschiebung öffentlicher Debatten geführt haben. Vor allem in kleineren Kommunen haben sich rechte Straftaten

ab 2015 sehr häufig verdoppelt oder sind wie in Iserlohn (2014: 5, 2015: 17), Werne (2014: 2, 2015: 14) oder Lippstadt (2014: 2, 2015: 14) sprunghaft angestiegen. So hat sich auch im Regierungsbezirk Arnsberg eine Welle rechter Gewalt an den sogenannten ‚Willkommenssommer‘ im Jahr 2015 angeschlossen, die sich vornehmlich gegen Geflüchtete und deren Unterstützer\_innen richtet.

Die zehn Kommunen mit den höchsten Werten in der PMK-rechts (siehe Abbildung S. 81) decken sich weitgehend mit den Ausführungen über die regionalen Schwerpunkte der hiesigen Neonazi-Szene in den anderen Kapiteln dieser Veröffentlichung. Der Umstand, dass Dortmund eine der größten und aktivsten Neonazi-Szenen in Westdeutschland beheimatet, manifestiert sich auch in Spitzenwerten bei rechten Straf- und Gewalttaten. So wurden in den hier untersuchten sechs Jahren 1772 Straftaten dokumentiert und somit in etwa dreimal so viel wie im ‚zweitplatzierten‘ Bochum. Vor allem der hohe Anteil von Gewaltdelikten (168 Körperverletzungen) lässt Rückschlüsse auf das Bedrohungspotential der Dortmunder Szene zu. Auch die hohen Werte in Bochum (46 Körperverletzungen) und Hamm (15 Körperverletzungen) lassen sich durch relativ gefestigte und aktivistische Neonazi-Szenen erklären. Die Neonazi-Szenen in Dortmund, Bochum und Hamm strahlen zudem auch in

umliegende Städte und Gemeinden wie Unna, Lünen oder Schwerte aus. Unabhängig vom kriminalstatistischen Wissen sollte ein qualitatives Moment nicht unterschätzt werden: Rechte Gewalt kann das Gemeinwesen in einer Stadt oder einem Stadtteil auf Dauer prägen, demokratische Kultur einschränken und Angsträume für potentiell Betroffene errichten.

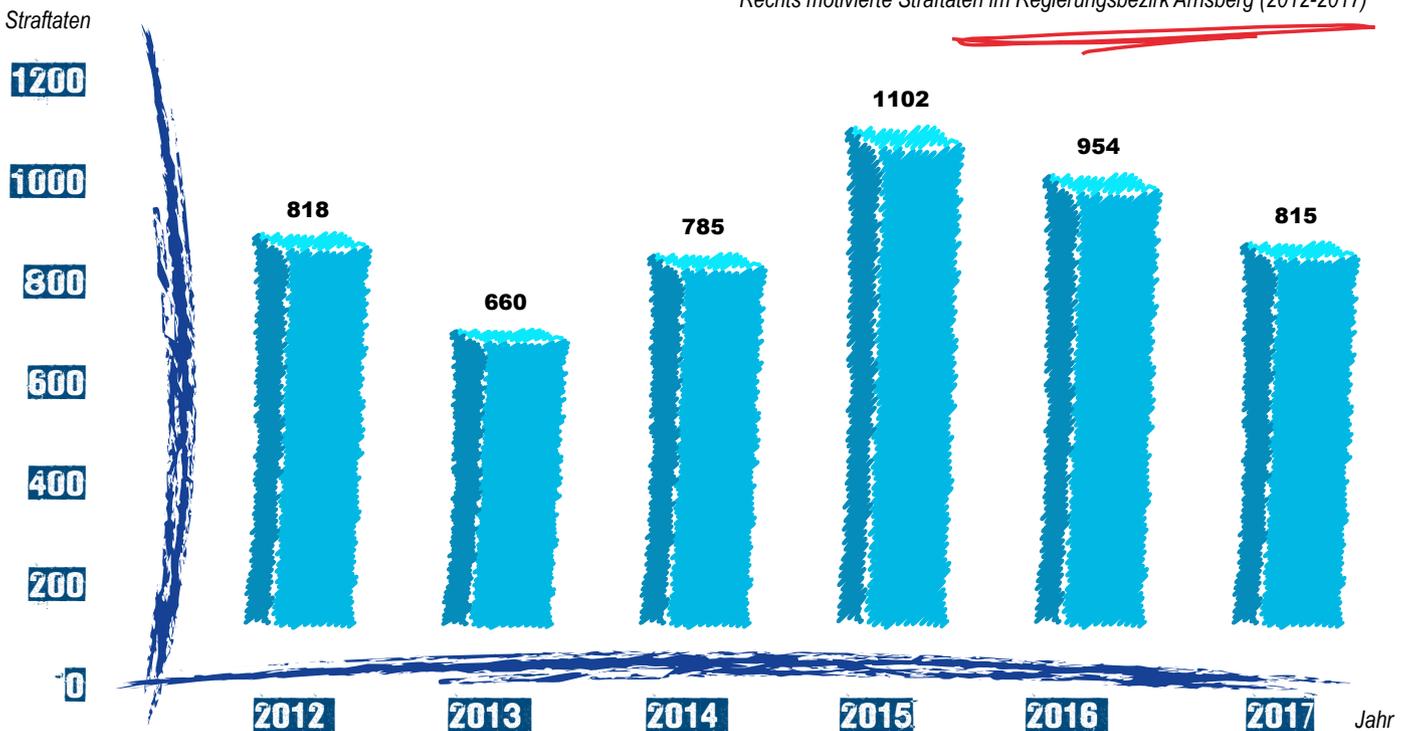
## Rechte Gewalt als Breitenphänomen

Wenngleich nicht alle aufgeführten Straf- und Gewalttaten von organisierten Neonazis und ihrem Umfeld begangen werden, schwingt grad beim Thema ‚rechte Gewalt‘ fast immer noch das Klischee des brutalen und martialischen ‚Springerstiefel-Nazis‘ mit. Dieses Klischee war schon immer falsch und ist in Zeiten von ‚Wutbürgen‘ und einer zunehmend ‚enthemmten Mitte‘ noch ungleich fataler. Dass viele rechte Täter\_innen sich nicht einer organisierten rechten Szene zuordnen lassen, verdeutlichen zwei Vorfälle im sauerländischen Altena:

**IM OKTOBER 2015** legte ein 25-jähriger Feuerwehrmann auf dem Dachstuhl einer Unterkunft, in der zu diesem Zeitpunkt sieben syrische Geflüchtete lebten, einen Brandsatz, um das Haus, – so sagte er es später vor Gericht – „unbewohnbar zu machen“. Angetrieben hat ihn und seinen Mittäter eine diffuse ‚Angst vor Flüchtlingen‘, die – so würde es ihm immer erzählt werden – „alle [...] kriminell seien“.

**AM 27. NOVEMBER 2017** wird der Bürgermeister von Altena, Andreas Hollstein, in einem Imbiss von einem 56-jährigen Mann mit einem Messer bedroht. Während er ihm die Klinge an den Hals drückte rief er mehrfach: „Ich steche dich ab. Du lässt mich verdursten, aber holst 200 Ausländer in die Stadt“. Altena erhielt ein halbes Jahr vor der Tat den ‚Nationalen Integrationspreis‘ von Bundeskanzlerin Angela Merkel, da Hollstein und seine Stadtverwaltung nach dem Brandanschlag im Jahr 2015 mehr Geflüchtete aufnahmen, als es der Verteilungsschlüssel erforderte.

Rechts motivierte Straftaten im Regierungsbezirk Arnsberg (2012-2017)



Auch in anderen Kleinstädten im Sauer- und Siegerland kam es seit 2015 vermehrt zu Übergriffen gegen Geflüchtete, Einrichtungen und Unterstützer\_innen. Teils wurden - wie in Kirchhundem (Kreis Olpe) - mehrere Brandsätze an ein und derselben (unbewohnten) Unterkunft gelegt. In der Gemeinde Wilnsdorf (Kreis Siegen-Wittgenstein) kam es 2016 zu

einem versuchten Mordanschlag, als ein Brandsatz vor einer (bewohnten) Geflüchtetenunterkunft gelegt wurde. Zwar fehlt vielen dieser Täter\_innen eine organisatorische Anbindung (z.B. an eine Kameradschaft oder neonazistische Partei), dennoch sehen sie ihre Taten in einem politischen Zusammenhang: „Hinter all den Anschlägen gegen Flüchtlinge, deren Unterkünfte

oder gegen andere Minderheiten verbirgt sich die wahnwitzige Idee vom Erhalt des eigenen Volkes durch drastische ‚Notwehrmaßnahmen‘. Die Täter sind der Meinung, Selbstjustiz sei in Ordnung, weil der Staat die Deutschen nicht mehr ausreichend schütze“, so die Journalistin Andrea Röpke. Die zunehmend rassistische und nationalistische Stimmung im politischen Diskurs liefert so vielerorts die Legitimation für Hakenkreuzschmierereien, Beschimpfungen und Brandsätze. Daran wird deutlich, dass es nicht den Kameradschaftsabend braucht, um sich des eigenen Hasses zu vergewissern. So lässt sich auch die Verteilung der erfassten Vorfälle auf das gesamte Gebiet des Regierungsbezirks erklären. Rechte Straftaten sind somit nicht regional oder organisatorisch konzentriert, sondern auch im Regierungsbezirk Arnsberg ein breit gestreutes, gesamtgesellschaftliches Problem.

Rechts motivierte Straftaten nach Kommunen (2012-2017)

Kommune	Straftaten absolut	Straftaten pro 1.000 Bewohner/innen	Körperver- letzungen
Bochum .....	601	1,65	46
Dortmund .....	1772	3,03	168
Hagen .....	206	1,09	6
Hamm .....	297	1,66	15
Herne .....	225	1,44	13
Lünen .....	85	0,97	2
Schwerte .....	106	2,21	6
Siegen.....	205	2,01	7
Unna .....	90	1,34	6
Witten .....	138	1,34	2

Quelle: Innenministerium NRW, eigene Darstellung

### Fußnoten

- 1 // Eine bundesweite Übersicht findet sich unter [www.opferfonds-cura.de](http://www.opferfonds-cura.de), der auch die hier verarbeiteten Informationen entnommen sind.
- 2 // Hilfreich war hier zum Beispiel eine Übersicht der NRW-Landtagsfraktion der Grünen, abrufbar unter: [https://gruene-fraktion-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/ltf/Bilder/Themen/Rechtsextremismus/PMK\\_Rechts\\_Vergleich\\_Kommunen.pdf](https://gruene-fraktion-nrw.de/fileadmin/user_upload/ltf/Bilder/Themen/Rechtsextremismus/PMK_Rechts_Vergleich_Kommunen.pdf)
- 3 // Andrea Röpke, 2017: Jahrbuch rechte Gewalt. Chronik des Hasses. München: Knauer, 2017, S. 13.

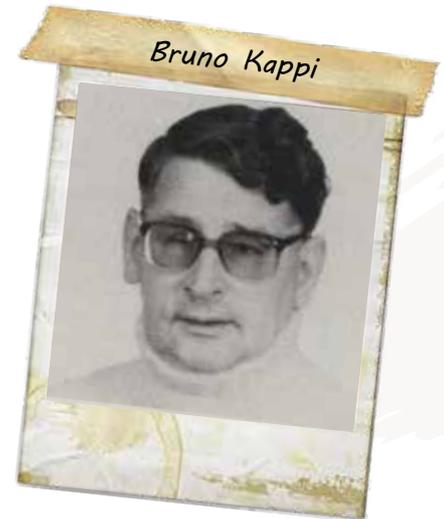
## „SOLCHE MENSCHEN GEHÖREN NICHT IN EIN FASCHISTISCHES WELTBILD“

### Ein Gespräch mit Torsten Thomas vom Siegener Bündnis für Demokratie über das Gedenken an Bruno Kappi

*Das Siegener Bündnis für Demokratie hat sich im Jahr 2008 unter Federführung des damaligen Geschäftsführers des DGB-Südwestfalen, Werner Leis, gegründet. Anlass war damals eine groß geplante Demonstration der Freien Nationalisten Siegerland anlässlich der Bombardierung Siegens im Zweiten Weltkrieg. Aktuell sind knapp 40 Organisationen im Bündnis vertreten, neben den Siegener Ratsparteien (mit Ausnahme der AfD), Wohlfahrtsverbänden, Religionsgemeinschaften und Schulen finden sich darunter auch studentische und kulturelle Organisationen. Am 15. Dezember 2012, dem zwanzigsten Todestag Bruno Kappis (siehe Kapitel 4), bildete die Erinnerung an dessen Ermordung in Siegen-Weidenau ein Schwerpunkt des Gedenkens des Bündnisses für Demokratie. Wir sprachen mit Torsten Thomas, Sprecher der VVN-BdA Siegen-Wittgenstein und langjähriges Mitglied des Bündnisses für Demokratie über die Umstände des Mordes und die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Gedenkens.*

>> Viele Mitglieder eures Bündnisses beschäftigen sich schon lange mit rechtsextremen Aktivitäten im Siegerland. Wie war die neonazistische Szene in den 1990er Jahren in der Region aufgestellt? In welchem Kontext muss man die Ermordung Bruno Kappis sehen?

Thomas: Nach der Wiedervereinigung hatten wir bundesweit ein anderes Klima. Es gab die Pogrome in Hoyerswerda im September 1991, Rostock-Lichtenhagen im August 1992, Mölln im November 1992 – und dann kam der Mord an Bruno Kappi, im Dezember 1992. Die Zeitumstände spielten definitiv eine Rolle. Dem waren auch hier in der Region schon einige Vorfälle vorangegangen. Es gab im Mai 1992 einen gewalttätigen Überfall auf einen chinesischen Gastdozenten der Universität Siegen, ebenfalls im Stadtteil Weidenau. Dann gab es im selben Jahr in Hennef (Sieg) – das auf der Bahnstrecke von Siegen nach Köln liegt -, einen Angriff auf tamilische Flüchtlinge durch Siegener Neonazis. Wie breit die Szene im Siegerland zu der Zeit aufgestellt war, lässt sich rückblickend schwer sagen. Im Stadtteil Weidenau gab es aber zu der Zeit viele Treffpunkte der Neonazis, im Bahnhofsumfeld und in einigen einschlägigen Kneipen.



>> Kappi starb in den frühen Morgenstunden, auf dem Weg zu seiner Arbeit als Lagerarbeiter bei der Bundeswehr. Der Obduktionsbericht schließt auf massive Trittverletzungen durch Springerstiefel. Die Mörder von Bruno Kappi wurden trotzdem nie verurteilt. Zwei tatverdächtige Neonazis, die sich mit dem Mord in Szenekreisen brüsteten, wurden letztlich freigesprochen. Wie sicher ist es aus deiner Sicht, dass es sich beim Mord um eine neonazistisch motivierte Tat handelte?

Thomas: Der Mord war richtig brutal. Mehrere Rippenbrüche, Trümmerbruch des Nasenbeins, Kehlkopf eingedrückt, Zungenbein gebrochen und Nieren eingerissen. Es gab keine

# INTERVIEW

Grenzen, dafür muss man ganz schön abgebrüht sein. Die Tatverdächtigen sind freigesprochen worden, weil es keine prozessualen Tatnachweis, also keine DNA-Spuren und keine Fingerabdrücke, gab. Es ist nichts bewiesen, es ist aber in Anbetracht der Tatumstände, des Tatorts in der Nähe bekannter Szenetreffpunkte und der damaligen Zeitumstände ganz stark anzunehmen, dass die Täter aus dem Neonazi-Umfeld kamen. Es gibt keine andere logische Erklärung. Der ist ganz normal morgens zur Arbeit gegangen und wird totgetreten. Bruno Kappi war schwerstbehindert, er hatte eine Sehbehinderung und lebte sehr zurückgezogen. Solche Menschen gehören nicht in ein faschistisches Weltbild. Der Hass von Neonazis richtet sich ja nicht nur gegen Migrant\_innen, sondern auch gegen Homosexuelle, Obdachlose – und eben behinderte Menschen.

>> Im Jahr 2012 habt ihr als Bündnis begonnen, euch mit der Ermordung Kappis zu beschäftigen. Welche Formen hat das Erinnern seitdem genommen und was ist die Motivation dabei?

Thomas: An Bruno Kappi haben in den vergangenen Jahren verschiedene Personen erinnert, schon bevor es das Bündnis für Demokratie getan hatte. So gab es über die Jahre immer am Todestag Anzeigen in den Lokalzeitungen, die oft von Einzelpersonen geschaltet wurden und auch auf die Umstände des Mordes hingewiesen haben. Vielen ist der Mord damals nah gegangen. Die VVN-BDA hat in den Jahren 2012 und 2017 mit anderen antifaschistischen Initiativen Anzeigen zum zwanzigsten und fünfundzwanzigsten Todestag geschaltet. Im Jahr 2012 haben wir dann vom Siegener Bündnis ein Gedenken in Weidenau durchgeführt, anlässlich des zwanzigsten Todestages. Rund um den Tatort am Einkaufszentrum gab es zudem eine ‚Ausstellung‘ mit gedruckten ‚Steckbriefen‘ von 195 Todesopfern rechter Gewalt. Im Jahr 2017 gab es dann wieder eine größere Aktion anlässlich des 25. Todestages. Wir wollen daran erinnern, dass so etwas nach wie vor möglich ist. Es geht aber auch darum zu zeigen, dass dort ein Mensch grundlos ermordet worden ist.

>> Neben dem jährlichen Gedenken plant das Bündnis aber auch eine dauerhafte Installation, die in der Nähe des Tatorts auf den Mord und seine Umstände hinweist. Was habt ihr vor?

Thomas: Wir sind gerade dabei einen Bürgerantrag an den Rat der Stadt Siegen zu stellen, um ein bleibendes Erinnern zu ermöglichen. Wir hoffen, dass wir uns mit den entsprechenden Mitarbeitenden aus der Stadtverwaltung und den politischen Ausschüssen zusammensetzen können, um eine würdige Form des Gedenkens zu finden. Die Form ist noch offen, wir stecken grad im Diskussionsprozess und können uns vieles vorstellen. Was die Unterstützung seitens der Stadt angeht sind wir optimistisch und hoffen, dass die Politik sich auch selbst in die Diskussion einbringt und nicht nur unsere Vorschläge absegnet.

*\*Nach Redaktionsschluss: Am 3. Juli 2019 folgte die Zustimmung eines Gedenkortes durch den Hauptausschuss der Stadt Siegen.*

# MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Seit 2008 unterstützt und berät die Mobile Beratung in Nordrhein-Westfalen Einzelpersonen, Initiativen, Parteien, Vereine, Organisationen und alle, die sich gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einsetzen wollen oder müssen. Dabei leistet sie Hilfe zur Selbsthilfe, indem sie die vor Ort handelnden Personen vernetzt und gemeinsam mit den Beratungsnehmenden individuell und bedarfsorientiert Konzepte entwickelt. Mobile Beratung arbeitet professionell, qualifiziert und auf der Grundlage von fachlichen Konzepten. Unser Angebot ist niedrigschwellig erreichbar, mobil und kostenfrei.

Es orientiert sich an den Bedarfen und Anlässen der Beratungsnehmer\_innen und den jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen. Sie ist ihnen gegenüber wertschätzend, transparent und vertraulich.

Getragen wird die Mobile Beratung dabei von einer menschenrechtsorientierten Haltung und den Leitgedanken einer demokratischen Kultur als Gegenentwurf zu Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Wir unterstützen Sie zum Beispiel, wenn

- ... es an einer Schule immer häufiger zu rassistischen Schmierereien und Beschimpfungen kommt;
- ... Rechtsextreme in Vereinen, Organisationen oder Initiativen Einfluss nehmen wollen;
- ... eine Immobilie im Ort von Neonazis angemietet wird;
- ... sich in einer Stadt oder einem Dorf eine rassistische oder rechtsextreme Bürgerinitiative gründen möchte;
- ... Eltern in Kitas, Kindergärten oder Grundschulen durch rassistische Parolen auffallen;
- ... extrem rechte Veranstaltungen, Demonstrationen und Konzerte geplant sind.

Mobile Beratung arbeitet in diesen Problemfeldern professionell, qualifiziert und auf der Grundlage von fachlichen Konzepten. Das Angebot ist niedrigschwellig erreichbar, mobil und kostenfrei. Es orientiert sich an den Bedarfen und Anlässen der Beratungsnehmer\_innen und den jeweils zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die Beratung erfolgt im Auftrag der Beratungsnehmer\_innen und ist geprägt durch einen moderierenden und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Ansatz. Sie ist ihnen gegenüber

wertschätzend, transparent und vertraulich. Mobile Beratungsteams werden in der Regel nicht selbst zur Akteurin, sondern vernetzen und unterstützen die Engagierten und Verantwortlichen.

Über die anlassbezogene Unterstützung hinaus begleiten und qualifizieren wir auch längerfristig Vereine, Bündnisse, Organisationen und Einrichtungen. Wir helfen bei der Entwicklung langfristiger Strategien gegen extrem rechte und rassistische Tendenzen und bei der Erstellung von Präventionskonzepten zur Stärkung des Demokratieverständnisses im Rahmen von Schulungen und Fortbildungen. Zudem dokumentieren wir rechtsextreme Aktivitäten, analysieren Strukturen und Entwicklungen der unterschiedlichen Spektren

Weiteres zu den Grundprinzipien und Blickwinkeln unserer Arbeit findet sich im Grundsatzpapier des Bundesverbands Mobile Beratung: [http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb\\_grundsatzpaeze\\_DinA5\\_web.pdf](http://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2018/03/bmb_grundsatzpaeze_DinA5_web.pdf)

Einblicke in unsere Beratungsarbeit in NRW und die damit verbundenen Herausforderungen finden sich in den „Berichten von Unterwegs II“: [https://www.mobile-beratung-nrw.de/fileadmin/content/news/06-mobim\\_BvU\\_web\\_DS.pdf](https://www.mobile-beratung-nrw.de/fileadmin/content/news/06-mobim_BvU_web_DS.pdf) Regierungsbezirk Arnsberg



# ADRESSEN UND KONTAKTE DER REGIONALBÜROS IN NRW

## **Regierungsbezirk Düsseldorf**

Wuppertaler Initiative für  
Demokratie  
und Toleranz e.V.  
Mobile Beratung gegen  
Rechtsextremismus  
Bendahler Str. 29  
42285 Wuppertal  
02 02 563 28 09  
info@mbr-duesseldorf.de  
www.mbr-duesseldorf.de

## **Regierungsbezirk Münster**

Mobile Beratung gegen  
Rechtsextremismus (mobim)  
Geschichtsort Villa ten Hompel  
Kaiser-Wilhelm-Ring 28  
48145 Münster  
02 51 492 7109  
kontakt@mobim.info  
www.mobim.info

## **Regierungsbezirk Detmold**

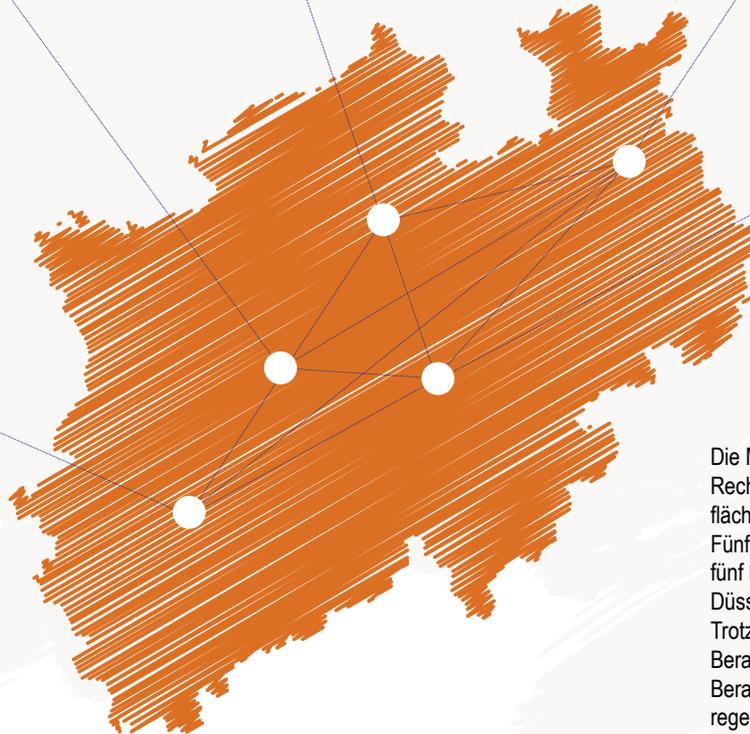
Mobile Beratung gegen  
Rechtsextremismus  
Arbeit und Leben DGB/VHS  
im Kreis Herford  
Kreishausstr. 6a  
32051 Herford  
052 21 27 572 -55 / -54  
info@mobile-beratung-owl.de  
www.mobile-beratung-owl.de

## **Regierungsbezirk Köln**

Mobile Beratung gegen  
Rechtsextremismus  
NS-Dokumentationszentrum  
Appellhofplatz 23 - 25  
50667 Köln  
02 21 221 271 62  
ibs@stadt-koeln.de

## **Regierungsbezirk Arnsberg**

Mobile Beratung gegen  
Rechtsextremismus  
Amt für Jugendarbeit der  
Ev. Kirche von Westfalen  
Iserlohner Str. 25  
58239 Schwerte  
023 04 755 -190 / -280  
info@mbr-arnsberg.de  
www.mbr-arnsberg.de



Die Mobile Beratung gegen  
Rechtsextremismus ist in NRW  
flächendeckend aufgestellt.

Fünf Beratungsteams verteilen sich auf die  
fünf Regierungsbezirke Arnsberg, Detmold,  
Düsseldorf, Köln und Münster.  
Trotz unterschiedlicher Trägerschaft sind die  
Beratungsteams über gemeinsame  
Beratungsstandards und vor allem über einen  
regelmäßigen fachlichen und kollegialen  
Austausch als Mobile Beratung NRW  
miteinander verbunden.

[www.mobile-beratung-nrw.de](http://www.mobile-beratung-nrw.de)  
<https://twitter.com/mbrnrw>

Die Mobilen Beratungsteams in NRW sind als  
Teil des Bundesverbandes Mobile Beratung  
e.V. mit den Mobilen Beratungsstellen im  
gesamten Bundesgebiet vernetzt.

[www.mobile-beratung-nrw.de](http://www.mobile-beratung-nrw.de)

# WEITERE ANSPRECHPARTNER INNEN UND BERATUNGSSTELLEN

## Beratung für Betroffene rechter Gewalt

Die Opferberatung unterstützt Menschen, die von Rechtsextremen bzw. aus rassistisch motivierten Gründen bedroht oder angegriffen wurden. Die Mitarbeiter\_innen beraten in juristischen Fragen, begleiten auf Wunsch zu Terminen bei der Polizei oder anderen Behörden und vermitteln therapeutische Hilfe. Die Opferberatung arbeitet parteinehmend für die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt, mobil, vertraulich und unbürokratisch. In NRW gibt es je eine Beratungsstelle für Westfalen und das Rheinland.

### *Rheinland*

OBR

Opferberatung Rheinland c/o IDANRW

0211 - 15 92 55 - 64

info@opferberatung-rheinland.de

www.opferberatung-rheinland.de

### *Westfalen-Lippe*

Back Up

Beratung für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt

0172 - 10 454 32

contact@backup-nrw.org

www.backup-nrw.org

## Unterstützung bei Distanzierung und Ausstieg

Die Zivilgesellschaftliche Ausstiegs- und Distanzierungsberatung NinA NRW unterstützt Jugendliche und Erwachsene Ausstieg aus rechten Strukturen durch ein permanentes Beratungs- und Unterstützungsangebot, das auf die individuellen Bedürfnisse der Ausstiegswilligen ausgerichtet ist und sich an deren Lebenswelt orientiert.

### *NinA NRW*

Neue Wege in der Ausstiegsberatung

0176 - 931 197 65

nina.nrw@reinit.de

www.nina-nrw.de

## Antidiskriminierungsbüros

### *Regierungsbezirk Arnsberg*

Dortmund:

Planerladen e.V.

0231 - 88 20 700

integration@planerladen.de

www.integrationsprojekt.net und

www.planerladen.de

Siegen:

Integrationsagentur VAKS (Verein für Soziale

Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.)

0271 - 317 57 45

guel.ditsch@vaks.info

www.vaks.info

### *Nordrhein-Westfalen*

Gemeinsamer Internetauftritt

und Kontakt:

kontakt@nrwgegendifkriminierung.de

www.nrwgegendifkriminierung.de

# VERNETZUNG UND KOOPERATIONSPARTNER INNEN

*Arbeitskreis der NS-Gedenkstätten und  
-Erinnerungsorte in NRW e.V.*  
c/o Geschichtsort Villa ten Hompel  
0251 - 492 - 70 48  
redaktion@ns-gedenkstaetten.de  
www.ns-gedenkstaetten.de/nrw

*Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte  
gegen rechtsextreme Tendenzen bei  
Jugendlichen (AK Ruhr)*  
c/o Jugendamt Stadt Dortmund/  
Respektbüro  
0231 - 50 - 29942  
swossmann@stadtdo.de  
www.ak-ruhr.de

*Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche &  
Rechtsextremismus (BAG-KR)*  
c/o Aktion Sühnezeichen  
Friedensdienste e.V.  
030 - 283 95 178  
post@bagkr.de  
www.bagkr.de

*Bundesverband Mobile  
Beratung e.V. (BMB)*  
Bautzner Str. 45  
01099 Dresden  
03 51/500 54 16  
kontakt@bundesverband-mobile-beratung.de  
http://www.bundesverband-mobile-  
beratung.de

*BVB-Lernzentrum*  
c/o Fan-Projekt Dortmund e.V.  
0231-7214292  
j.boeing@bvb-lernzentrum.de  
www.bvb-lernzentrum.de

*DGB-Jugend NRW*  
0211 - 3683 - 134  
info@dgb-jugend-nrw.de  
www.nrw-jugend.dgb.de

*Forschungsschwerpunkt  
Rechtsextremismus/  
Neonazismus (FORENA)  
der Hochschule Düsseldorf*  
0211 - 811 - 4625  
forena@fh-duesseldorf.de  
www.forena.de

*Gewaltakademie Villigst*  
c/o Amt für Jugendarbeit der  
Evangelischen Kirche von Westfalen  
02304 - 755 -190  
gudrun.kirchhoff@afj-ekvw.de  
www.gewaltakademie.de

*Informations- und Dokumentationszentrum  
für Antirassismuserbeit in  
Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW)*  
0211 - 15 92 55-5  
info@ida-nrw.de  
www.ida-nrw.de

*Landesarbeitsgemeinschaft der Fanprojekte  
NRW e.V.*  
0234 - 41567939  
info@lag-fanprojekte-nrw.de  
www.lag-fanprojekte.nrw.de

*Landesintegrationsrat NRW*  
0211 - 9 94 16 - 0  
info@landesintegrationsrat-nrw.de  
www.landesintegrationsrat-nrw.de

*Mach' meinen Kumpel nicht an! –  
für Gleichberechtigung,  
gegen Fremdenfeindlichkeit und  
Rassismus e.V.*  
0211 43 01-290  
info@gelbehand.de  
www.gelbehand.de

*Mediathek gegen Rassismus  
und Diskriminierung*  
c/o Verein für soziale Arbeit und Kultur  
Südwestfalen e.V.  
0271 – 2 50 13 83  
mediathek@vaks.info  
https://www.mediathek-siegen.de/

*Multikulturelles Forum e.V.*  
0231 – 288607-30  
info@multikulti-forum.de  
www.multikulti-forum.de

*Netzwerk für Demokratie und Courage e.V.*  
(NDC), Landesnetzstelle NRW  
c/o Landesjugendring NRW e.V.  
0211 - 49 76 66 - 19  
nrw@netzwerk-courage.de  
ndc.ljr-nrw.de

*NRWeltoffen Ennepe-Ruhr-Kreis*  
c/o VHS Ennepe-Ruhr-Süd, VHS Witten |  
Wetter | Herdecke, VHS Hattingen  
eysteinsdottir@vhs-en-sued.de  
susanne.kloenne@vhs-wwh.de  
vhs@hattingen.de

*Quartiersdemokraten*  
c/o Verein zur Förderung von Respekt,  
Toleranz und Verständigung in  
Dortmund-Dorstfeld e.V.  
0231/53 45 37 24  
kontakt@quartiersdemokraten.de  
www.quartiersdemokraten.de

*Stadt Dortmund - Koordinierungsstelle für  
Vielfalt, Toleranz und Demokratie*  
Friedensplatz 1  
44122 Dortmund  
0231 50-26450  
vielfalt@dortmund.de

*Schule ohne Rassismus – Schule mit  
Courage, Landeskoordination NRW*  
c/o Landesweite Koordinierungsstelle  
Kommunale  
Integrationszentren (LaKI)  
02931 - 8252 - 14 und 02931 - 8252 - 09  
www.schule-ohne-rassismus-nrw.de

*WERKSTADT für Demokratie und Toleranz*  
c/o Evangelischer Kirchenkreis Hamm  
02381 - 142 182  
www.kirchenkreis-hamm.de  
www.facebook.com/werkstadtDT

**Gefördert** wird die Mobile Beratung in NRW durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! sowie durch Mittel der Landeszentrale für politische Bildung im nordrhein-westfälischen Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder LZpB NRW dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/Autorinnen die Verantwortung.

**demokratie leben**

Landeszentrale  
für politische Bildung  
Nordrhein-Westfalen



**NRW**eltoffen

Gefördert vom

Im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Demokratie **leben!**

Jünger



Amt für  
Jugendarbeit  
der EKvW

Evangelische Kirche  
von Westfalen



**MOBILE BERATUNG**  
**RECHTSEXTREMISMUS**  
IM REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG

### **Mobile Beratung**

gegen Rechtsextremismus

im Regierungsbezirk Arnsberg

Amt für Jugendarbeit der  
Evangelischen Kirche von Westfalen

Iserlohner Str. 25

58239 Schwerte

[www.mbr-arnsberg.de](http://www.mbr-arnsberg.de)



**MOBILE BERATUNG**  
**RECHTSEXTREMISMUS**  
IM REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG

Juenger



Amt für  
Jugendarbeit  
der EKvW